

Wochenbericht

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2003/2004

1. Weltwirtschaft auf labilem Pfad

Arbeitskreis
Konjunktur
ghorn@diw.de

Die weltwirtschaftliche Lage ist nach wie vor von hohen Unsicherheiten geprägt. Wider Erwarten hat sich nach Stabilisierungstendenzen in der ersten Jahreshälfte 2002 kein gefestigter Aufschwung herausgebildet. Zwar gab in den USA die Wirtschaftspolitik erneut kräftige Anregungen, auch um den erhöhten Unsicherheiten Rechnung zu tragen. Doch an den Börsen kam es trotzdem zu teilweise dramatischen Einbrüchen. Die Finanzmärkte leiden immer noch unter einer starken Vertrauenskrise. Die Risiken der Unternehmen werden sehr hoch eingeschätzt, und die Banken halten sich mit der Kreditvergabe zurück. Hinzu kommen politische Unsicherheiten, vor allem die Spekulationen über einen Krieg der USA mit dem Irak, die sich in Ölpreiserhöhungen niederschlagen. Auch die Furcht vor weiteren Terroranschlägen wirkt sich lähmend aus; insbesondere beeinträchtigt sie immer wieder den weltweiten Reiseverkehr.

All dies hat Investoren und Konsumenten sehr verunsichert und ihre Ausgabe-neigung gedrückt. Vor allem die Investitionstätigkeit hat sich noch nicht wieder von der Rezession im vergangenen Jahr erholt. So war in den großen Industrieländern im Jahresdurchschnitt fast durchweg eine Abnahme zu verzeichnen (Tabellen 1.1 und 1.2).

Die weltweite Vertrauenskrise hat die verschiedenen Regionen allerdings unterschiedlich getroffen. Die Wirtschaft in Europa wächst nur langsam. In Japan ist die Rezession zwar überwunden, aber die Deflation hält an, und die Krise in Südamerika erweist sich als hartnäckig. Demgegenüber gibt es in den USA und in Südostasien konjunkturelle Erholungstendenzen, die auch in der übrigen Welt auf eine – wenn auch nur allmähliche – Besserung der Wirtschaftslage hoffen lassen.

Die expansive Wirtschaftspolitik der USA dürfte sich im Laufe des kommenden Jahres in einer Beschleunigung der gesamtwirtschaftlichen Produktion bemerkbar machen. Dies wird auch auf Europa übergreifen. Allerdings ist hier die Erholung nur stockend vorangekommen, da neben den vom Export ausgehenden Impulsen keine nennenswerten Anregungen zu erwarten sind. Die Wirtschaftspolitik, namentlich die Geldpolitik, reagiert in Europa erheblich zurückhaltender als in den USA auf die konjunkturellen Belastungen.

Wer darauf vertraut, dass die USA, wie schon häufig zuvor, im Aufschwung der Motor der Weltwirtschaft sein würden, sollte seinen Optimismus zügeln. Dieser Motor wird mit niedrigerem Tempo laufen als noch zu Ende der 90er Jahre.

Königin-Luise-Straße 5
14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de
postmaster@diw.de

DIW Berlin

Nr. 1-2/2003

70. Jahrgang /9. Januar 2003

Inhalt

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2003/2004

1. Weltwirtschaft auf labilem Pfad
Seite 1

2. Wirtschaftliche Lage in der EU
Seite 11

3. Wirtschaftliche Lage in Deutschland
Seite 21

4. Wirtschaftspolitik
Seite 33

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland Seite 48

Unkorrigiert!

Sendesperfrist:
Dienstag, 7. Januar 2003, 11 Uhr

A 22127 C

Tabelle 1.1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den Industrieländern

	Gewichte in %		Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ¹			Arbeitslosenquote ² in %		
	BIP	Deutsche Ausfuhr	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
			2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004
Deutschland	8,0	–	0,2	0,6	1,0	1,3	1,2	1,0	8,2	8,4	8,3
Frankreich	5,6	14,9	0,9	1,5	2,3	1,9	1,4	1,3	8,8	9,0	8,8
Italien	4,7	10,1	0,4	1,5	2,2	2,6	2,0	1,8	9,0	9,3	9,1
Spanien	2,5	6,0	2,0	2,4	2,8	3,6	2,8	2,6	11,3	11,6	11,0
Niederlande	1,7	8,5	0,1	0,7	1,8	4,0	2,7	1,7	2,8	3,8	4,6
Belgien	1,0	6,7	0,8	2,0	2,6	1,6	1,6	1,6	6,8	6,9	6,7
Österreich	0,8	7,1	1,0	1,6	2,3	1,7	1,2	1,0	4,1	4,2	4,0
Finnland	0,5	1,4	1,1	2,1	3,0	2,0	1,5	1,4	9,8	9,6	9,4
Griechenland	0,5	1,1	2,9	3,2	3,5	3,9	3,4	3,2	10,0	9,7	9,5
Portugal	0,5	1,4	1,4	1,0	1,7	3,7	3,0	2,4	4,5	4,8	4,5
Irland	0,4	0,8	4,5	4,1	4,3	4,7	3,5	3,2	4,6	4,5	4,3
Luxemburg	0,1	0,6	0,5	2,0	3,5	2,0	2,1	2,1	2,3	2,5	2,2
EWU-Länder ³	26,3	–	0,8	1,4	2,0	2,2	1,8	1,6	8,3	8,5	8,4
EWU-Länder ohne Deutschland ³	18,3	–	1,0	1,7	2,4	2,6	2,0	1,8	8,3	8,6	8,4
EWU-Länder ohne Deutschland ⁴	–	58,6	0,9	1,6	2,4	2,6	1,9	1,7	–	–	–
Großbritannien	6,1	11,3	1,6	2,6	2,1	1,2	1,5	1,6	5,2	5,1	5,1
Schweden	0,9	2,8	1,3	2,4	2,5	1,8	1,8	1,8	5,1	4,9	4,8
Dänemark	0,7	2,2	1,2	2,2	2,5	2,0	2,1	2,0	4,5	4,2	4,3
Europäische Union ³	34,0	–	0,9	1,6	2,0	2,0	1,7	1,6	7,6	7,8	7,7
Europäische Union ohne Deutschland ³	26,0	–	1,2	1,9	2,3	2,3	1,9	1,7	7,5	7,6	7,5
Europäische Union ohne Deutschland ⁴	–	74,9	1,1	1,8	2,3	2,3	1,9	1,7	–	–	–
Schweiz	1,1	5,9	0,8	1,7	2,0	1,0	1,1	1,2	2,4	2,1	2,2
Norwegen	0,7	1,0	1,5	2,5	2,5	2,2	2,4	2,5	3,4	3,2	3,2
Westeuropa ³	35,8	–	1,0	1,6	2,0	2,0	1,7	1,6	7,5	7,6	7,5
USA	43,4	14,3	2,4	2,5	3,0	1,5	1,6	1,7	5,7	5,3	4,6
Japan	17,8	2,8	–0,2	1,2	1,5	–1,1	–0,6	–0,4	5,4	5,8	6,1
Kanada	3,0	1,1	3,4	3,2	3,9	2,0	1,8	1,7	7,5	6,9	6,0
Außereuropäische Industrieländer ³	64,2	–	1,7	2,2	2,6	0,8	1,0	1,1	5,8	5,6	5,1
Außereuropäische Industrieländer ⁴	–	18,2	2,1	2,4	2,8	1,2	1,3	1,4	–	–	–
Insgesamt ³	100,0	–	1,4	2,0	2,4	1,2	1,3	1,3	6,5	6,5	6,2
Insgesamt ohne Deutschland ³	92,0	–	1,6	2,1	2,5	1,2	1,3	1,3	6,3	6,3	5,9
Nachrichtlich:											
Insgesamt, exportgewichtet ⁴	–	100,0	1,2	1,9	2,4	2,0	1,7	1,6	–	–	–

¹ Westeuropa (außer Schweiz): Harmonisierter Verbraucherpreisindex.² Standardisiert.³ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2001 in US-Dollar; Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2001.⁴ Summe der aufgeführten Länder; gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2001.

Quellen: OECD Economic Outlook; Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Berechnungen des DIW Berlin; 2002 bis 2004: Schätzung und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Überdies wird sich selbst bei einem niedrigen Wachstumstempo in den USA deren Leistungsbilanzdefizit weiter erholen. Damit droht die zwar kräftige, aber einigermaßen stetige Abwertung des US-Dollar in einen drastischen Verfall des Dollarkurses überzugehen. Dies würde unmittelbar die Exporte in die USA massiv beeinträchtigen und die Importe aus den USA anregen. Auch mittelbar könnte ein derartiger negativer Effekt entstehen, wenn die USA angesichts einer rapiden Dollarabwertung ihren Expansionskurs verließen.

Die inflationären Tendenzen, die nach dem jüngsten Ölpreisschock im Vergleich zu früher wesentlich geringer ausgeprägt waren, sind weitgehend überwunden. Angesichts der lang anhaltenden konjunkturellen Schwäche ist für einige Länder eher sogar eine Deflation zu befürchten. All dies zeigt, dass von einer gefestigten weltwirtschaftlichen Erholung noch keine Rede sein kann. Zwar ist eine Belebung in Sicht, doch bleiben die Risiken hoch. Bei den folgenden Voraussagen ist zu berücksichtigen, dass die Werte für das Jahr 2004

Tabelle 1.2

Entwicklung der Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in den Industrieländern

Reale Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	Privater Konsum			Öffentlicher Konsum			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte von Waren und Dienstleistungen			Importe von Waren und Dienstleistungen		
	2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004
Deutschland	-0,6	0,5	1,1	1,6	0,3	0,0	-6,5	-1,0	-0,9	2,6	5,5	5,9	-1,8	5,4	5,8
Frankreich	1,8	1,5	2,1	2,7	1,5	1,5	-0,3	0,1	3,1	1,7	5,0	5,1	1,4	6,0	6,2
Italien	0,4	1,8	2,1	1,6	1,6	1,6	-0,6	2,8	3,6	0,5	5,7	5,1	2,4	6,2	5,7
Spanien	1,6	1,9	2,6	3,1	2,6	2,4	1,8	3,9	4,5	0,4	3,4	5,1	0,2	3,1	5,8
Niederlande	0,7	1,1	1,5	2,7	2,0	2,0	-3,4	0,0	3,3	-2,3	3,2	4,2	-3,0	4,4	5,0
Belgien	0,9	1,9	2,2	1,6	1,6	1,5	-3,2	0,3	4,5	-1,5	4,3	5,2	-2,0	4,3	5,5
Österreich	0,7	1,6	2,3	0,2	0,3	0,4	-3,6	1,6	3,8	-1,2	5,4	6,2	-3,5	4,2	6,0
Finnland	2,2	1,4	2,3	1,8	1,5	1,6	-1,2	2,7	3,7	2,0	4,0	4,8	-0,5	6,0	5,7
Griechenland	2,6	2,7	3,0	0,8	0,8	1,0	7,0	7,0	6,5	4,2	7,1	7,5	5,0	7,0	7,0
Portugal	1,1	1,5	1,9	0,8	0,3	0,4	-2,5	1,8	4,1	2,6	3,0	4,3	-0,3	2,9	4,9
Irland	3,3	3,3	4,1	5,6	3,8	4,8	-1,7	3,1	4,1	4,6	4,4	4,8	2,8	4,3	5,2
Luxemburg	2,5	2,0	3,5	6,0	7,0	5,0	-2,0	2,4	3,5	-3,0	3,0	5,5	-3,5	4,0	6,5
EWU-Länder ^{1, 2}	0,7	1,3	1,8	2,1	1,3	1,2	-2,3	1,0	2,4	1,0	4,8	5,4	-0,5	5,1	5,8
EWU-Länder ohne Deutschland ^{1, 2}	1,3	1,7	2,2	2,3	1,6	1,7	-0,6	1,9	3,8	0,3	4,5	5,1	0,0	5,0	5,7
Großbritannien	3,7	3,4	2,7	4,1	2,8	3,1	-4,5	5,0	4,0	-1,6	3,5	5,2	0,3	3,2	4,8
Schweden	1,5	2,3	2,4	1,0	0,8	1,0	2,0	4,0	4,5	2,0	5,0	5,5	2,0	5,0	5,5
Dänemark	1,3	1,8	2,2	1,2	1,3	1,5	2,0	3,0	3,0	2,0	4,0	5,0	2,0	3,5	4,5
Europäische Union ¹	1,3	1,8	2,0	2,4	1,5	1,5	-2,4	1,7	2,7	0,7	4,6	5,4	-0,2	4,8	5,6
Europäische Union ohne Deutschland ¹	1,9	2,2	2,3	2,6	1,9	2,0	-1,2	2,6	3,8	0,1	4,3	5,1	0,2	4,6	5,5
Schweiz	1,5	2,1	2,2	2,0	2,0	2,0	-2,0	1,0	2,0	2,5	4,0	4,5	3,5	4,0	4,5
Norwegen	2,5	2,8	2,6	2,0	2,0	2,0	1,5	3,0	3,5	3,0	3,5	4,5	2,0	3,5	4,5
Westeuropa ¹	1,3	1,8	2,1	2,3	1,5	1,5	-2,3	1,7	2,7	0,8	4,6	5,3	-0,1	4,7	5,5
USA	3,1	2,6	3,0	4,3	3,1	3,2	-1,7	3,7	4,9	-1,0	5,6	6,0	3,4	6,8	7,8
Japan	1,6	0,3	0,1	2,7	3,6	2,6	-6,4	-2,2	2,6	5,7	8,4	10,4	0,5	7,0	7,1
Kanada	2,8	3,6	3,8	1,7	2,8	3,1	3,4	2,3	3,0	0,7	4,5	5,0	0,1	5,0	4,5
Außereuropäische Industrieländer ¹	2,7	2,1	2,3	3,6	3,2	3,0	-3,0	1,7	4,1	0,8	6,0	6,9	2,3	6,5	7,2
Insgesamt¹	2,3	2,0	2,2	3,1	2,5	2,4	-2,8	1,7	3,6	0,8	5,1	5,9	0,9	5,5	6,2
Insgesamt ohne Deutschland¹	2,5	2,1	2,3	3,2	2,7	2,6	-2,5	2,0	4,0	0,5	5,0	5,8	1,3	5,5	6,3

¹ Gewichte 2001 auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 2001 (Jahresdurchschnitt).
Export- und Importentwicklung: gewichteter Durchschnitt der betreffenden Länder.

² Exporte und Importe einschließlich Binnenhandel.

Quellen: OECD Economic Outlook; Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Berechnungen des DIW Berlin; 2002 bis 2004: Schätzung und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

nicht als Punktprognosen, sondern als Tendenzaussagen zu verstehen sind. Sie sind wegen der bis dahin möglichen zahlreichen Änderungen mit einer erhöhten Unsicherheit verbunden.

USA: Schleppender Aufschwung

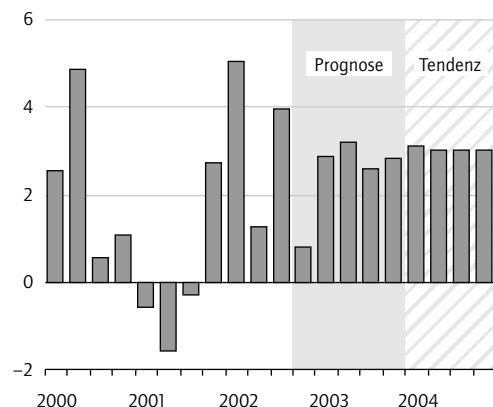
In den USA hat sich die Konjunktur gefestigt. Im vergangenen Jahr dürfte die US-amerikanische Wirtschaft um 2,4 % expandiert sein (Abbildung 1.1).

Dabei überlagern sich mehrere Entwicklungen. Der für eine Schwächephase charakteristische starke Rückgang der privaten Investitionen scheint zum Stillstand gekommen zu sein. Vor allem die

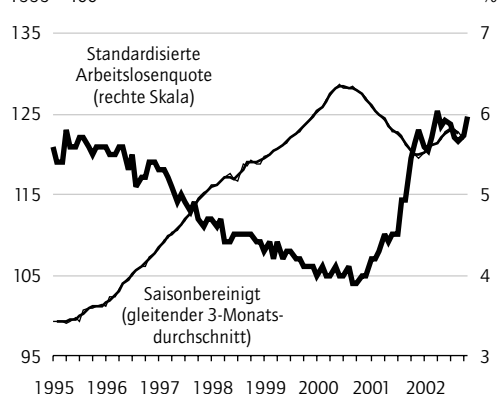
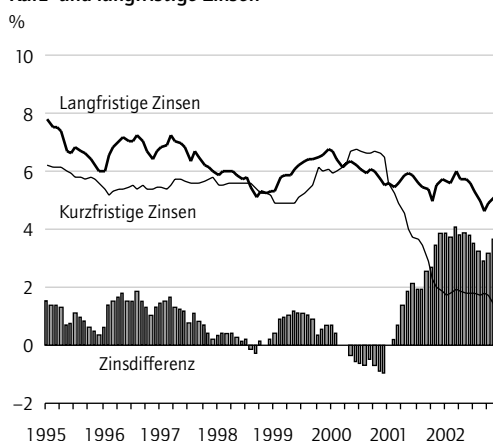
Investitionen in Ausrüstungen und Software sind seit Mitte 2002 deutlich aufwärts gerichtet. Die private Bautätigkeit hingegen ging – insbesondere wegen einer ausgeprägten Schwäche im Wirtschaftsbau – zuletzt beträchtlich zurück.

Die Expansion des realen privaten Verbrauchs wurde infolge von Rabattaktionen stark durch zeitlich konzentrierte Käufe langlebiger Konsumgüter geprägt. Vor allem Autohäuser boten – bei historisch niedrigen Zinsen – in Sonderaktionen ihre Produkte zu günstigen Finanzierungsbedingungen an. Im Durchschnitt des Jahres 2002 dürfte der reale Konsum um 3,1 % ausgeweitet worden sein. Damit blieb die private Konsumnachfrage eine wichtige Stütze der US-amerikanischen Konjunktur. Die Arbeitsmarktlage ist weiterhin angespannt;

Abbildung 1.1

USA**Reales Bruttoinlandsprodukt**Saisonbereinigt; Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal¹**Industrieproduktion und Arbeitslosenquote**

1995 = 100

**Kurz- und langfristige Zinsen**¹ Auf Jahresbasis hochgerechnet.

Quellen: OECD; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

die saisonbereinigte Arbeitslosenquote hat sich seit Sommer des vergangenen Jahres kaum verändert.

Exporte und Importe dürften im Verlauf des vergangenen Jahres wieder deutlich zugelegt haben; im Jahresdurchschnitt gab es aber wegen des geringen Tempos zur Jahreswende 2001/2002 bei den Exporten noch eine Abnahme um 1 %. Die Abwertung des US-Dollar unterstützte die Exportbelegung, während das hohe Expansionstempo der Importe zu einem wesentlichen Teil auf die robuste Konsumnachfrage zurückzuführen sein dürfte. Die Leistungsbilanzentwicklung ist mit einem Saldo von zuletzt -5 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts stark negativ.

Trotz eines hohen, vor allem ölpreisbedingten Anstiegs der Preissteigerungsrate gibt es derzeit keine Anzeichen für inflationäre Gefahren. Die Kerninflationrate geht tendenziell leicht zurück. Bei überraschend hoher Produktivitätsentwicklung dürfte die Lohnstückkostenentwicklung im Verlauf des Jahres 2002 sogar rückläufig gewesen sein. Die realen verfügbaren Einkommen schwankten stark, nahmen aber zuletzt mit einer Jahresrate von fast 3 % wieder deutlich zu.

Angesichts der schwierigen konjunkturellen Lage waren Geld- und Fiskalpolitik in den USA deutlich expansiv ausgerichtet. Die Fiskalpolitik behielt ihren Ausgabenkurs bei und nahm eine merkliche Erhöhung des Budgetdefizits in Kauf. Die öffentlichen Ausgaben wurden im vergangenen Jahr um 4,3 % ausgeweitet. Der Fehlbetrag dürfte im Jahre 2002 bei 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts gelegen haben und auch in diesem Jahr eine ähnliche Größenordnung annehmen. Im Zuge des allmählichen Aufschwungs wird er im Jahre 2004 langsam auf gut 1 % zurückgeführt werden.

Die Notenbank hat den Leitzins auf ein historisch niedriges Niveau von 1¼ % gesenkt. Damit wurde von der Wirtschaftspolitik nichts unversucht gelassen, die Wirtschaft rasch wieder zu stimulieren. Infolgedessen tauchten in den letzten Monaten Befürchtungen auf, die Geldpolitik hätte zu stark auf die Abschwächung reagiert. Der bisherige Kurs der Zentralbank ist jedoch nicht ungewöhnlich, wie eine Simulation auf Basis von früheren Reaktionen unter expliziter Berücksichtigung von Aktienkursturbulenzen zeigt (siehe Kasten „Ist die Geldpolitik in den USA ungewöhnlich expansiv ausgerichtet?“).

Alles in allem ist eine Stabilisierung der Aufwärtstendenz im Prognosezeitraum zu erwarten. Die Wirtschaftsleistung wird in diesem Jahr um 2,5 % zunehmen; im Jahre 2004 dürfte der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts rund 3 % betragen. Diese leicht beschleunigte Tendenz geht vor allem auf die expansive Wirtschaftspolitik zurück. Dabei wird es bei mäßigen Nominallohnzuwächsen

Kasten

Ist die Geldpolitik in den USA ungewöhnlich expansiv ausgerichtet?

Geldpolitik wird in jüngster Zeit zunehmend anhand geldpolitischer Regeln beurteilt, deren prominentestes Beispiel die von John Taylor vorgeschlagene Variante sein dürfte.¹

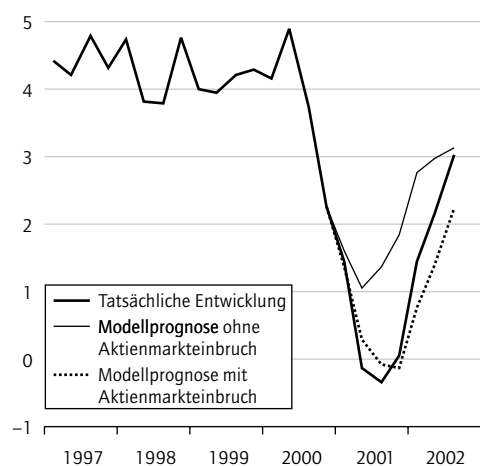
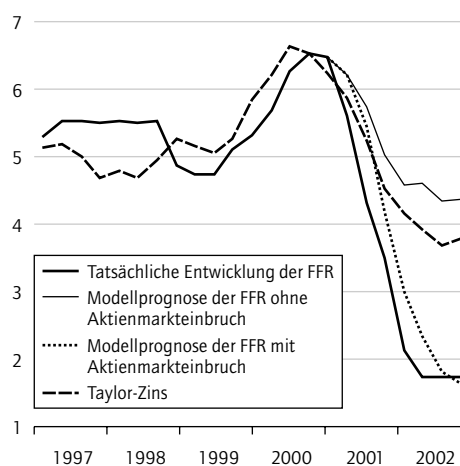
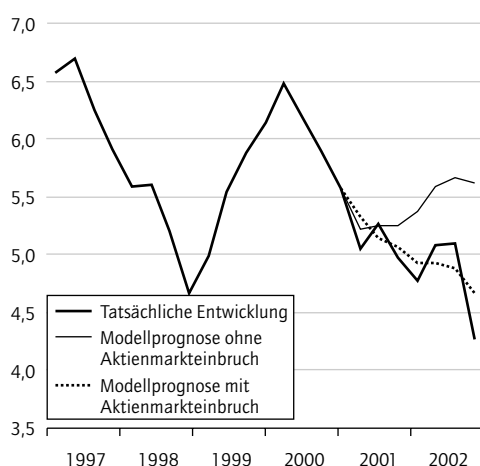
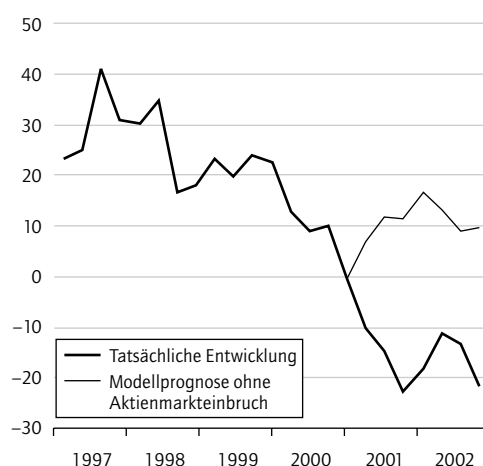
Danach setzt die Geldpolitik den Leitzins (genauer: dessen Abweichung von einem als neutral angesehenen Realzins plus Inflationsrate) in Abhängigkeit von der Produktionslücke und der Abweichung der aktuellen Inflationsrate von der Zielinflationsrate fest. Nach der von Taylor vorgeschlagenen Regel gilt für den angemessenen Leitzins:

$$i = r^* + \pi + \beta_1 (y - y^*) + \beta_2 (\pi - \pi^*)$$

Abbildung

Aktienmarkteinbruch und geldpolitische Reaktion in den USA

Ergebnisse einer VAR-gestützten Prognose bei modellendogener/-exogener Aktienkursentwicklung

Reales Bruttoinlandsprodukt¹**Federal Funds Rate (FFR) und Taylor-Zins****Langfristige Zinsen****Aktienindex^{1, 2}**

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

² Standard & Poors 500 Composite Index: monatliche reinvestierte Rendite.

Quellen: Federal Reserve Bank of St. Louis; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

¹ Vgl. für einen Überblick die Diskussion auf der Homepage <http://www.stanford.edu/~johnhay/PolRulLink.htm>

mit i als Leitzinssatz, r^* als entsprechendem gleichgewichtigen Realzins, π und π^* als aktueller und gleichgewichtiger Inflationsrate, y und y^* als Bruttoinlandsprodukt und Produktionspotential. In der ursprünglich vorgeschlagenen Form gibt die Zentralbank den Abweichungen sowohl des Produkts vom Potential wie der tatsächlichen Inflation von der Zielinflation das gleiche Gewicht ($\beta_1 = \beta_2 = 0,5$). Die Abbildung zeigt u. a. das Ergebnis einer Standard-Taylor-Zinsberechnung für die USA.² Der so berechnete Taylor-Zins läge demnach deutlich über dem aktuellen Leitzins. Damit stellt sich die Frage, ob die US-amerikanische Zentralbank nicht ungewöhnlich stark und damit übermäßig auf die konjunkturelle Abschwächung reagiert hat und der konjunkturelle Aufschwung nicht den Keim einer inflationären Entwicklung in sich trägt.

Zu klären ist hierbei zum einen, ob eine solche stark expansive Ausrichtung in konjunkturell schwachen Phasen überhaupt etwas Ungewöhnliches darstellt. So hat die Fed auch in der Rezession Anfang der 90er Jahre den Leitzins lange und deutlich unter dem nach der Taylor-Regel berechneten Zins gehalten. Zum anderen wirkt der sehr niedrige Zinssatz den negativen Wirkungen eines starken Einbruchs des Aktienindex entgegen. Auch in der Vergangenheit hat die Fed auf Aktienmarktcrashes mit deutlichen Zinssenkungen reagiert. Insofern sollte dieses Ereignis bei der Beurteilung der Angemessenheit der US-amerikanischen Zinspolitik mit herangezogen werden.

Um zu beurteilen, ob die aktuelle Zinsentwicklung vom historischen Verhalten abweicht, wurde ein vektorautoregressives Modell (VAR) bis zum vierten Quartal 2000 (also bis zum Beginn der gegenwärtigen Konjunkturschwäche) spezifiziert. Es werden in einem Modell reduzierter Form Produktionslücke, Inflation, kurz- und langfristige Zinsen sowie Aktienkursveränderungen simultan zu erklären versucht.³ Basierend auf der Schätzung für den Zeitraum vom ersten Quartal 1955 bis zum vierten Quartal 2000 wurde eine Modellprognose für den Zeitraum vom ersten Quartal des Jahres 2001 bis zum dritten Quartal 2002 erstellt (in der Abbildung als Modellprognose ohne Aktienmarktcrash bezeichnet). Dabei zeigt sich: Der Aktienkurs wird falsch prognostiziert; statt des Einbruchs werden sogar Zuwachsraten von über 10 % vorhergesagt. Der Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts ist nach der Prognose deutlich geringer, der kurzfristige Zins geht nur wenig zurück, und der langfristige Zins steigt sogar.

Die Fehlprognose legt nahe, dass die Entwicklung der Aktienkurse als eine exogene Variable behandelt werden sollte. Dann ergibt sich ein völlig anderes Bild: Die zweite Modellprognose (in der Abbildung als Modellprognose mit Aktienmarktcrash bezeichnet) impliziert, dass die US-amerikanische Geldpolitik mit ihrer starken Zinssenkung – gemessen an den historischen Erfahrungen mit Aktienkursschwankungen in der Nachkriegszeit – absolut typisch reagiert hat. Sowohl die Entwicklung des kurz- und langfristigen Zinses als auch die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts werden erstaunlich genau vorhergesagt. Folglich gibt es keinen Hinweis, dass die Geldpolitik auf den Einbruch an den Aktienmärkten übermäßig stark reagiert hat.

² Es wurde für den gleichgewichtigen Realzins und für die Zielinflationsrate ein Wert von 2 % angenommen.

³ Vgl. zur Darstellung der Methode Walter Enders: *Applied Time Series Econometrics*. New York 1995. Das VAR wurde mit Quartalswerten für einen Zeitraum von 1955:1 bis 2000:4 geschätzt. Die Produktionslücke

ist als Abweichung des tatsächlichen Bruttoinlandsprodukts von dem vom Congressional Budget Office veröffentlichten Produktionspotential definiert. Gemäß dem Akaike-Informationskriterium wurden sechs Verzögerungen in die Schätzung aufgenommen. Der Ölpreis geht als exogene Variable in beide Varianten der Schätzung ein.

und kräftiger Produktivitätszunahme zu keiner Inflationsbeschleunigung kommen. Die Preissteigerung wird im Jahre 2003 bei 1,6 %, im Jahre 2004 bei 1,7 % liegen. Die Arbeitslosenquote wird im Jahre 2003 5,3 % und im Jahre 2004 nur noch 4,6 % betragen.

Allerdings bestehen deutliche Risiken für diese Prognose. So ist die außenwirtschaftliche Entwicklung von einer Ausweitung des Ungleichgewichts in der Leistungsbilanz geprägt. Das Defizit wird im Prognosezeitraum auf über 6 % steigen. Sollten sich die Ertragsaussichten der US-amerikanischen Wirtschaft schlechter als erwartet darstellen, könnte dies zu einer abrupten deutlichen Wechselkursanpassung führen, die in einer ersten Runde

vor allem die Wirtschaftsleistung in den wichtigen Handelsländern der USA beeinträchtigte, später jedoch auch auf die USA selbst zurückfiele. Bei einem deutlichen Rückgang des US-amerikanischen Handelsdefizits gegenüber dem Rest der Welt, wie er in einem solchen Falle zu erwarten wäre, würde auch eine der wichtigsten Nachfragequellen der globalen Konjunktur versiegen.

Ein anderes Problem bildet die hohe Verschuldung der privaten Haushalte. Der Rückgang der Aktienkurse hat zu einer deutlichen Vermögensvernichtung geführt. Gleichzeitig haben die privaten Haushalte ihre Verschuldung ausgeweitet. In den ersten neun Monaten des Jahres 2002 stieg die ausstehende Konsumentenschuld um 7 %. Nach

Angaben der US-amerikanischen Zentralbank betrug die Schuldendienstbelastung der privaten Haushalte in den beiden vergangenen Jahren rund 14 % der verfügbaren Einkommen der Haushalte und lag damit um rund einen Prozentpunkt über dem Durchschnitt der zweiten Hälfte der 90er Jahre. Gleichzeitig nahmen die Zinsbelastungen der privaten Haushalte deutlich ab, was das zur Finanzierung des privaten Verbrauchs zur Verfügung stehende Budget für sich genommen erhöhte. Nach Konvention der US-amerikanischen Statistik gehören Zinszahlungen nicht zum privaten Konsum. Wenn sich die Zinsbelastungen vermindern, können die frei werdenden Mittel sowohl für eine Ausweitung des privaten Verbrauchs als auch zur Ersparnisbildung genutzt werden. Dies erklärt, dass derzeit beide Größen zunehmen können.¹ Allerdings bedeutet dies auch, dass sich die Expansion der Konsumausgaben nicht in diesem Tempo fortsetzen dürfte. Bei steigendem Zinssatz, wie im Prognoseverlauf unterstellt, wird vom Anstieg der Zinsausgaben ceteris paribus ein dämpfender Effekt auf den privaten Verbrauch ausgehen. Dieser Zinseffekt ist umso höher, je höher die Verschuldung der privaten Haushalte ist.

Lateinamerika: Lage weiter kritisch

Die Lage in Lateinamerika ist äußerst angespannt. Argentinien und Brasilien sind nach der Schuldenkrise der 80er Jahre und weitgehender Stabilität in den 90er Jahren wieder dort angekommen, wo sie vor über 20 Jahren schon einmal standen: am Rande einer Verschuldungs- und Währungs Krise bei hohen Zahlungsverpflichtungen in US-Dollar.

Argentinien erlebte im vergangenen Jahr eines der traurigsten Kapitel seiner Wirtschaftsgeschichte: Der Zusammenbruch des unilateral an den US-Dollar gebundenen Wechselkurssystems führte zu einer enormen Aufwertung der Auslandsverschuldung. Eine Bankenkrise konnte nur durch das Einfrieren nahezu aller Einlagen aufgefangen werden. Die Industrieproduktion ging um bis zu 20 % im Vorjahresvergleich zurück. Nach einer langen Deflationsphase betrug die Inflation zuletzt wieder 50 %; der Realzins lag im vergangenen Jahr lange bei 40 % und die Arbeitslosenquote zuletzt bei 22 %. Die aktuell verfügbaren Indikatoren deuten auf eine Stabilisierung der Produktion auf niedrigem Niveau hin. Begleitet wurde die ökonomische Krise von einer sozialen und politischen Krise mit mehrfachen Regierungswechseln. Die tieferen ökonomischen Ursachen dieser Entwicklung liegen einerseits in den Folgewirkungen, die sich aus der Überbewertung des Wechselkurses ergeben, andererseits in den Einschränkungen der wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume, die aus

dem Aufbau einer hohen Auslandsverschuldung entstehen.² Eine nachhaltige Aufwärtsentwicklung ist für Argentinien nicht abzusehen. Die internationalen Kapitalmärkte belegen das Land immer noch mit einer Risikoprämie von 60 Prozentpunkten.

Auch Brasilien gerät zunehmend in Krisenverdacht. Dabei hat das grundlegende Problem weniger als gemeinhin angenommen mit der politischen Ausrichtung des neu gewählten Staatspräsidenten zu tun.³ Das wirtschaftliche Hauptproblem ist hier – wie im Falle Argentinien – die Konstellation einer schleichenden realen Aufwertung (vor allem im Verhältnis zum US-Dollar) bei gleichzeitig deutlich höheren Realzinsen als in den USA und hoher, in beträchtlichem Umfang in US-Dollar denominierter Staatsschuld. Die Geldpolitik befindet sich in einem Dilemma. Versucht die Zentralbank, den Wechselkurs z. B. zum US-Dollar zu fixieren, führen zumeist die im Vergleich zu den USA höheren Inflationsraten zu einer realen Aufwertung. Der nominal fixierte Wechselkurs lässt sich zudem nur verteidigen, wenn die Zentralbank bereit ist, einen deutlich höheren Realzins als im Ankerland durchzusetzen. Dieser dämpft jedoch für sich genommen die wirtschaftlichen Aktivitäten und lässt vor allem das Ausfallrisiko von Investitionen steigen. Strebt die Zentralbank dagegen einen relativ niedrigen Realzins an und lässt den Wechselkurs frei schwanken, so kommt es zu einer Abwertung der eigenen Währung. Bei einem hohen Anteil von Fremdwährungsverbindlichkeiten erhöht sich dann die Schuldenlast, was die wirtschaftliche Aktivität lähmt. Darüber hinaus führt die Abwertung zu einem Import von Preissteigerungen, was seinerseits die heimischen Preise und Löhne nach oben treibt und weitere Abwertungen in Gang setzt. Im Falle Brasiliens gibt es eine Mischung aus beiden restriktiven Effekten: So liegt schon seit Jahren der Realzins über 10 %, und der in Peso ausgedrückte Wert der in US-Dollar denominierten Verbindlichkeiten steigt bei jeder Abwertung.

Eine langfristige Lösung für Lateinamerika setzt eine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik voraus. Dabei sind drei Punkte entscheidend:

- Das gewählte Wechselkurs- und Preissetzungsregime darf nicht zu ungleichgewichtigen rea-

¹ Gleichzeitig stiegen auch die Immobilienpreise, was einen positiven Effekt auf das bewertete Vermögen der privaten Haushalte hatte.

² Vgl.: Argentinien in der Krise. Bearb.: Gustav A. Horn und Ulrich Fritsche. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 12/2002, S. 197–204.

³ Brasilien geriet im Vorfeld der Präsidentschaftswahl in den Strudel spekulativer Angriffe, da dem aussichtsreichen linksgerichteten Kandidaten unterstellt wurde, er würde eine Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik hin zu ausufernden „deficit spending“ und Inflation planen und möglicherweise auch die Schuldenzahlung aussetzen.

len Aufwertungsprozessen führen. Dazu ist eine Koordinierung von Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik notwendig.

- Der Aufbau einer hohen Verschuldungsposition in Fremdwährung (meist US-Dollar) muss verhindert werden. Hier könnte Chile als Beispiel dienen, das in den 90er Jahren erfolgreich Kapitalimportkontrollen angewandt hat.
- Es muss ein internationales Schuldenabkommen verhandelt werden, um Ländern wie Argentinien überhaupt einen Neuanfang zu ermöglichen.

Ohne diese Maßnahmen werden sich die betreffenden Länder nur schwer aus dem Korsett enger wirtschaftspolitischer Handlungsmöglichkeiten befreien können.

Japan: Fragile Erholung

In Japan wurde die Rezession im Jahre 2002 überwunden. Das japanische Bruttoinlandsprodukt dürfte im Verlauf des vergangenen Jahres durchweg expandiert sein (Abbildung 1.2). Im Jahresdurchschnitt ergibt sich dennoch ein leichter Rückgang, da das Tempo zur Jahreswende 2001/2002 sehr schwach war. Allerdings muss diese Entwicklung als weiterhin fragil gelten. Die Expansion wurde vor allem durch den privaten Verbrauch getragen: Hier wirkten, ähnlich wie in den USA, Sonderkonditionen beim Erwerb von Autos und anderen langlebigen Konsumgütern belebend. Die Investitionen dagegen waren rückläufig. Überkapazitäten, schlechte Renditeaussichten, aber auch die Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Haushalte trugen zu einem erneuten Rückgang bei. Dämpfend wirkte auch der Abbau von Lagerbeständen. Zugleich hat sich die Exportdynamik im Jahresverlauf 2002 deutlich abgeschwächt. Betroffen waren vor allem Ausfuhren in die USA; dabei dürfte auch die Aufwertung des Yen eine Rolle gespielt haben. Die Arbeitslosenquote ist im Herbst 2002 auf 5,5 % gestiegen. Die Preise sind weiter rückläufig.

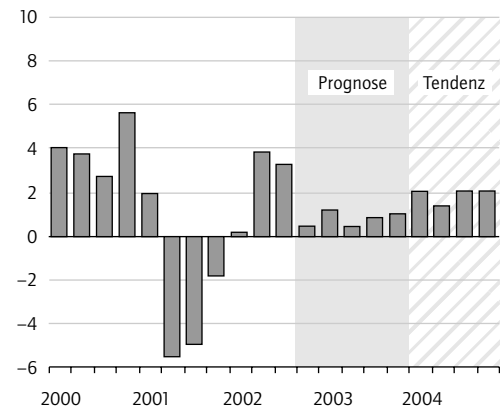
Zur Bekämpfung der Deflation ist die japanische Zentralbank schon vor langer Zeit auf eine Nullzinspolitik eingeschwenkt, und sie versucht, durch die großzügige Bereitstellung von Liquidität für den Geschäftsbankensektor die Geldmengenerweiterung zu beschleunigen. Tatsächlich legte die Geldbasis gegenüber dem Vorjahr um etwa 20 % zu; die weiter gefasste Geldmenge M2 stieg allerdings nur um etwa 3,5 %. Belastend wirken die immer noch ungelösten Probleme im Geschäftsbankensektor, die von den Aktienmärkten ausgehen. Hohe Anteile an notleidenden Krediten und

Abbildung 1.2

Japan

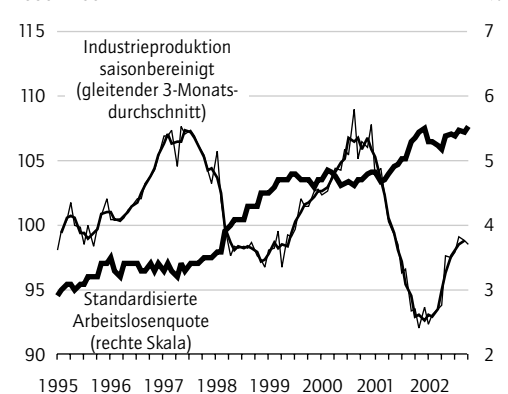
Reales Bruttoinlandsprodukt

Saisonbereinigt; Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal¹

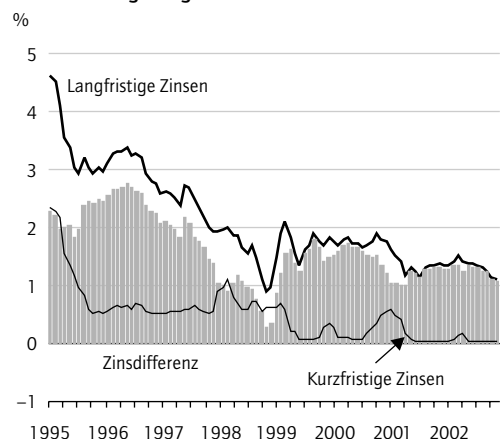


Industrieproduktion und Arbeitslosenquote

1995 = 100



Kurz- und langfristige Zinsen



¹ Auf Jahresbasis hochgerechnet.

Quellen: OECD; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

unpräzise Bewertungsvorschriften für Unternehmen wirken bremsend auf die Kreditvergabe der Geschäftsbanken. Die Bank von Japan hat Ende

November 2002 begonnen, den Geschäftsbanken Aktienpakete abzukaufen, um den Kurs zu stabilisieren.

Inzwischen hat der Wirtschafts- und Finanzminister einen Zeitplan zur Sanierung des Geschäftsbankensektors vorgestellt. Nach Ausschluss der Bewertung der Kreditrisiken wird die eigentliche Sanierung im neuen Jahr in Angriff genommen. Nicht zuletzt macht die Bereinigung der Bankbilanzen zusätzliche staatliche Ausgaben notwendig. Ohnehin hat die Regierung angesichts der bestehenden binnenwirtschaftlichen Fragilität ihren Sparkurs gelockert. Inzwischen ist für das Fiskaljahr 2002/2003 ein Nachtragshaushalt geplant. Dieser soll vor allem der sozialen Abfederung des Beschäftigungsabbaus dienen. Zur Begrenzung des Defizits sind für 2003 Steuererhöhungen im Gespräch, die allerdings die expansiven Wirkungen der zusätzlichen Ausgaben mindern würden. Ohnehin sind der Finanzpolitik angesichts der bestehenden hohen Staatsverschuldung von mehr als 140 % des Bruttoinlandsprodukts und der inzwischen vom Staat zu zahlenden Risikoprämien für die Neuverschuldung die Hände weitgehend gebunden. Daher wird von der Fiskalpolitik in diesem und im nächsten Jahr insgesamt eher eine restriktive Wirkung ausgehen.

Vor diesem Hintergrund wird sich die japanische Wirtschaft nur langsam beleben. Bei einem Anziehen der Weltkonjunktur wird sich die Exportentwicklung beschleunigen. Die außenwirtschaftlichen Impulse werden sich allerdings erst nach und nach in eine etwas stärkere Expansion der binnenwirtschaftlichen Nachfrage umsetzen. Dabei wird

die Investitionstätigkeit zunächst noch rückläufig sein. Sie wird erst in Schwung kommen, wenn die Überkapazitäten sich deutlich verringern, die Renditeaussichten sich erheblich verbessern und die Bankensanierung weit zügiger als bisher vorankommt. Zwar sind zuletzt auf der Lohnseite erhebliche Kostenvorteile entstanden. Aber auf der Nachfrageseite wirken sinkende Einkommen der privaten Haushalte, Kursverluste an den Aktienmärkten und die Furcht vor vermehrter Arbeitslosigkeit dämpfend.

Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr um 1,2 % und im nächsten Jahr um 1,5 % steigen. Die Arbeitslosenquote wird aufgrund des anhaltenden Beschäftigungsabbaus weiter, auf etwa 6 %, zunehmen. Der Rückgang der Konsumentenpreise wird sich, wenngleich abgeschwächt, fortsetzen. Die stagnativ-deflationäre Tendenz wird also vorerst nicht überwunden werden.

Asiatische Schwellenländer: Lichtblicke

In den betrachteten südostasiatischen Schwellenländern blieb die gesamtwirtschaftliche Aktivität deutlich aufwärts gerichtet (Tabelle 1.3). Insbesondere die Exporttätigkeit zog kräftig an. Dazu trug vor allem die Erholung in den USA, aber auch in Japan und den jeweiligen Nachbarländern bei. Zugleich expandierte die Binnenwirtschaft beträchtlich: Zum einen sorgten Reallohnsteigerungen für eine Belebung des privaten Verbrauchs. Zum anderen wurde die Binnennachfrage durch eine expansiv ausgerichtete Geld- und Fiskalpoli-

Tabelle 1.3

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in ausgewählten Schwellenländern

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
		2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004
Russland	83,9	4,9	4,0	2,5	3,0	18,6	14,5	13,0	12,0
Ukraine	10,2	9,1	3,9	3,5	4,0	12,0	3,0	6,0	6,0
Kasachstan	6,0	13,2	8,4	6,5	6,0	8,4	7,0	6,5	6,0
GUS-Länder ¹	100,0	5,8	4,3	2,8	3,3	17,3	12,9	11,9	11,0
Indonesien	18,9	3,3	2,0	3,0	4,0	12,0	12,0	10,0	9,0
Malaysia	11,4	0,6	3,0	4,5	4,5	1,4	1,5	1,5	1,5
Südkorea	54,8	3,0	6,1	6,8	6,5	4,1	2,8	3,0	3,0
Thailand	14,9	1,8	3,2	4,0	4,5	1,6	0,4	1,5	1,5
Südostasien ¹	100,0	2,6	4,5	5,4	5,5	4,9	4,0	3,9	3,7

¹ Summe der aufgeführten Länder. Gewichte: Bruttoinlandsprodukt von 2001 in US-Dollar.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin; 2002 bis 2004: Schätzung und Prognose des DIW Berlin.

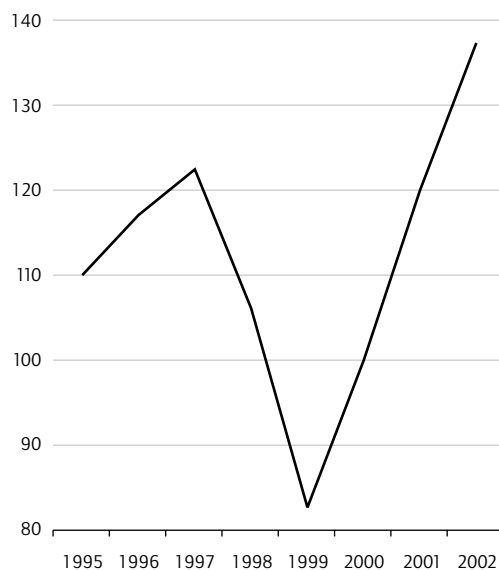
DIW Berlin 2003

tik gestützt. Allerdings belebte sich trotz der relativ günstigen Finanzierungsbedingungen die Investitionstätigkeit nur mäßig. Dazu haben die immer noch vorhandenen Überkapazitäten, aber auch die noch nicht abgeschlossenen Umstrukturierungen im Unternehmenssektor, die nach der Asienkrise eingeleitet worden waren, beigetragen.

Die Aussichten für die Region sind günstig. Im Prognosezeitraum bleibt die Binnennachfrage angesichts der weiterhin zumeist expansiv ausgerichteten Geld- und Fiskalpolitik der einzelnen Länder deutlich aufwärts gerichtet. Zudem werden die ostasiatischen Schwellenländer von dem erneuten Anziehen der Weltkonjunktur profitieren. Vor diesem Hintergrund wird das reale Bruttoinlandsprodukt in der Region 2003 und 2004 um jeweils etwa 5,5 % expandieren.

Abbildung 1.3

Reallöhne in Russland 1995 bis 2002¹ Index (2000 = 100)



¹ Bis August 2002.

Quelle: RECEP: Russian Economic Trends, Oktober 2002.

DIW Berlin 2003

GUS: Gedämpfte Dynamik

Russland und andere Volkswirtschaften der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) waren zwar auch von der weltweiten konjunkturellen Schwäche betroffen, jedoch konnten sie für 2002 im internationalen Vergleich überdurchschnittliche gesamtwirtschaftliche Zuwachsraten realisieren. Binnenwirtschaftlich wird die Dynamik in den hier betrachteten Volkswirtschaften – Russland, Kasachstan und Ukraine – vor allem von der Expansion des privaten Verbrauchs getragen. Hintergrund sind starke Reallohnsteigerungen in der Gesamtwirtschaft; in Russland liegen sie seit mehreren Jahren in Folge im zweistelligen Bereich (Abbildung 1.3). Dieser Lohnauftrieb ist nicht durch einen entsprechenden Anstieg der wirtschaftlichen Leistung in Form von Produktivitätszuwächsen gedeckt. Daher sind mit den steigenden Lohnkosten Gewinnkompressionen verbunden. Dies hat inzwischen die Investitionstätigkeit in Mitleidenschaft gezogen. Zugleich legten die Exporte nur noch wenig zu; deutlich schneller wuchsen wegen der anhaltenden realen Aufwertung die Importe. In allen drei Volkswirtschaften ging die Inflationsrate weiter zurück.

Die gesamtwirtschaftlichen Aussichten für die Region hängen stark von dem Vorankommen der institutionellen Reformen ab, vor allem im Bankensektor; noch dringlicher ist die Absicherung von Investorenrechten. Zwar sind in der Vergangenheit formaljuristisch erhebliche Fortschritte erzielt worden, aber die Durchsetzung solcher Reformen braucht viel Zeit. Dazu kommt, dass sich Reallohnreduzierungen wie in den letzten Jahren in der Russischen Föderation nicht dauerhaft ohne ernste Gefahren für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung aufrechterhalten lassen. Alles in allem wird sich die gesamtwirtschaftliche Expansion in allen drei Volkswirtschaften zunächst verlangsamen. Zwar wird der private Verbrauch weiter zulegen. Insbesondere werden aber die Investitionen schwächer expandieren. Zugleich werden die Exporte zunächst nur geringfügig, die Importe allerdings deutlich zulegen. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird 2003 um 2,8 % und 2004 um 3,3 % steigen.

2. Wirtschaftliche Lage in der EU

Euroraum: Gebremster Aufschwung

Die Konjunktur im Euroraum bleibt verhalten. Bis Ende des vergangenen Jahres war keine nennenswerte Beschleunigung der gesamtwirtschaftlichen Produktion erkennbar; im Jahresdurchschnitt ergab sich ein Zuwachs um real 0,8 % (Tabelle 2.1). Insgesamt war das weltwirtschaftliche Umfeld zu ungünstig. Die weltweite Vertrauenskrise auf den Finanzmärkten hielt an. Dies belastete vor allem die Investitionsentwicklung, zumal die Geldpolitik nur zögerlich auf die Hindernisse für einen Aufschwung reagierte (Abbildung 2.1).

Von der wirtschaftlichen Dynamik im Euroraum 1999/2000 ist wenig übrig geblieben. Der Abschwung in den USA hat den Euroraum mit sich gezogen. Aber auch die binnenwirtschaftlichen Bremswirkungen seitens der Europäischen Zentralbank (EZB), die bis Oktober 2000 die Zinsen erheblich erhöht hatte, trugen dazu bei. Hinzu kam der Ölpreisschock, der die Produktionskosten der Unternehmen und die Verbraucherpreise erhöhte, aber nicht mit einer hinreichend kompensierenden Nachfragebelebung aus den ölproduzierenden Ländern verbunden war. Gleichwohl wurde dieser Ölpreisschock im Vergleich zu früheren Schocks, die alle zu einem spürbaren Preisauftrieb geführt hatten, insgesamt gut verarbeitet. Die Inflationsentwicklung insgesamt ist keinesfalls besorgniserregend.

Mittlerweile ist der Ölpreisschock abgeklungen, die Konjunktur in den USA wieder merklich aufwärts gerichtet, und die Geldpolitik hat ihren Kurs – jüngst noch einmal akzentuiert – in Richtung Expansion geändert. Steht also ein Aufschwung unmittelbar bevor? Würden die üblichen Rahmenbedingungen herrschen, dann hätte der Aufschwung bereits im vergangenen Sommer beginnen müssen. Diese Erwartung, die auch das DIW Berlin hegte, ist nicht erfüllt worden. Es gibt also ungewöhnliche Belastungen, die die Wiederbelebung der Wirtschaft verzögern. Dies sind primär die Vertrauensdefizite, denen man in allen entsprechenden Indikatoren begegnet. Das Platzen der überzogenen Renditehoffnungen im Technologiesektor und die weltpolitischen Unsicherheiten haben das Investitionsklima beeinträchtigt. Das gilt umso mehr, als die Wirtschaftspolitik im Euroraum verglichen mit den USA sehr zurückhaltend auf diese krisenhaften Erscheinungen reagiert hat. Hier wird die Wachstumsschwäche eher als eine strukturelle Krise verstanden, der lediglich mit Strukturreformen beizukommen sei.

EWU-Konjunktur bleibt schwach

Die privaten Konsumausgaben im Euroraum entwickelten sich nur schwach. Die zunehmend ungünstigere Arbeitsmarktlage bremste die Expansion der verfügbaren Einkommen und belastete ebenfalls den Konsum. Zudem dürften der überhöht wahrgenommene Anstieg des Preisniveaus im Zuge der Eurobargeldeinführung sowie die Ungewissheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung die Konsumenten verunsichert und zu einer Kaufzurückhaltung geführt haben.

Die Exporte, die ein ganzes Jahr lang stark zurückgegangen waren, sind seit Sommer 2002 wieder deutlich aufwärts gerichtet. Allerdings haben die Importe ebenfalls angezogen, so dass der Außenbeitrag nur geringfügig gestiegen ist. Damit haben weder der Konsum noch die Exporte genug Dynamik entfaltet, um die seit fast zwei Jahren anhaltende Talfahrt der Ausrüstungsinvestitionen aufzuhalten. Angesichts der deutlichen Unterauslastung der Kapazitäten konnten auch die Zinssenkungen der EZB seit Frühjahr 2001 die Investitionstätigkeit noch nicht beleben. Auch in der Bauwirtschaft setzte sich die negative Tendenz der vergangenen Quartale fort. Lediglich in Spanien, wo Experten schon seit längerem vor einer Bubble auf dem Immobilienmarkt warnen, wurde im Laufe des vergangenen Jahres eine dynamische Ausweitung der Bauinvestitionen beobachtet.

Tabelle 2.1

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2001	2002	2003	2004
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr				
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,4	0,8	1,4	2,0
Privater Konsum	1,8	0,7	1,3	1,8
Öffentlicher Konsum	1,9	2,1	1,3	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	-0,5	-2,3	1,0	2,4
Bauten	-0,4	-1,6	-0,4	0,4
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0,5	-3,3	2,2	4,2
Außenbeitrag ¹	0,6	0,6	0,0	0,0
Verbraucherpreise ²	2,5	2,2	1,8	1,6
Lohnstückkosten	2,9	2,6	1,9	1,5
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ³	-1,5	-2,3	-2,1	-1,7
Leistungsbilanzsaldo	-0,2	0,5	0,5	0,5
In % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote ⁴	8,0	8,3	8,5	8,4

1 Wachstumsbeitrag.

2 Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

3 Gesamtstaatlich.

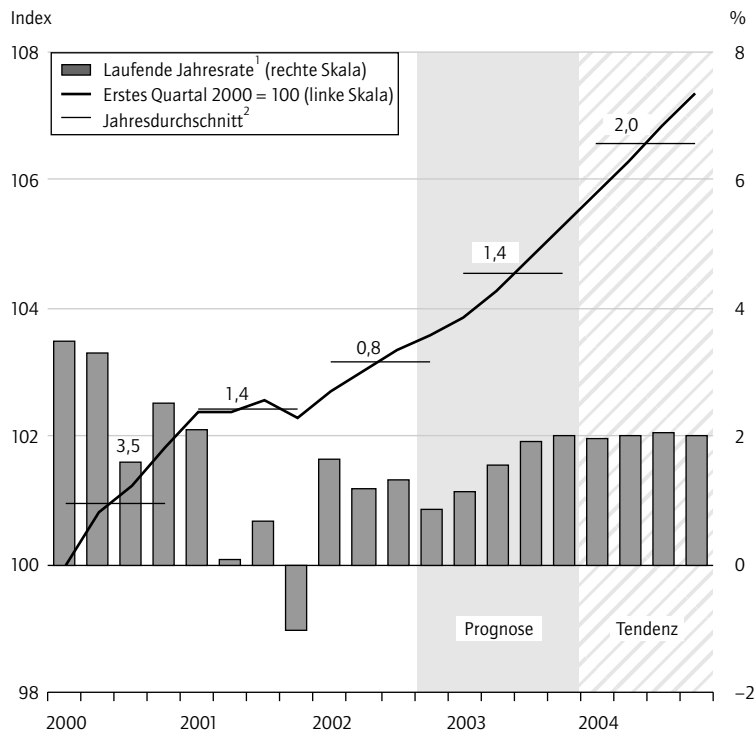
4 Standardisiert.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin; 2002 bis 2004: Schätzung und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Abbildung 2.1

Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum Saisonbereinigt



1 Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.

2 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Bei der sehr verhaltenen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat die Beschäftigung im Euroraum nur noch geringfügig zugenommen. Dieser Zuwachs reichte nicht aus, um das zusätzliche Angebot an Arbeitskräften zu absorbieren. So hat sich die Arbeitslosenquote von 8,1 % zu Jahresbeginn 2002 bis auf 8,4 % erhöht. Der Anstieg der Lohnstückkosten hat sich mit der Abflachung der Beschäftigungsentwicklung zur Jahresmitte 2002 wieder etwas verlangsamt, liegt aber immer noch deutlich über 2 %.

Gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) betrug die Teuerungsrate im November 2002 gegenüber dem Vorjahresmonat 2,2 % und blieb damit seit Mai 2002 nahezu unverändert. Dabei beträgt der Unterschied zwischen der niedrigsten und der höchsten nationalen Inflationsrate gut 3 Prozentpunkte.

Auch in diesem Jahr bleibt die gesamtwirtschaftliche Entwicklung verhalten. Im Zuge der allmählichen Erholung der Weltkonjunktur gehen von den Ausfuhren lediglich leichte Impulse aus. Allerdings wird sich die zunehmende weltwirtschaftliche Aktivität nicht in vollem Umfang auf die Ex-

porte des Euroraums auswirken, weil die Aufwertung des Euro die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EWU-Länder verschlechtert und zu einem Verlust von Marktanteilen führen wird. Die Exporte dürften somit nur langsam steigen; die Importe werden hingegen etwas rascher zunehmen.

Die Inlandsnachfrage bleibt 2003 schwach. Die privaten Konsumausgaben beleben sich in den kommenden Quartalen nur geringfügig. Für Italien und Spanien sind zwar Steuerentlastungen geplant. In Deutschland schlagen aber deutliche Steuer- und Beitragserhöhungen zu Buche. Die Anregungen von der Außenwirtschaft werden nur allmählich über Einkommens- und Beschäftigungseffekte auf die inländische Nachfrage ausstrahlen, so dass die privaten Konsumausgaben erst gegen Ende dieses Jahres wieder deutlicher aufwärts gerichtet sein dürften.

Vor diesem Hintergrund bleibt auch die Investitionstätigkeit vorläufig gedämpft. Die Ausrüstungsinvestitionen werden in diesem Jahr wieder zunehmen; allerdings dürfte dabei die laufende Rate auf Jahresbasis unter 4 % bleiben und damit im Vergleich zu früheren Aufschwüngen deutlich schwächer sein. Bei den Bauinvestitionen ist noch keine Aufwärtsentwicklung in Sicht. Sie werden im Jahresverlauf annähernd stagnieren. Insgesamt wird sich die Investitionstätigkeit im Prognosezeitraum nur leicht beschleunigen. Zwar wirken die bisherigen Zinssenkungen und die für das erste Quartal 2003 erwartete weitere Rücknahme des Leitzinses belebend, doch reicht dies nicht aus, um die vielfältigen Belastungen aufzufangen.

Damit ist auf dem Arbeitsmarkt in diesem Jahr noch nicht mit einer durchgreifenden Besserung zu rechnen. Die Beschäftigung wird im Jahresdurchschnitt allenfalls geringfügig zunehmen, während die Arbeitslosenquote auf 8,5 % – nach 8,3 % im vergangenen Jahr – steigen dürfte.

Der Preisauftrieb wird sich in den kommenden Monaten weiter verlangsamen. Die durch die Euroaufwertung verbilligten Importe sowie die verhaltene Nachfrage mindern den Druck auf die Preise deutlich. Auch der Anstieg der Lohnstückkosten schwächt sich mit einem verstärkten Produktivitätszuwachs weiter ab. Im Jahresdurchschnitt dürften die Lohnstückkosten im Euroraum um 1,9 % steigen, nach 2,6 % im Vorjahr. Damit wird die Inflationsrate bereits in den nächsten Monaten unter die 2 %-Marke sinken und im Jahresdurchschnitt 1,8 % betragen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird in diesem Jahr um 1,4 % zunehmen.

Auch für das kommende Jahr ist kein dynamischer Aufschwung zu erwarten. Der expansiver ausge-

richteten Geldpolitik steht eine restriktivere Finanzpolitik gegenüber. Von der Weltwirtschaft gehen nur mäßige Impulse aus – auch eine Folge des stärker werdenden Euro.

Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im kommenden Jahr um 2 % zulegen. Damit wird wohl erst im zweiten Halbjahr 2004 wieder eine Jahreswachstumsrate von über 2 % erreicht werden. Mit der etwas rascher steigenden Produktivität wird sich der Anstieg der Lohnstückkosten weiter verringern. Die Teuerungsrate dürfte damit bei einem voraussichtlich stärker werdenden Euro auf 1,6 % sinken. Die Arbeitslosigkeit wird auf 8,3 % im Jahresdurchschnitt 2004 zurückgehen.

Lohnpolitische Schieflage im Euroraum

Seit der Einführung der einheitlichen Währung hat die Bedeutung der Lohnpolitik für die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Länder weiter zugenommen, da weder mit zinspolitischen Maßnahmen noch mit Wechselkursänderungen eine Korrektur der relativen Preise innerhalb des Euroraums erwirkt werden kann. Die Notwendigkeit einer stabilitätsorientierten Lohnpolitik wird auch von der Europäischen Kommission in den jährlich veröffentlichten „Grundzügen der Wirtschaftspolitik“ betont: Die Lohnentwicklung muss mit dem Ziel der Preisstabilität kompatibel sein, andernfalls wird eine monetäre Restriktion erforderlich, die Wachstum und Beschäftigung beeinträchtigt. Zusätzlich gilt, dass die Lohnpolitik über die Preisentwicklung in einzelnen Ländern Folgen für alle Mitgliedstaaten hat, sobald dadurch der EU-Durchschnitt signifikant verändert wird.

Es ist daher beunruhigend, dass sich nach einer Phase vergleichsweise moderater Lohnveränderungen im Vorfeld und zu Beginn der Währungsunion der Anstieg der Löhne wie auch der Lohnstückkosten in den vergangenen zwei Jahren im Zuge des Ölpreisschocks deutlich beschleunigt hat. Bemerkenswert ist dabei, dass der Ölpreisschock in den einzelnen Ländern durchaus unterschiedlich verarbeitet wurde.

Betrachtet man die Lohnentwicklung anhand verschiedener Indikatoren zeigt sich, dass es in den vergangenen zwei Jahren im Euroraum zu einer Beschleunigung des Anstiegs gekommen ist (Tabelle 2.2). In einer Phase wirtschaftlicher Verlangsamung ist wegen der konjunkturell bedingt nachlassenden Produktivitätszuwächse eine vorübergehende Beschleunigung der Lohnstückkostenentwicklung zu erwarten. Zu Beginn des Jahres 2002 kamen noch höhere Lohnabschlüsse hinzu.

Schon seit längerer Zeit bleiben die Lohnstückkostenzuwächse in Deutschland deutlich hinter dem EU(8)-Durchschnitt zurück. In jüngster Zeit scheint sich diese Tendenz verstärkt zu haben. Während in Frankreich und Italien die Zunahme der Arbeitsentgelte sehr nah am EU(8)-Durchschnitt liegt, werden in den Niederlanden derzeit besonders hohe Abweichungen nach oben verzeichnet. Hier hat eine Kombination von angespanntem Arbeitsmarkt, Anhebung indirekter Steuern und stark steigender Lebensmittelpreise eine Preis-Lohn-Spirale ausgelöst, die sich nur sehr langsam beruhigt. Der noch stärkere Anstieg der Lohnstückkosten auf über 6 % Ende 2001 und Anfang 2002 deutet darauf hin, dass die Reaktion am Arbeitsmarkt auf das stark gedrosselte Wirtschaftswachstum seit Anfang 2001 zunächst sehr verhalten blieb. Da die Produktivitätsfortschritte zwischen den betrachteten Ländern weniger stark variieren, ist bei den Lohnstückkosten die Differenz zwischen Deutschland und den meisten Ländern des Euroraums ebenso stark ausgeprägt. Allein Österreich hat im Mittel ebenfalls unterdurchschnittliche Anstiege zu verzeichnen.

Betrachtet man die Standardabweichung als Maß der Divergenz, so zeigt sich, dass sich die Lohnzuwächse als Folge des Ölpreisanstiegs seit Ende 2000 zwischen allen EU(8)-Ländern stärker als zuvor auseinander bewegt haben. Dies dürfte jedoch ein vorübergehendes Phänomen sein. Unabhängig davon ist weiterhin mit einem deutlichen Zurückbleiben der Lohnentwicklung in Deutschland im Vergleich zu den anderen EU(8)-Ländern zu rechnen. Im Euroraum insgesamt werden die Arbeitsentgelte je Beschäftigten um annähernd 3 % steigen.

Die jüngste Entwicklung zeigt also, dass zwar die Heterogenität der Lohnentwicklung zwischen den einzelnen Ländern des Euroraums insgesamt nur wenig zugenommen hat, die Lohnentwicklung in Deutschland aber deutlich aus dem Rahmen fällt. Die Löhne bleiben hier so weit hinter dem Durchschnitt des Euroraums zurück wie noch nie seit Beginn der Währungsunion. Deutschland geht bei den Löhnen derzeit gleichsam einen Sonderweg.

Zielkonflikte in der Finanzpolitik

Im Gefolge der andauernden konjunkturellen Schwäche hat sich das aggregierte Defizit der öffentlichen Haushalte deutlich erhöht. Für das vergangene Jahr dürfte sich ein Fehlbetrag von knapp 2½ % ergeben haben (Tabelle 2.3). Insbesondere hat die höhere Arbeitslosigkeit zu Einnahmeausfällen und Ausgabeerhöhungen geführt; auf der Ausgabenseite sorgten lediglich die etwas weiter gefallen Zinsen für eine gewisse Entlastung.

Tabelle 2.2

Lohnentwicklung¹ im Euroraum

	EU12/ EU8 ²	Belgien	Deutsch- land	Spanien	Frankreich	Italien	Nieder- lande	Österreich	Finnland	Standard- abweichung vom EU12/ EU8 ² - Durchschnitt
Bruttolohn- und -gehaltsumme je abhängig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe										
1997	2,5	2,1	1,4	4,3	2,7	3,6	2,8	2,4	2,5	0,9
1998	2,3	2,5	1,6	2,2	2,1	2,7	4,4	2,6	3,6	0,9
1999	2,6	2,3	2,5	2,3	2,4	2,3	3,8	2,9	3,1	0,5
2000	3,0	2,5	2,6	1,4	4,6	2,1	4,2	2,5	4,3	1,1
2001	2,9	2,8	1,5	3,6	4,7	1,7	5,2	3,1	4,8	1,4
2001 I	3,2	1,9	2,0	3,7	4,8	2,0	5,6	3,0	5,1	1,4
II	3,0	2,6	1,8	3,8	4,8	1,2	4,9	3,2	5,0	1,4
III	2,8	3,7	1,3	3,2	4,6	1,8	5,1	3,3	4,6	1,4
IV	2,8	3,2	1,1	3,8	4,5	1,8	5,0	3,1	4,3	1,4
2002 I	2,6	3,0	1,2	3,8	3,9	2,2	3,2	3,0	3,1	0,9
II	2,7	2,6	1,1	4,1	4,0	3,0	3,1	3,0	3,7	1,0
III	3,8	.	.	3,0	.	.
Durchschnittliche Abweichung von EU12										
2001 / 1997	x	-0,1	-0,8	0,4	0,8	-0,4	1,1	0,1	0,9	x
2002: II / 2001: I	x	0,0	-1,4	0,9	1,6	-0,9	1,6	0,3	1,5	x
Arbeitnehmerentgelte je abhängig Beschäftigten										
1997	1,9	3,0	0,8	2,5	2,2	4,3	2,1	1,1	1,2	1,1
1998	1,2	1,7	1,0	3,1	1,7	-1,5	3,7	2,1	3,9	1,8
1999	1,9	3,3	1,2	2,9	2,4	1,9	3,1	1,7	1,9	0,8
2000	2,5	2,5	2,0	3,6	2,1	2,8	4,2	2,3	4,1	1,0
2001	2,5	3,6	1,7	4,0	2,6	2,6	4,9	1,4	4,3	1,3
2001 I	2,6	3,6	2,0	3,4	1,6	3,0	5,0	3,5	5,5	1,5
II	2,9	4,0	1,8	4,0	2,7	2,8	5,3	3,4	5,6	1,5
III	2,8	4,3	1,4	4,7	2,7	3,5	5,1	3,4	4,6	1,4
IV	2,8	3,8	1,6	4,3	2,8	3,4	5,7	3,3	4,4	1,4
2002 I	2,8	2,9	1,5	3,8	3,2	3,8	4,7	2,4	1,4	1,1
II	2,7	3,2	1,5	3,7	2,8	3,4	4,8	2,2	2,9	1,0
III	.	.	2,3	3,6	2,7
Durchschnittliche Abweichung von EU8										
2001 / 1997	x	0,6	-0,6	0,8	0,0	0,2	1,4	0,0	0,8	x
2002: II / 2001: I	x	0,9	-1,1	1,2	-0,2	0,5	2,3	0,3	1,3	x
Produktivität										
1997	1,5	2,8	1,6	1,1	1,6	1,8	0,6	1,1	2,9	0,8
1998	1,2	0,8	0,8	0,7	1,9	0,9	1,6	2,9	3,2	1,0
1999	0,9	1,8	0,8	0,7	1,3	0,4	1,3	1,3	1,3	0,5
2000	1,2	2,1	1,1	1,1	1,4	0,9	1,1	2,8	3,9	1,1
2001	-0,1	-0,4	0,1	0,1	-0,2	0,1	-0,6	0,0	-0,4	0,3
2001 I	0,3	-0,2	0,4	0,0	0,3	0,4	-0,4	2,2	1,6	0,9
II	0,0	-0,1	0,0	-0,2	-0,3	0,7	-0,2	0,6	-0,7	0,4
III	0,1	-0,3	0,2	0,6	0,0	0,5	-0,8	0,3	-0,3	0,4
IV	-0,5	-1,0	0,0	0,8	-0,9	-1,0	-1,1	0,0	-2,1	0,9
2002 I	-1,1	-0,6	-1,0	0,6	-0,8	-2,4	-1,3	0,8	-2,7	1,2
II	0,1	0,6	0,8	0,6	0,2	-1,5	-0,9	1,1	2,1	1,1
III	.	.	1,7	0,4	0,6
Durchschnittliche Abweichung von EU8										
2001 / 1997	x	0,1	0,1	0,2	0,1	-0,2	-0,3	0,6	0,3	x
2002: II / 2001: I	x	-0,1	0,2	0,6	-0,1	-0,4	-0,6	1,0	-0,2	x
Lohnstückkosten										
1997	0,4	0,2	-0,7	1,4	0,6	2,5	1,5	0,1	-1,6	1,2
1998	0,0	0,9	0,2	2,3	-0,2	-2,4	2,1	-0,7	0,7	1,5
1999	1,0	1,5	0,4	2,2	1,1	1,5	1,7	0,4	0,6	0,6
2000	1,2	0,4	1,0	2,5	0,7	1,9	3,1	-0,5	0,2	1,2
2001	2,6	4,0	1,5	3,9	2,8	2,5	5,5	1,4	4,8	1,5
2001 I	2,3	3,8	1,7	3,3	1,4	2,6	5,4	1,3	3,8	1,5
II	2,9	4,2	1,8	4,3	3,0	2,1	5,5	2,8	6,3	1,7
III	2,7	4,6	1,2	4,0	2,7	3,1	5,9	3,1	5,0	1,7
IV	3,3	4,8	1,5	3,5	3,7	4,4	6,8	3,3	6,6	1,9
2002 I	3,9	3,6	2,6	3,1	4,0	6,3	6,1	1,6	4,2	1,5
II	2,6	2,6	0,6	3,1	2,5	5,1	5,8	1,2	0,8	1,8
III	.	.	0,6	3,2	2,1
Durchschnittliche Abweichung von EU8										
2001 / 1997	x	0,5	-0,7	0,7	-0,1	0,4	1,7	-0,6	0,5	x
2002: II / 2001: I	x	1,0	-1,4	0,6	-0,1	0,9	3,0	-0,8	1,5	x

¹ Veränderung gegenüber der Vorjahresperiode in %.² Bruttolohn- und -gehaltsumme: EU12.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Tabelle 2.3

Indikatoren zur Situation der öffentlichen Haushalte in den EWU-Ländern

	Bruttoschulden ¹						Finanzierungssaldo ¹					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Deutschland	60,9	61,2	60,2	61,8	64,2	65,8	-2,2	-1,5	-1,4	-2,8	-3,6	-2,7
Frankreich	59,5	58,5	57,3	57,3	58,6	59,4	-2,7	-1,6	-1,3	-1,4	-2,8	-2,9
Italien	116,4	114,5	110,6	109,9	110,6	109,0	-3,1	-1,8	-1,7	-2,2	-2,6	-2,7
Spanien	64,6	63,1	60,5	57,1	55,0	54,0	-2,6	-1,1	-0,7	-0,1	-0,5	-0,8
Niederlande	66,8	63,1	55,8	52,8	51,0	50,3	-0,8	0,7	1,5	0,1	-0,9	-1,2
Belgien	119,3	114,9	109,6	108,6	105,6	102,0	-0,9	-0,5	0,1	0,4	-0,3	-0,1
Österreich	63,7	64,7	63,0	62,7	63,2	62,0	-2,5	-2,3	-1,9	0,2	-1,8	-1,6
Finnland	48,8	46,8	44,0	43,4	42,4	42,0	1,3	1,9	7,0	4,9	3,6	3,1
Griechenland	105,8	105,1	106,2	107,0	105,8	106,0	-2,5	-1,9	-1,8	-1,2	-1,3	-1,1
Portugal	55,0	54,4	53,4	55,5	57,5	58,5	-2,6	-2,4	-3,3	-4,2	-3,4	-2,9
Irland	54,9	49,3	39,3	36,7	35,3	35,0	2,4	2,1	4,4	1,6	-1,0	-1,0
Luxemburg	6,3	6,0	5,6	5,6	4,6	4,0	3,2	3,6	5,6	6,1	1,0	-1,5
Euroraum²	73,7	72,6	70,2	70,0	70,7	70,7	-2,2	-1,3	-0,9	-1,5	-2,4	-2,2

¹ In % des Bruttoinlandsprodukts; Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht. Finanzierungssaldo ohne Sondereinnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen.

² Summe der Länder, gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2001 in Euro.

Quellen: EZB; Eurostat; Europäische Kommission; 2002 und 2003: Schätzung und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Die finanzpolitische Lage in den einzelnen Ländern ist dabei sehr unterschiedlich. In Finnland besteht weiterhin ein hoher, wenn auch verringerter Überschuss, und eine Reihe von Ländern weist einen annähernd ausgeglichenen oder zumindest mit den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes kompatiblen Haushalt auf, während Frankreich und Italien dem Referenzwert für das Defizit von 3 % nahe kommen und Deutschland und Portugal ihn sogar deutlich überschreiten. Für Portugal und Deutschland hat die Kommission zum ersten Mal das Verfahren, das für den Fall eines übermäßigen Defizits nach Artikel 104 des EU-Vertrages vorgesehen ist, eingeleitet.

Insgesamt dürfte die Finanzpolitik im Euroraum im vergangenen Jahr noch expansiv gewirkt haben, da das Defizit deutlich gestiegen ist. Insbesondere mit der verschärften Konsolidierungspolitik in Deutschland ergibt sich nunmehr jedoch eine restriktive und damit prozyklische Ausrichtung der Finanzpolitik.

Der Konsolidierungsdruck hat nicht nur zu Ausgabenkürzungen geführt, die vielfach auch im investiven Bereich stattfanden, sondern in mehreren Ländern – so insbesondere in Deutschland und Italien – auch Steuererhöhungen oder die Verschiebung von ursprünglich geplanten umfangreichen Steuersenkungen zur Folge gehabt. Ein Gegenbeispiel zur Ausrichtung der Finanzpolitik im Euroraum bildet Großbritannien, das Anfang der 90er Jahre zeitweise ein Defizit bis zu 8 % des Bruttoinlandsprodukts hinnahm, dann bei kräftigem Wirtschaftswachstum in der zweiten Hälfte der 90er

Jahre als einziges größeres europäisches Land merkliche Haushaltsüberschüsse erzielte und damit in der Lage war, einen antizyklischen Kurs in der Finanzpolitik einzuschlagen.

Im Euroraum werden die schon durchgeführten und die noch geplanten Konsolidierungsmaßnahmen in diesem Jahr dazu führen, dass sich das aggregierte Finanzierungsdefizit leicht – um etwa ¼ Prozentpunkt – auf rund 2,2 % des Bruttoinlandsprodukts verringert. Dabei schlagen vor allem die Konsolidierungsmaßnahmen in Deutschland zu Buche.

Monetäre Rahmenbedingungen insgesamt wenig expansiv

Die Europäische Zentralbank hat die Leitzinsen Anfang Dezember 2002 um einen halben Prozentpunkt gesenkt, nachdem sie diese zuvor mehr als ein Jahr unverändert gelassen hatte. Der entscheidende Refinanzierungssatz⁴ der Banken liegt nun bei 2,75 %.

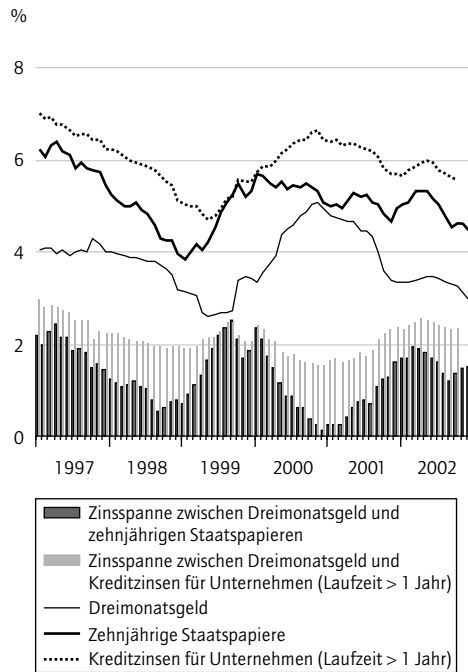
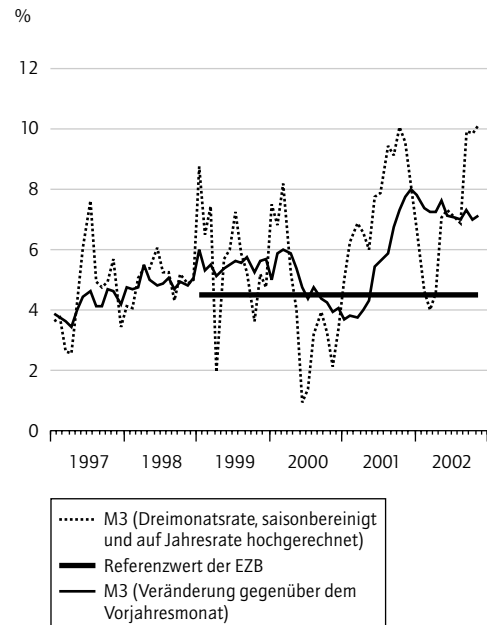
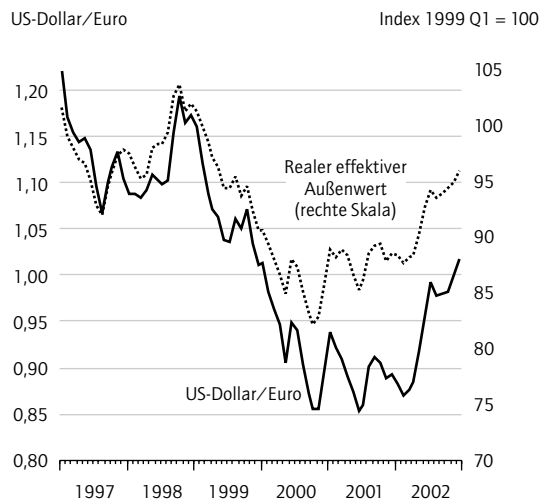
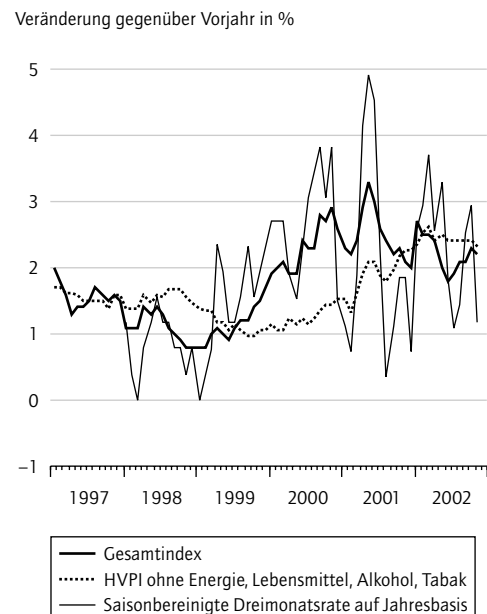
Die Dreimonatszinsen waren bereits in Erwartung der zinspolitischen Entscheidung gesunken und lagen Ende November bei 3,1 %; im Dezember verringerten sie sich weiter bis auf 2,95 % im Monatsdurchschnitt (Abbildung 2.2). Sie befinden sich damit um 0,4 Prozentpunkte unter dem Wert vor Jahresfrist und damit nominal wie auch real auf niedrigem Niveau. Real lagen die kurzfristi-

⁴ Der entscheidende geldpolitische Leitzins ist der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte.

Abbildung 2.2

Zur monetären Lage im Euroraum

Januar 1997 bis Dezember 2002

Ausgewählte Zinssätze und Zinsspannen**Entwicklung der Geldmenge M3¹****Wechselkurs zwischen US-Dollar und Euro² sowie realer effektiver Außenwert des Euro³****Harmonisierter Verbraucherpreisindex**¹ Bis November 2002.² Vor 1998 Wechselkurs zwischen US-Dollar und synthetischem Euro.³ Gegenüber einem weiten Länderkreis, auf Basis der Verbraucherpreise.

Quellen: Europäische Zentralbank; Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

gen Zinsen um rund 2 Prozentpunkte unter dem vergleichbaren langfristigen Durchschnittswert,⁵ nominal entsprechen sie etwa dem so genannten Taylor-Zins.⁶ Der langfristige Zins, gemessen an der Rendite zehnjähriger Staatsanleihen, liegt mit nominal 4,5 % und real 2,7 % ebenfalls unter dem neutralen Niveau, wenn man wiederum einen vergleichbaren langfristigen Durchschnittswert und den um die gleichgewichtige Zinsspanne zwischen kurz- und langfristigen Zinsen erhöhten Taylor-Zins als Maßstab heranzieht. Er liegt um 0,5 Prozentpunkte unter dem Niveau vor Jahresfrist. Die Kreditzinsen sind ebenfalls gefallen, allerdings in geringerem Ausmaß. Auch haben sich die Aktienkurse seit ihrem Tiefstand Anfang Oktober 2002 etwas erholt. Sie sind damit aber noch deutlich – um 30 % – niedriger als zu Beginn des Jahres; vom Höchststand im März 2000 sind sie um 52 % entfernt. Die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen sowie die Vermögenssituation der Aktienbesitzer und damit auch der Banken haben sich damit deutlich verschlechtert.

Aufgrund der weiter bestehenden Unterbewertung des Euro ist zwar die preisliche Wettbewerbsfähigkeit von Gütern, die im Euroraum produziert werden, weiterhin hoch. Die Aufwertung des Euro hat jedoch diesen Wettbewerbsvorteil verringert und damit einen negativen konjunkturellen Impuls gegeben. Seit Dezember 2001 hat der Euro real effektiv um 8¼ % aufgewertet, in den vergangenen sechs Monaten um knapp 3½ %; gegenüber dem US-Dollar fiel die Aufwertung mit Raten von 14 % bzw. 6½ % noch kräftiger aus. Damit erweist sich der kombinierte konjunkturelle Impuls, der von den durch die Finanzierungsbedingungen und den Wechselkurs bestimmten Rahmenbedingungen insgesamt ausgeht, als kaum expansiv.

Die Expansion der Geldmenge dürfte die Entwicklung der nachfragewirksamen Liquidität weiterhin deutlich überzeichnen, da es als Folge des Rückgangs der Aktienkurse seit Anfang 2000 und als Reaktion auf die gestiegene Unsicherheit über die künftige wirtschaftliche Entwicklung zu erheblichen Portfolioumschichtungen zugunsten kurzfristiger Anlagen gekommen ist. Die Geldmenge M3 nimmt nunmehr seit mehr als einem Jahr mit Raten zu, die deutlich über dem Referenzwert der EZB liegen (Abbildung 2.2). Im November 2002 betrug die Vorjahresrate 7,1 %, und die Verlaufsrate (Dreimonatsdurchschnitt auf Jahresbasis) lag mit 10,1 % noch darüber. Dass es sich zum Teil nicht um nachfragewirksame Liquidität handelt, zeigt sich in der kräftigen Ausweitung der in M3 enthaltenen marktfähigen Instrumente. Insbesondere aber hat sich der Zuwachs der Buchkredite an Private bis zuletzt abgeschwächt und lag mit 4,5 % gegenüber dem Vorjahresmonat auf einem niedri-

gen Niveau.⁷ Eine Inflationsbeschleunigung droht von dieser Seite aber kaum.

Bei der größer werdenden Produktionslücke im Euroraum dürfte sich der Preisanstieg weiter verringern: Die Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen bleiben niedrig und die Lohnentwicklung insgesamt moderat. Im Jahre 2003 wird der Anstieg des HVPI im Durchschnitt 1,8 % und im nächsten Jahr 1,6 % betragen.

Vor diesem Hintergrund ist mit einer weiteren Leitzinssenkung im ersten Quartal dieses Jahres zu rechnen. Die Aktienkurse werden sich stabilisieren und die Kapitalmarktzinsen im Zuge der weltweiten konjunkturellen Erholung bis Ende 2004 etwas steigen. Der Euro dürfte im Jahresverlauf 2003 weiter an Wert gewinnen.

Privater Konsum trägt Konjunkturaufschwung in Großbritannien

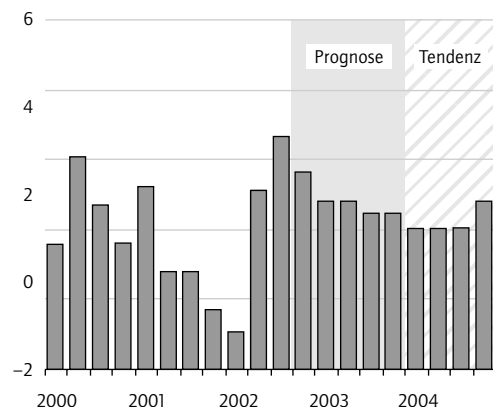
In Großbritannien hat die Konjunktur im vergangenen Jahr wieder Tritt gefasst (Abbildung 2.3). Nach einem bereits kräftigen Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion im dritten Quartal mit einer Jahresrate von 3,2 % zu. Damit unterscheidet sich die konjunkturelle Entwicklung in Großbritannien deutlich von derjenigen in den anderen großen europäischen Volkswirtschaften. Entscheidend für die konjunkturelle Erholung war und ist, dass der private Verbrauch kräftig zunimmt, zuletzt mit Raten von rund 4 %. Außerdem ist Großbritannien das einzige Land, in dem die Nachfrage des Staates aufgrund eines mehrjährigen Programms zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur – u. a. im Gesundheits- und Verkehrswesen – spürbar ausgeweitet wird. Demgegenüber blieben die Bruttoanlageinvestitionen – in erster Linie die Ausrüstungen – im dritten Quartal noch rückläufig; auch das Leistungsbilanzdefizit hat im dritten Quartal wieder etwas zugenommen. Damit ist das Wachstum weiter unausgewogen.

⁵ Vgl.: Geldpolitik in besonderer Verantwortung für den Aufschwung. Bearb.: Silke Tober. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 47/2000, Tabelle 1, S. 802. Für den Vergleich der Realzinsen mit langjährigen Durchschnittswerten werden hier nicht die aggregierten Durchschnitte der Länder des heutigen Euroraums verwendet, da diese Verzerrungen durch Risikoprämien und Wechselkurerwartungen enthalten, sondern die für Deutschland und als zusätzliche Orientierungsgröße jene für die USA.

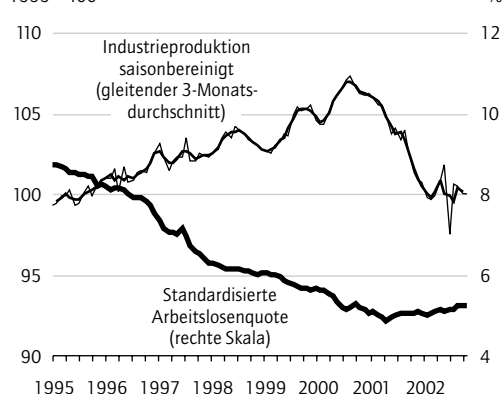
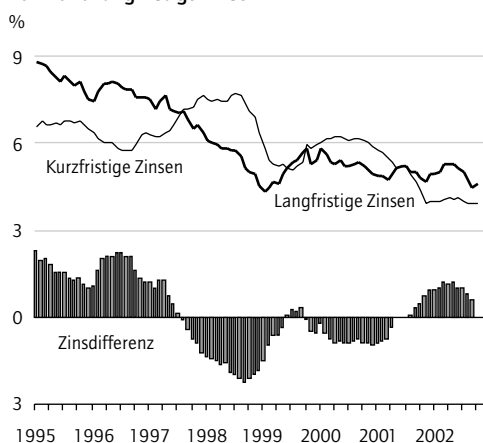
⁶ Der Taylor-Zins ergibt sich aus einer geldpolitischen Regel, in die der Gleichgewichtszinssatz, die Produktionslücke und die Abweichung der Preissteigerungsrate vom geldpolitischen Inflationsziel eingehen. Vgl. auch Abschnitt Geldpolitik in diesem Bericht sowie: Europäische Geldpolitik: Expansionskurs beibehalten. Bearb.: Silke Tober. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 12/2002, Kasten 1, S. 207–208.

⁷ Buchkredite an Private im Euroraum.

Abbildung 2.3

Großbritannien**Reales Bruttoinlandsprodukt**Saisonbereinigt; Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal¹**Industrieproduktion und Arbeitslosenquote**

1995 = 100

**Kurz- und langfristige Zinsen**¹ Auf Jahresbasis hochgerechnet.

Quellen: OECD; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Die kräftige Nachfrage der privaten Haushalte dürfte zunächst anhalten. Bei kaum verringerten Lohnzuwächsen, weiter zunehmender Beschäfti-

gung und immer noch moderatem Preisanstieg nehmen die real verfügbaren Einkommen weiter merklich zu. Es bestehen aber Befürchtungen, dass der Boom am Immobilienmarkt nicht anhält und es dann als Folge eines Preiseinbruchs zu negativen Einkommenseffekten kommt.

Angesichts der differenzierten konjunkturellen Entwicklung hat die Notenbank bisher abgewartet. Die Inflation ist weiter gering. Gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex, der im vergangenen Jahr um rund 1¼ % stieg, ist Großbritannien sogar eines der Länder mit besonders niedriger Inflation. Auch dies deutet nicht auf inflationäre Erwartungen hin. Sollte sich die Konjunktur ungünstiger entwickeln, hätte die Notenbank somit durchaus Spielraum für eine Zinssenkung.

Bei der erwarteten weltwirtschaftlichen Entwicklung – insbesondere einer leichten konjunkturellen Belebung in den USA und einer eher stagnativen Wirtschaftsentwicklung in Kontinentaleuropa – dürfte sich das Expansionstempo der gesamtwirtschaftlichen Produktion in diesem Jahr etwas verlangsamen. Gestützt wird die konjunkturelle Entwicklung weiterhin durch den stetigen Anstieg der realen verfügbaren Einkommen und der staatlichen Ausgaben. Inzwischen sind die Haushaltsüberschüsse abgebaut; für das Jahr 2002 dürfte sich sogar ein Defizit von gut einem Prozentpunkt ergeben haben – für die britische Regierung jedoch kein Anlass für einen Kurswechsel. Für das Jahr 2003 könnte sich aufgrund der anhaltend kräftigen Binnennachfrage allmählich auch die Investitionstätigkeit wieder festigen. Für 2003 ist mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von 2,6 % – nach gut 1½ % im vergangenen Jahr – zu rechnen; im nächsten Jahr dürfte das Wachstum 2,1 % betragen. Die Arbeitslosenquote wird mit gut 5 % in diesem wie im nächsten Jahr niedrig bleiben. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird sich leicht beschleunigen.

Abschwächung in den EU-Beitrittsländern

In den zehn Ländern, die voraussichtlich im Mai 2004 der EU beitreten werden, fällt das Wachstum weiterhin stärker aus als in der EU. Am ausgeprägtesten ist der Unterschied zu den drei baltischen Staaten, die im Jahre 2002 Wachstumsraten von über 5 % erreicht haben dürften (Tabelle 2.4). In den anderen Ländern hingegen haben sich im Zuge der konjunkturellen Abschwächung in der EU sowohl die Exporte als auch das gesamtwirtschaftliche Wachstum verlangsamt. Die Exporte wurden zudem in vielen Staaten durch eine Aufwertung der Währungen gedrückt. So wird das Wachstum sowohl in der Tschechischen Republik

Tabelle 2.4

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosigkeit in den EU-Beitrittsländern

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote in %		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
		2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004
Polen	48,8	1,3	2,3	3,6	1,9	1,5	1,9	18,2	17,5	17,1
Tschechien	15,7	1,8	1,9	3,7	1,8	1,3	1,8	9,5	9,1	8,8
Ungarn	14,3	3,2	3,0	3,7	5,2	5,5	4,0	5,9	5,8	5,7
Slowakei	5,7	4,1	4,0	4,2	3,3	8,5	4,5	18,3	17,8	17,2
Slowenien	5,2	2,3	2,6	3,9	7,1	6,5	5,5	6,4	6,5	6,3
Litauen	3,3	5,3	4,8	4,6	0,2	0,9	1,2	16,5	16,2	16,0
Zypern	2,4	2,0	3,2	3,5	3,1	4,0	2,5	4,4	4,1	4,0
Lettland	2,1	7,2	5,0	5,2	1,6	1,5	1,5	13,2	13,0	12,5
Estland	1,5	5,9	5,3	5,1	3,6	3,3	3,2	10,4	9,8	9,5
Malta	1,0	1,9	2,6	3,4	2,9	2,0	1,9	6,8	6,5	6,2
Insgesamt ¹	100,0	2,2	2,7	3,8	2,7	2,8	2,5	13,7	13,3	12,9
Nachrichtlich: Exportgewicht ²	–	2,4	2,6	3,8	–	–	–	–	–	–

¹ Summe der aufgeführten Länder. Gewichte: Bruttoinlandsprodukt von 2001 in US-Dollar.

² Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 2001.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin; 2002 bis 2004: Schätzung und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

als auch in Slowenien in diesem Jahr weniger als 2,5 % betragen. Auch in den anderen Ländern Mitteleuropas dürften die Wachstumsraten geringer ausfallen, als es für eine zügige Konvergenz mit der EU erforderlich wäre. Träger des dennoch vergleichsweise robusten Wachstums ist die inländische Nachfrage. Zum einen stützen steigende reale Einkommen die Nachfrage der privaten Haushalte. Zum anderen zeichnen sich die Länder durch eine lebhafte Investitionstätigkeit aus, die auch von den weiterhin hohen ausländischen Direktinvestitionen Impulse erhält.

Die Preissteigerungsraten konnten weiter gedrückt oder auf niedrigem Niveau gehalten werden. Allerdings haben einige Länder nach wie vor nicht den im Maastricht-Vertrag festgelegten Zielwert erreicht, der um 1,5 Prozentpunkte über der Inflationsrate der drei EU-Mitgliedsländer mit der niedrigsten Rate liegt. Das betrifft derzeit vor allem Slowenien (6,7 % im November 2002) und Ungarn (4,9 % im Oktober 2002). Zum Teil haben die Beitrittsländer erhebliche fiskalische Probleme, die sich im Verlauf des Jahres 2002 weiter verschärft haben. So werden für dieses Jahr Budgetdefizite – in der Abgrenzung von Eurostat – von 10 % in der Tschechischen Republik und nahezu 9 % in Ungarn erwartet.

Die Leistungsbilanzdefizite dürften sich im Verlauf von 2002 im Durchschnitt etwas erhöht haben. Eine deutliche Verschlechterung der Leistungsbilanz wird für 2003 in Ungarn und in Est-

land erwartet; hier hatte sich die Expansion der Exporte verlangsamt, während die Importe kräftig zunahmen, eine Folge der deutlich gestiegenen Einkommen der privaten Haushalte und der realen Aufwertung der Währungen.

Nach zwei Jahren mit niedrigem Wachstum zeichnet sich in Polen – dem größten Beitrittsland – allmählich eine Erholung ab. Der starke Rückgang der Wachstumsrate von über 5 % (2000) auf nur gut 1 % (2001 und 2002) war vor allem darin begründet, dass die Geldpolitik die hartnäckige Preis-Lohn-Spirale durch einen ausgeprägt restriktiven Kurs bekämpfte. Zeitweise betrugen die Realzinsen über 12 %, und die Inflationsrate konnte von über 10 % zu Beginn des Jahres 2000 auf nur noch 1,2 % im Oktober 2002 reduziert werden; auch das Leistungsbilanzdefizit hat sich zurückgebildet. Die wirtschaftliche Abschwächung war von Rückgängen in der Investitionstätigkeit gekennzeichnet, und die Arbeitslosenquote stieg auf 20 %. Doch dank der Entwicklung der Exporte und des privaten Konsums blieben die Wachstumsraten positiv. Die gesunkenen Realzinsen im Verlauf des vergangenen Jahres sollten die Investitionstätigkeit beleben und zusammen mit einer kräftigen Exportentwicklung zu einer Erholung der polnischen Wirtschaft führen.

Das Wachstum bei den Beitrittskandidaten wird im Prognosezeitraum weiterhin über dem EU-Durchschnitt liegen. Die Expansion dürfte jedoch durch die schwache Entwicklung in Deutschland

und im Euroraum beeinträchtigt werden. Dämpfend auf das Wachstum dürfte sich zudem auswirken, dass einige Länder im Zuge der Vorbereitung

auf den Beitritt zum Euroraum ihre Staatshaushalte konsolidieren müssen.

3. Wirtschaftliche Lage in Deutschland

Stagnation setzt sich fort

Die stockende Entwicklung der Konjunktur in Deutschland hält an. Entgegen den vielfach gehegten Erwartungen hat in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres kein Aufschwung eingesetzt. Insbesondere die Investitionstätigkeit – sowohl bei Ausrüstungen als auch bei Bauten – blieb gedrückt. Aber auch der private Konsum zeigte erst zuletzt Erholungstendenzen.

Maßgeblich für die schwache Konjunktur ist zum einen, dass die Erholung der Weltwirtschaft schleppend verläuft. Dies zeigt sich in der im Vergleich zu früheren Aufschwüngen nur verhaltenen Ausweitung der Ausfuhr im vergangenen Jahr. Zum anderen kommt die Binnennachfrage, seit Jahren die Achillesferse der deutschen Konjunktur, nicht vom Fleck (Abbildung 3.1).

Diese Schwäche wird nicht rasch überwunden werden, sondern noch weit in dieses Jahr hineinreichen. Eine der wesentlichen Ursachen sind die erheblichen Belastungen der privaten Haushalte infolge der jüngsten Beschlüsse der Bundesregierung. Steuererhöhungen und die spürbare Anhebung der Beitragssätze zur Sozialversicherung werden dazu führen, dass die verfügbaren Einkommen trotz der etwas kräftigeren Lohnerhöhungen kaum steigen. Folglich ist für dieses und, weil die Belastungen sogar noch weiter wirken werden, auch für das kommende Jahr nicht mit einer nennenswerten Expansion des privaten Verbrauchs zu rechnen. Von daher erhält auch die Investitionsnachfrage nur geringe binnenwirtschaftliche Impulse. Auch die geldpolitische Lockerung dürfte nur für eine leichte Beschleunigung im Verlauf dieses Jahres sorgen. Ebenso steht die nur allmäh-

liche Belebung der Auslandskonjunktur einer stärkeren Expansion entgegen. Deutschlands Wirtschaft trudelt also weiter vor sich hin. In diesem Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 0,6 % zunehmen, und für das kommende Jahr ist unter den gegebenen Bedingungen ein Wachstum von nicht mehr als 1 % zu erwarten (Abbildung 3.2 und Tabelle 3.1).

Damit hat sich eine Konstellation herausgebildet, in der Deflation entstehen kann. Gegenwärtig ist diese inhärente Tendenz nicht in der gemessenen Inflationsrate zu sehen, da sie vor allem durch die Anhebung indirekter Steuern überlagert wird. Die immer noch positiven Preissteigerungsraten sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese nicht zu Rentabilitätsverbesserungen bei den Unternehmen führen. Im Gegenteil, sie sind eher Ausdruck der Konsolidierungsbemühungen des Staates und belasten die Wirtschaft. Auch erhöht sich der nach unten gerichtete Druck auf die Löhne im öffentlichen Sektor. Beides zusammen, Preis- und Lohn- druck, verstärkt die Belastungen sowohl der Unternehmen als auch der Konsumenten. Vor diesem Hintergrund kann kein Aufschwung entstehen.

Exporte erholen sich allmählich

Die deutschen Warenexporte sind im Jahresdurchschnitt 2002 nur schwach gewachsen (Abbildung 3.3 und für die Importe Abbildung 3.4). Ursächlich hierfür war zum einen die anhaltend schwache Konjunktur auf den wichtigsten Absatzmärkten in Europa und den USA, zum anderen die kräftige Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar.

Kasten

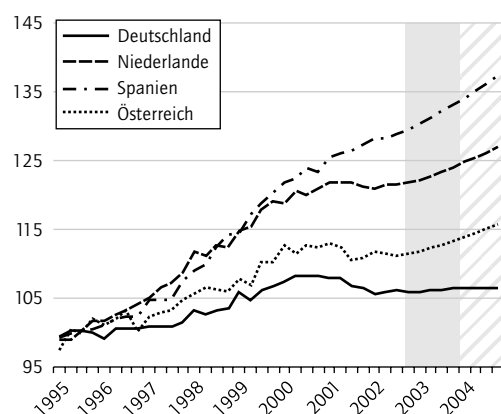
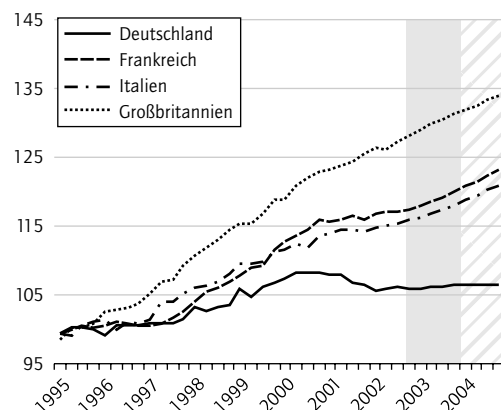
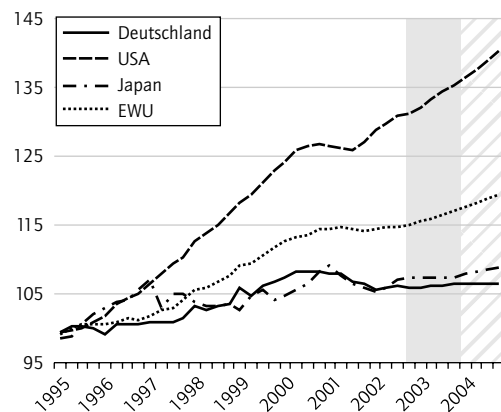
Annahmen für die Prognose

- Der Erdölpreis wird leicht sinken und vom Frühjahr 2003 an bei rund 25 US-Dollar liegen.
 - Der Euro wird zunächst auf dem erreichten Niveau verharren und im späteren Verlauf des Jahres leicht aufwerten. Für 2004 wird ein durchschnittlicher Wechselkurs von 1,05 US-Dollar/Euro unterstellt.
 - Die Europäische Zentralbank senkt den Leitzins in der ersten Jahreshälfte 2003 um ½ Prozentpunkt.
 - Die Tariflöhne werden in diesem Jahr um etwa 2,5 % steigen. Im kommenden Jahr werden sie mit einer Rate von 2,6 % zunehmen.
 - Die Steuer- und Abgabenerhöhungen sind den Planungen der Regierung entsprechend eingestellt.
-

Abbildung 3.1

Inlandsnachfrage und Exporte im internationalen Vergleich**Inlandsnachfrage¹**

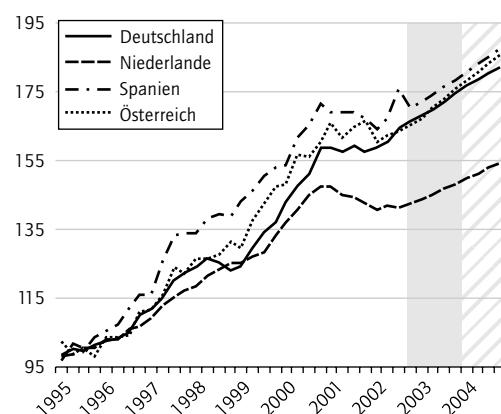
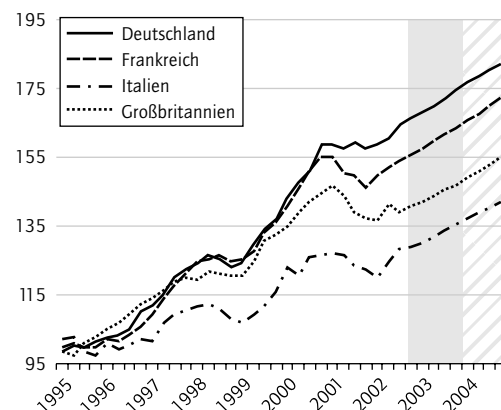
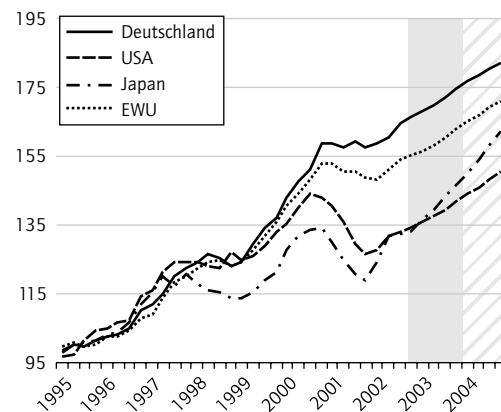
1995 = 100



Prognose Tendenz

Exporte¹

1995 = 100

¹ Saisonbereinigt, in konstanten Preisen.

Quellen: OECD; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Mit der Belebung der Investitionskonjunktur in den USA und in Großbritannien zu Beginn dieses Jahres wird die deutsche Warenausfuhr in diese Länder wieder angeregt. Ein dämpfender Effekt

wird allerdings von der kräftigen Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar ausgehen, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Anbieter aus Deutschland auf dem amerikanischen Absatz-

markt beeinträchtigen wird. Dieser Effekt wird jedoch dadurch gemildert, dass die Preise in diesem Jahr in Deutschland merklich langsamer steigen werden als in den Vereinigten Staaten und außerdem die Exporteure eine Kompression ihrer Gewinnmargen in Kauf nehmen werden, um Marktanteile zu verteidigen.

Innerhalb des Euroraums hat sich dagegen die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure aus Deutschland weiter verbessert. Von der Nachfrage nach Investitionsgütern im Euroraum gehen zunächst kaum Impulse aus. Sie wird sich aber im zweiten Halbjahr 2003 beleben. Insgesamt ist mit einer kräftigen Ausweitung der Warenausfuhr in den Euroraum zu rechnen. Unverändert positiv sind die Erwartungen für die Warenexporte nach Mittel- und Osteuropa sowie nach Südostasien und China (Tabelle 3.2 und Abbildung 3.5).

Die Erholung der deutschen Warenausfuhr dürfte sich im Jahre 2004 fortsetzen, getragen von einer robusten Investitionsnachfrage aus der EU, den Vereinigten Staaten sowie aus Mittel- und Osteuropa. Alles in allem werden sich die Exporte von Waren und Dienstleistungen im Jahre 2003 um 5,5 % erhöhen; im Jahre 2004 werden sie um 5,9 % steigen.

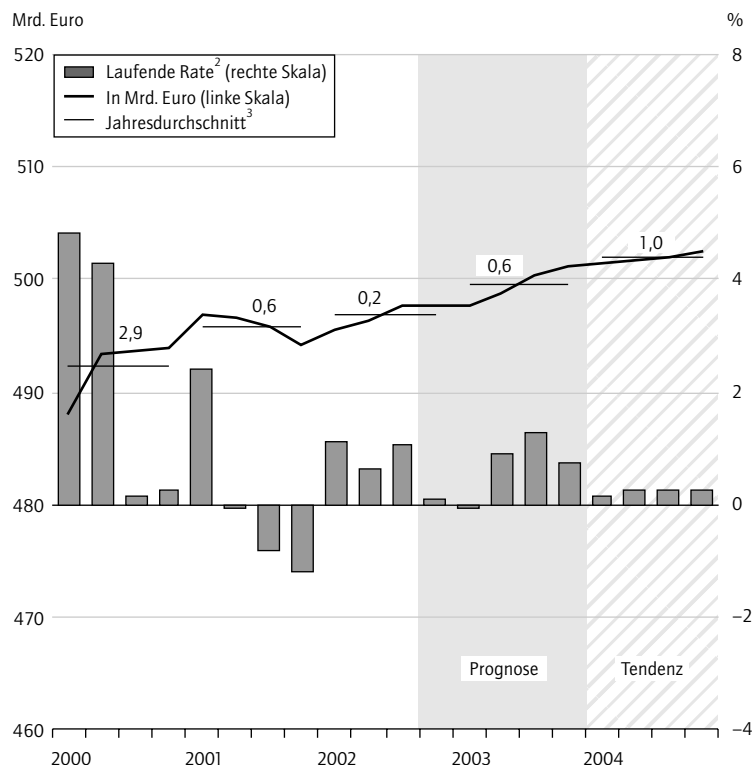
Einkommensbelastungen schwächen den privaten Konsum

Der private Konsum in Deutschland befand sich im vergangenen Jahr in einer ausgeprägten Schwächephase. Dazu beigetragen hat vor allem die bei rückläufiger Beschäftigung nur schwache Entwicklung der verfügbaren Einkommen; der Realwert der Einkommen ist sogar gesunken (−0,2 %). Zwar wurden im Sommerhalbjahr, nach Rückgängen des Konsums in drei aufeinander folgenden Quartalen, leichte Zuwächse erzielt; eine durchgreifende Erholung ist aber ausgeblieben. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich in realer Rechnung eine Abnahme des Verbrauchs um insgesamt 0,6 % (Abbildung 3.6).

Auch in diesem Jahr wird die Beschäftigungsentwicklung negativ auf den privaten Konsum wirken. Wegen der steigenden Steuer- und Abgabenbelastung kommt es darüber hinaus zu einer zusätzlichen Beeinträchtigung. Die durch das vorgesehene Steuervergünstigungsabbaugesetz erwarteten Mehreinnahmen bei der Umsatzsteuer machen 1,5 Mrd. Euro aus, die zum Teil zulasten des privaten Konsums gehen werden. Der Beitragssatz der gesetzlichen Rentenversicherung ist zum Jahresanfang auf 19,5 % gestiegen. Zusammen mit der Anhebung der Beitragssätze bei den Kran-

Abbildung 3.2

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland Saison- und arbeitstäglich bereinigt¹



¹ Nach X12-Arima.

² Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

³ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Tabelle 3.1

Beiträge zum Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts In Prozentpunkten

	DIW-Schätzung vom Juli 2002 ¹		DIW-Schätzung vom Januar 2003 ²		Differenz der Schätzung	
	2002	2003	2002	2003	2002	2003
Privater Konsum	0,1	1,0	−0,3	0,3	−0,4	−0,7
Staatskonsum	0,2	0,0	0,3	0,1	0,1	0,1
Ausrüstungen	−0,5	0,4	−0,7	0,2	−0,2	−0,2
Sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,0	0,1	−0,1	0,0
Bauten	−0,3	0,0	−0,7	−0,5	−0,4	−0,5
Lagerinvestitionen	0,3	0,6	0,1	0,1	−0,2	−0,5
Inlandsnachfrage	−0,1	2,1	−1,3	0,3	−1,2	−1,8
Exporte	1,1	2,6	0,9	2,0	−0,2	−0,6
Importe	0,4	2,7	−0,6	1,7	−1,0	−1,0
Außenbeitrag	0,7	−0,1	1,5	0,3	0,8	0,4
Bruttoinlandsprodukt	0,6	2,0	0,2	0,6	−0,4	−1,4

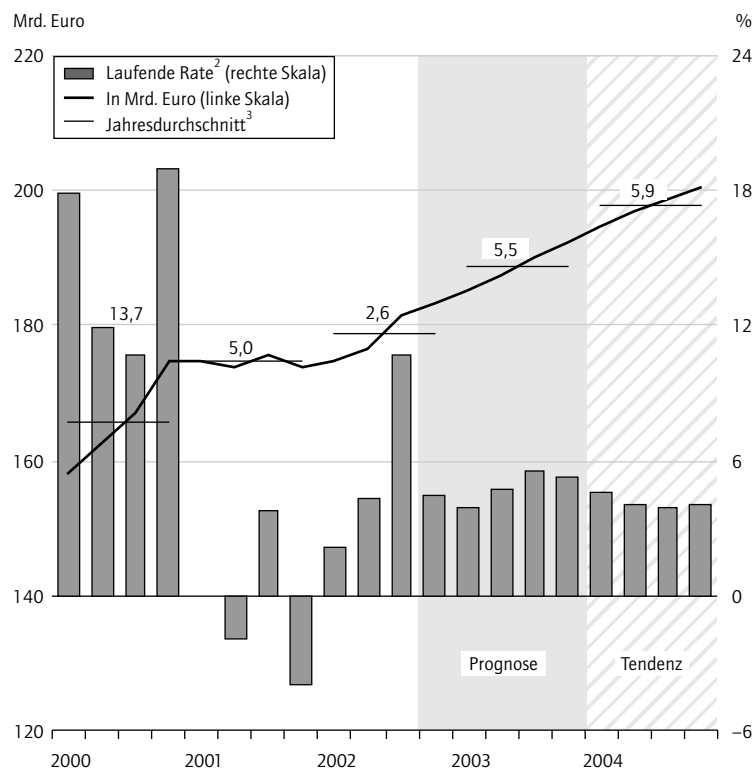
¹ Datenstand vom Juni 2002.

² Datenstand vom Dezember 2002.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Abbildung 3.3

Reale ExporteSaison- und arbeitstäglich bereinigt¹¹ Nach X12-Arima.² Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).³ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

kenversicherern auf 14,5 % und der Heraufsetzung der Beitragsbemessungsgrenzen – sowohl bei der Renten- als auch bei der Arbeitslosenversicherung – entsteht in diesem Jahr eine Mehrbelastung der Arbeitsentgelte von insgesamt gut 7 Mrd. Euro, wovon etwa die Hälfte auf die Arbeitnehmer entfällt. Dieser Betrag entspricht etwa 0,6 Prozentpunkten der Nettolöhne und -gehälter. Nimmt man die aus der erhöhten Umsatzsteuer resultierenden Mehreinnahmen mit ins Bild, ergibt sich für das laufende Jahr ein deutlicher Kaufkraftentzug. Da die zweite Stufe der geplanten Steuerentlastungen auf das Jahr 2004 verschoben worden ist, wirkt zudem die Steuerprogression weiter voll.

Die öffentlichen Transferleistungen werden im Zuge der öffentlichen Sparmaßnahmen zurückgenommen; dies trifft in erster Linie auf die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit zu. Allein dank der wieder zunehmenden Selbständigen- und Vermögenseinkommen werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 1,5 % wachsen. Die realen Konsumausgaben werden nach

dem Rückgang im vergangenen Jahr nun wieder steigen, um etwa 0,5 %.

Im kommenden Jahr werden die Steuerbelastungen noch stärker wirken und die Einkommens- und Konsumententwicklung weiter dämpfen. Positiv wirkt sich dagegen das Inkrafttreten der zweiten Steuerentlastungsstufe aus. Bei leicht steigender Beschäftigung dürfte so der reale private Konsum im Jahre 2004 um gut 1 % zulegen.

Preisauftrieb bleibt schwach

Die Preise sind auf der Verbraucherstufe seit April 2002 kaum gestiegen. Merklich verteuerten sich Heizöl, Kraftstoffe und Dienstleistungen. In anderen Bereichen kam es sogar zu Preisrückgängen. So sinken die Preise bei langlebigen Gebrauchsgütern bereits seit Jahresbeginn 2002.

Von der Anhebung der Tabak- und Mineralölsteuer zum 1. Januar 2003 geht ein einmaliger Schub auf das Preisniveau von etwa 0,3 Prozentpunkten aus. Hinzu kommt, dass für einige Warengruppen nicht mehr der ermäßigte Steuersatz der Mehrwertsteuer (7 %) angewendet wird, sondern der Normalsatz (16 %) in Rechnung gestellt werden muss. Insgesamt ist 2003 mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um gut 1 % im Jahresdurchschnitt zu rechnen. Vor dem Hintergrund der nur schwachen Konsumkonjunktur und der moderaten Zunahme der Lohnstückkosten ist kaum mit Preisanhebungen zu rechnen; so kam es im Weihnachtsgeschäft in vielen Bereichen sogar zu Rabattaktionen mit deutlichen Preisnachlässen. Im Jahre 2004 dürften die Verbraucherpreise in der Tendenz nicht stärker als im Jahre 2003 steigen.

Leichte Erholung der Ausrüstungs-investitionen

Die realen Ausrüstungsinvestitionen schrumpften im Jahre 2002 um rund 8½ % und damit noch stärker als im Jahr zuvor. Bei schwacher Binnennachfrage und nur leicht steigenden Exporten trübten sich die Absatz- und Geschäftserwartungen der Unternehmen erneut ein. Die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe nahm nur wenig zu. Somit blieb die Investitionsneigung gedrückt. Hinzu kam, dass der Verfall der Aktienkurse die Eigenkapitalfinanzierung von Investitionen merklich erschwert hat.

Im laufenden Jahr werden die Investitionen zunächst durch die Aufwendungen zur Behebung der Flutschäden etwas gestützt. Mit der wieder einsetzenden weltwirtschaftlichen Erholung dürften sie

sich weiter fangen. Bei fester Entwicklung der Aktienkurse und niedrigen Zinsen werden sie dann allmählich anziehen.

Aufgrund des stabilen Bedarfs an Softwarekomponenten in der Informations- und Telekommunikationstechnik werden die Investitionen in sonstige Anlagen weiterhin expandieren. Im Jahresdurchschnitt 2003 werden die Investitionen in Ausrüstungen und in sonstige Anlagen um etwa 3,3 % steigen (Abbildung 3.7); im Jahre 2004 ist mit einer etwas stärkeren Zunahme zu rechnen (+3,7 %).

Fortsetzung der Baurezession

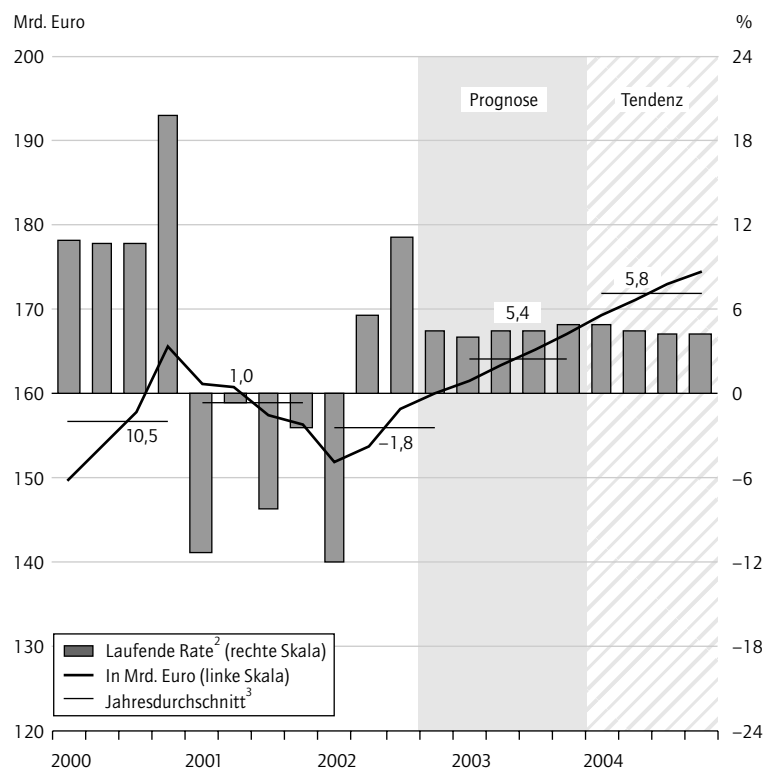
Die Rezession im Baugewerbe hat sich fortgesetzt. Im vergangenen Jahr sanken die Bauinvestitionen erneut – wie schon im Jahre 2001 – um rund 6 % (Tabelle 3.3 und Abbildung 3.8). Die Krise schlug sich sowohl im Wohnungsbau als auch im Wirtschaftsbau nieder. Besonders stark war das Bauhauptgewerbe betroffen; weniger ungünstig verlief die Entwicklung im Ausbaugewerbe.

Gemessen am Trend war der Rückgang des Wirtschaftsbaus überdurchschnittlich stark, obwohl im Jahre 2001 das Genehmigungsvolumen in diesem Baubereich leicht gestiegen war. Allem Anschein nach haben aber die Investoren angesichts der konjunkturellen Eintrübung gezögert, ihre Pläne zu realisieren.

Abbildung 3.4

Reale Importe

Saison- und arbeitstägig bereinigt¹



¹ Nach X12-Arima.

² Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

³ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Tabelle 3.2

Regionale Entwicklung der deutschen Ausfuhren (Spezialhandel)

Ländergruppe	1999	2000	2001	2002 ⁷	1999	2000	2001	2002 ⁷	1999	2000	2001	2002 ⁷
	Mrd. Euro				Anteile in %				In % des Bruttoinlandsprodukts			
Insgesamt	510	597	637	425	100,0	100,0	100,0	100,0	25,8	29,4	30,8	41,1
EU	293	337	351	233	57,5	56,5	55,2	54,8	14,8	16,6	17,0	22,5
darunter: EWU	230	265	275	181	45,1	44,3	43,1	42,7	11,6	13,0	13,3	17,5
EFTA ¹	27	31	33	21	5,3	5,1	5,2	4,9	1,4	1,5	1,6	2,0
NAFTA ²	59	71	78	51	11,6	11,9	12,2	12,1	3,0	3,5	3,8	5,0
Ostasien ³	36	47	50	34	7,1	7,8	7,8	7,9	1,8	2,3	2,4	3,3
MOE ⁴	43	53	62	43	8,4	8,9	9,7	10,1	2,2	2,6	3,0	4,1
Mercosur ⁵	7	7	8	4	1,3	1,2	1,2	1,0	0,3	0,4	0,4	0,4
Übrige ⁶	45	52	56	39	8,8	8,6	8,7	9,3	2,3	2,5	2,7	3,8

¹ Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein.

² USA, Kanada, Mexiko.

³ Japan, China, Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea.

⁴ Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Russland, Ukraine, Weißrussland.

⁵ Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay sowie Bolivien und Chile (assoziiert).

⁶ Afrika, Australien und Ozeanien, restliche Länder in Asien und Lateinamerika.

⁷ Januar bis August.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

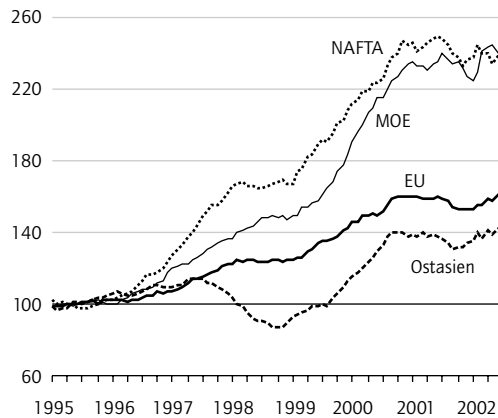
DIW Berlin 2003

Abbildung 3.5

Regionale Entwicklung des deutschen Außenhandels¹

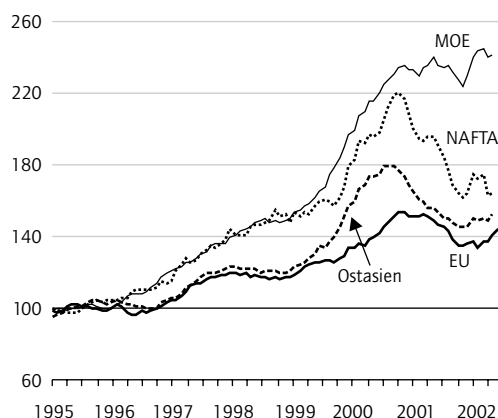
Ausfuhr²

Index (1995 = 100)



Einfuhr²

Index (1995 = 100)

¹ Zur Ländergliederung vgl. Tabelle 3.2.² Spezialhandel, nominal; saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV 4); gleitender 3-Monatsdurchschnitt.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Im Wohnungsbau ging die Investitionstätigkeit weiter zurück, insbesondere in den neuen Bundesländern. Maßgeblich dafür sind die dort nach wie vor hohen Leerstandsquoten. Im früheren Bundesgebiet war es vor allem die schwache Konjunktur, die zu einer Schrumpfung der Wohnungsbauinvestitionen geführt hat, obwohl sich in einigen Ballungsgebieten die Rahmenbedingungen – z. B. steigende Erstbezugsmieten und das niedrige Niveau der Hypothekenzinsen – aus Sicht der Investoren relativ günstig entwickelt haben.

Die Behebung der Flutschäden, die im September 2002 in Angriff genommen wurde und zum großen Teil in dieses Jahr fällt, sorgt für eine vorübergehende Stützung der Bauinvestitionen.

Bei der Bauprognose für dieses und das kommende Jahr wird angenommen, dass die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag in Gesetzesform umgesetzt werden. Die finanzpolitischen Beschlüsse treffen die Bauwirtschaft hart. Zu nennen sind hier die Reduzierung der Eigenheimzulage, die Abschaffung der degressiven AfA für Mietwohngebäude und die Vereinheitlichung aller AfA-Sätze für Gebäude auf nur noch 2 % sowie die Besteuerung aller Veräußerungsgewinne.

Bisher wird die Eigenheimzulage von den Banken auch als Eigenkapital anerkannt. Wird diese Förderung gekürzt, dürfte sich die Möglichkeit der Kreditaufnahme für viele private Haushalte deutlich verringern.

Die steuerlichen Änderungen beeinträchtigen – zumindest kurz- bis mittelfristig – nicht nur den Eigenheimbau, sondern auch den Mietwohnungsbau und den Bau von Gewerbeimmobilien. Die Abschaffung der degressiven AfA für Mietwohngebäude engt die Liquidität der Investoren ein und verschärft die Kostenunterdeckung in der Anfangsphase der Vermietung. Zurzeit sind die Renditen im Immobilienbereich ohnehin nicht hoch. Werden künftig die Veräußerungsgewinne besteuert, sinken die kalkulatorischen Renditen noch mehr.

All dies dürfte zu einem weiteren starken Rückgang der Bauinvestitionen – um etwa 4,6 % im laufenden Jahr und um 4,9 % im nächsten Jahr – führen.

Arbeitsmarktlage verschlechtert sich

Als Folge der anhaltenden Abschwächung der Konjunktur ging die Zahl der Erwerbstätigen im Laufe des Jahres 2002 weiter zurück. Im gesamten Jahr 2002 dürfte es zu einem Rückgang um 220 000 Personen gekommen sein (–0,6 %). Eine Abnahme haben nun auch Bereiche zu verzeichnen, die wie Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister noch bis Anfang 2002 ihr Personal aufgestockt hatten. Da der Anteil der Teilzeitbeschäftigten gestiegen ist, ging das geleistete Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen noch stärker als die Zahl der Erwerbstätigen zurück; insgesamt dürfte es sich im vergangenen Jahr um 1,1 % verringert haben.

Im Jahre 2003 wird aufgrund einer insgesamt besseren Konjunktur die Entwicklung etwas günstiger sein, insgesamt aber negativ bleiben. Die Beschäftigungsschwelle⁸ wird nicht überschritten, so

⁸ Berechnet mit knapp über 1 % Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts. Vgl.: Arbeitsmarkt im Abschwung. Bearb.: Camille Logeay. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 45/2001, S. 741.

dass die Zahl der Erwerbstätigen um rund 130 000 Personen zurückgehen wird (Tabelle 3.4 und Abbildung 3.9). Erst von Ende 2003 an wird sie nicht weiter sinken.

Die Arbeitslosigkeit, die schon zu Jahresbeginn 2001 zu steigen begonnen hatte, nahm 2002 verstärkt zu (Abbildung 3.10). Mit einem Anstieg um etwa 200 000 Personen gegenüber 2001 dürften im Durchschnitt des vergangenen Jahres 4,057 Mill. Menschen arbeitslos gewesen sein. Der Abbau von Arbeitsbeschaffungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, der rund 65 000 Personen betraf, wurde durch Maßnahmen des Job-AQTIV-Gesetzes, das am 1. Januar 2002 in Kraft trat, weitgehend ausgeglichen (+63 000 Personen). Andere Maßnahmen des Job-AQTIV-Gesetzes wie die Job-Rotation oder die Ausdehnung des Mainzer Modells haben bis jetzt kaum Wirkung gezeigt.⁹ Dies liegt nicht zuletzt daran, dass solche Maßnahmen vor allem dann ihre Wirkung entfalten, wenn sie mit einem kräftigen Wirtschaftswachstum einhergehen. Die Hartz-Vorschläge,¹⁰ denen dieselbe Logik zugrunde liegt – d. h. primär eine Verbesserung der Vermittlung und des Arbeitsangebots –, werden sich deshalb 2003 kaum bemerkbar machen. Auch wenn als Folge der jüngsten Beschlüsse die Zahl der im Niedriglohnsektor Beschäftigten schon aus statistischen Gründen steigen dürfte, bleibt der Gesamteffekt der Hartz-Vorschläge auf die registrierte Arbeitslosigkeit gering. Zusätzliche Beschäftigung dürfte vor allem aus der Stillen Reserve entstehen. Die Arbeitslosigkeit wird daher weiter, wenn auch langsamer als im vergangenen Jahr, steigen; im Jahresdurchschnitt 2003 ist mit einer Arbeitslosigkeit von gut 4,2 Mill. Personen zu rechnen.

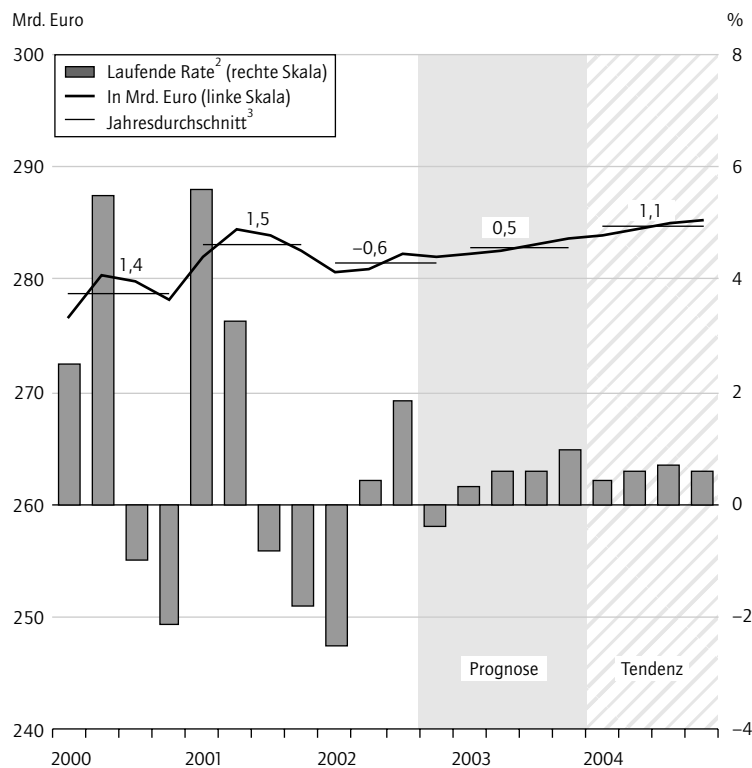
Ostdeutschland

Bis in den Sommer des vergangenen Jahres hinein zeigte sich in den neuen Bundesländern das seit geraumer Zeit bekannte Bild: Weiter aufwärts ging es mit der Industrieproduktion – wegen der konjunkturellen Abkühlung aber nur noch in kleinen Schritten. Angehalten hat ebenfalls die Tal-fahrt der Bauwirtschaft, auch wenn die Entwicklung der Auftragsgeingänge – vom Wohnungsbau abgesehen – etwas günstiger war. In einigen konsumnahen Wirtschaftszweigen wie dem Einzelhandel gingen die Produktionsleistungen zurück, auch im Zusammenhang mit dem anhaltenden Bevölkerungsrückgang.

Wegen der Hochwasserkatastrophe im August 2002 kam es einerseits zu Produktionseinschränkungen; andererseits gehen von der Schadensbeseitigung stimulierende Effekte aus. Die Produk-

Abbildung 3.6

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte Saison- und arbeitstäglich bereinigt¹



1 Nach X12-Arima.

2 Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

3 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

tionseinbußen dürften insgesamt nicht groß gewesen sein – wenn auch manche Branchen wie der Tourismus oder die Landwirtschaft in den überfluteten Regionen hart getroffen wurden.¹¹ In welchem Maße und in welcher zeitlichen Verteilung von der Schadensbeseitigung wirtschaftliche Impulse ausgehen, hängt vor allem von der Höhe der entstandenen Schäden ab. Erste Schätzungen darüber sind inzwischen stark nach unten revidiert worden. Die letzten, allerdings immer noch sehr unsicheren offiziellen Kalkulationen belaufen sich auf 9,2 Mrd. Euro (einschließlich 350 Mill. Euro in den alten Bundesländern). Das entspricht dem

⁹ Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2002. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 43/2002, S. 733; Gutachten des Sachverständigenrats 2002/2003, Ziffer 194 und Ziffer 195.

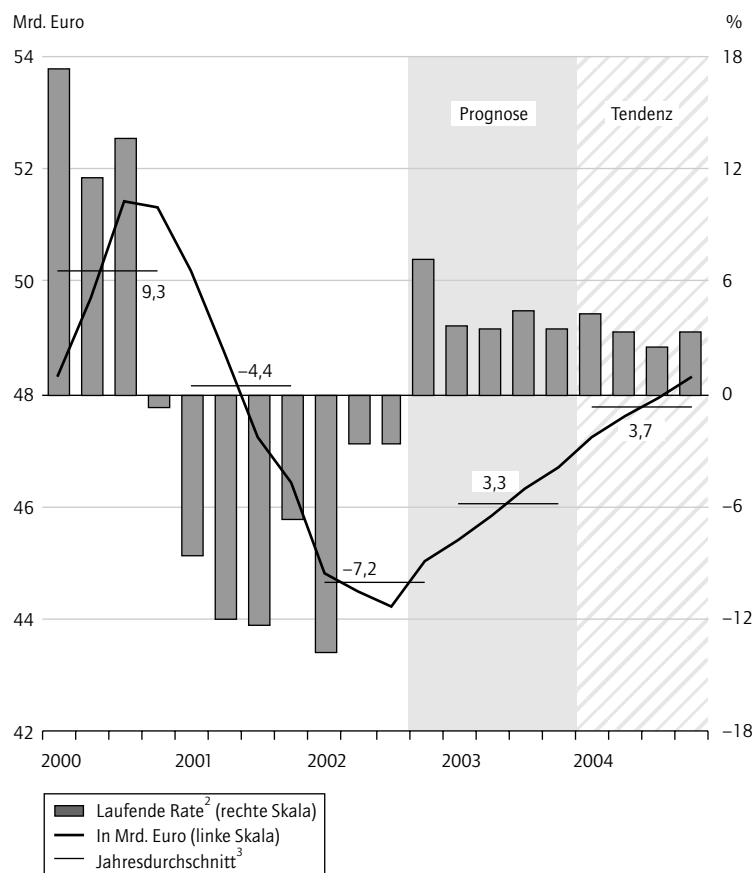
¹⁰ Vorschläge der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz-Kommission), präsentiert am 16. August 2002. Einem Teil der Gesetzesentwürfe muss noch vom Bundesrat zugestimmt werden.

¹¹ Dem gegenzurechnen sind Produktionszuwächse, die es während der Flut durch die Maßnahmen zu deren Eindämmung oder durch Evakuierungen gab.

Abbildung 3.7

Reale Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen

Saison- und arbeitstäglich bereinigt¹

¹ Nach X12-Arima.² Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).³ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Tabelle 3.3

Bauinvestitionen¹ in Deutschland

	2000	2001	2002	2003
In Mrd. Euro				
Wohnungsbau	141,1	131,1	123,4	116,4
Nichtwohnungsbau ²	101,0	96,6	90,9	88,1
Staat	30,7	29,2	27,6	26,8
Übrige Sektoren	70,3	67,5	63,2	61,3
Insgesamt	242,1	227,7	214,3	204,5
Veränderung in % gegenüber Vorjahr				
Wohnungsbau	-2,6	-7,1	-5,9	-5,7
Nichtwohnungsbau ²	-2,7	-4,3	-5,9	-3,1
Staat	-3,4	-5,0	-5,3	-3,1
Übrige Sektoren	-2,4	-4,1	-6,3	-2,9
Insgesamt	-2,6	-6,0	-5,9	-4,6

¹ In Preisen von 1995; in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG95).² Hoch- und Tiefbau für Unternehmen und Staat.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2002 und 2003: Schätzung und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Betrag, der vom Bund, von den Gebietskörperschaften und der EU als Hilfe zur Schadensbewältigung vorgesehen ist. Legt man die bisherigen Erfahrungen zugrunde, könnte der tatsächliche Schaden immer noch überschätzt sein, auch wenn in dem zuletzt genannten Betrag vielleicht einige Schäden fehlen, die mithilfe von Versicherungsleistungen oder Spendengeldern schon beseitigt worden sind oder es noch werden.

Die Bedeutung der einzelnen Schadensarten ist noch nicht bekannt. Wahrscheinlich entfällt der größte Teil auf solche Schäden, deren Beseitigung vor allem Bauinvestitionen nach sich zieht. Dies nutzt insbesondere der betroffenen Region, weil die Leistungen vor Ort erbracht und Vorleistungen zu einem großen Teil auf den lokalen Märkten beschafft werden. Der Bauwirtschaft in Ostdeutschland und den mit ihr verbundenen wirtschaftlichen Aktivitäten verschafft dies einen Wachstumsschub, der im Laufe des nächsten Jahres jedoch abebben wird. Bis zuletzt ist es aber bei der ostdeutschen Bauindustrie noch nicht zu einer nennenswerten Produktionsausweitung gekommen.

Trotz der wirtschaftlich positiven Effekte der Flutschäden ist die ostdeutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr über eine Stagnation nicht hinausgekommen. Für 2003 ist damit zu rechnen, dass die davon ausgehenden Impulse stärker sein werden. Die Wirtschaftsleistung wird vor allem deshalb das Vorjahresergebnis um knapp 1½ % übertreffen.

Öffentliche Haushalte auf Sparkurs

Die Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten werden in diesem Jahr mit 3,6 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts etwas höher ausfallen, als noch von den Wirtschaftsforschungsinstituten in ihrem Herbstgutachten¹² angenommen worden war (3,2 %). Diese Korrektur ist zum einen darin begründet, dass das Statistische Bundesamt beispielsweise die Sozialbeiträge für das erste Halbjahr 2002 deutlich, um 1½ Mrd. Euro, nach unten revidiert hat, mit entsprechenden Konsequenzen für das zweite Halbjahr. Zum anderen haben konjunkturelle Gründe eine Rolle gespielt. So dürfte die Brutto Lohn- und -gehaltssumme, folgt man den Ergebnissen für das dritte Quartal, doch deutlich geringer als bislang angenommen gestiegen sein – verbunden mit entsprechenden Ausfällen bei der Lohnsteuer und den Sozialbeiträgen.

¹² Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2002. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 43/2002.

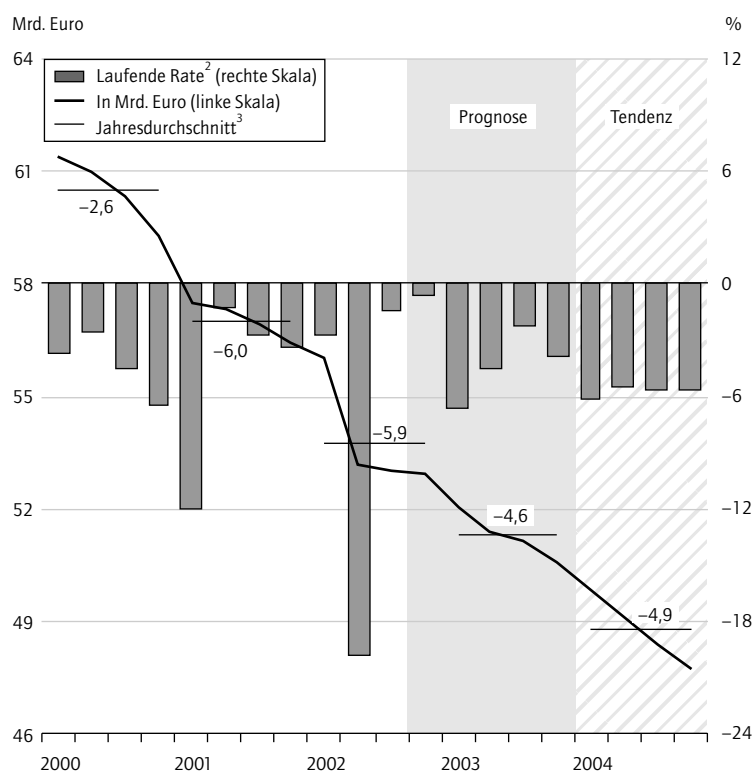
Das Steueraufkommen ist im vergangenen Jahr nochmals, wenn auch etwas weniger als 2001, hinter dem Vorjahresergebnis zurückgeblieben, und zwar um 0,3 %. Die Mehreinnahmen aus der Anhebung der Ökosteuer zum 1. Januar 2002 und aus der Progressionswirkung des Einkommensteuertarifs sind durch die konjunkturellen Mindereinnahmen bei der Lohnsteuer, der Körperschaft- und Gewerbesteuer sowie den Steuern vom Umsatz mehr als ausgeglichen worden. Bei der Körperschaftsteuer ist es darüber hinaus in zuvor nicht erwartetem Ausmaß zu Ausschüttungen von Gewinnen gekommen, die in den Bilanzen mit 40 % besteuert worden sind. Diese Entwicklung kam überraschend, denn der Gesetzgeber hatte den Kapitalgesellschaften im Rahmen der Körperschaftsteuerreform eine Frist für die Ausschüttung dieser Altgewinne bis zum Jahre 2016 eingeräumt.

Die Sozialbeiträge dürften im vergangenen Jahr etwas kräftiger gestiegen sein (1,5 %) als die Bruttolohn- und -gehaltsumme (1,3 %). Diese Mehreinnahmen sind auf die Anhebung der Krankenkassenbeiträge um 0,4 Prozentpunkte zu Jahresbeginn 2002 zurückzuführen. Alles in allem waren die Einnahmen des Staates nur um 0,4 % höher als im Jahre 2001.

Im laufenden Jahr wird sich die leichte Belebung der Konjunktur in wieder steigenden Steuereinnahmen zeigen, zumal die Belastungsfaktoren bei den Gewinnsteuern, die das Aufkommen 2001 und 2002 gedrückt hatten, weitgehend entfallen. Ein-

Abbildung 3.8

Reale Investitionen in Bauten Saison- und arbeitstäglich bereinigt¹



¹ Nach X12-Arima.

² Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

³ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Tabelle 3.4

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2000	2001	2002	2003
Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	2,9	0,6	0,2	0,6
Westdeutschland	3,3	0,6	0,2	0,3
Ostdeutschland (ohne Berlin)	1,0	-0,1	0,1	1,4
Erwerbstätige ² (1 000 Personen)	38 753	38 918	38 701	38 569
Arbeitslose (1 000 Personen)	3 889	3 852	4 057	4 220
Arbeitslosenquote ³ (in %)	9,1	9,0	9,5	9,9
Erwerbslose ⁴ (1 000 Personen)	3 066	3 074	3 256	3 423
Erwerbslosenquote ⁵ (in %)	7,3	7,3	7,8	8,2
Verbraucherpreise ⁶ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	2,0	2,5	1,3	1,2
Lohnstückkosten ⁷ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,0	1,5	1,2	1,7
Finanzierungssaldo des Staates ⁸				
in Mrd. Euro	22,8	-57,5	-76,2	-57,4
in % des Bruttoinlandsprodukts	-1,4	-2,8	-3,6	-2,7

¹ In Preisen von 1995.

² Im Inland (Jahresdurchschnitt aus den Quartalsdaten).

³ Arbeitslose bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen.

⁴ Entsprechend der Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

⁵ Erwerbslose bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen.

⁶ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

⁷ Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen).

⁸ In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG95); Finanzierungssaldo 2000 einschließlich Sondereinnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen (52,3 Mrd. Euro).

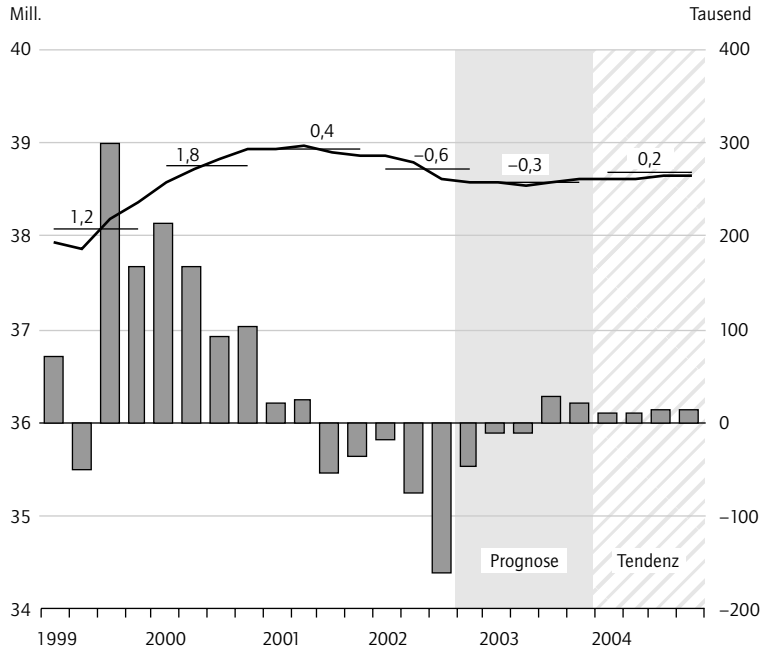
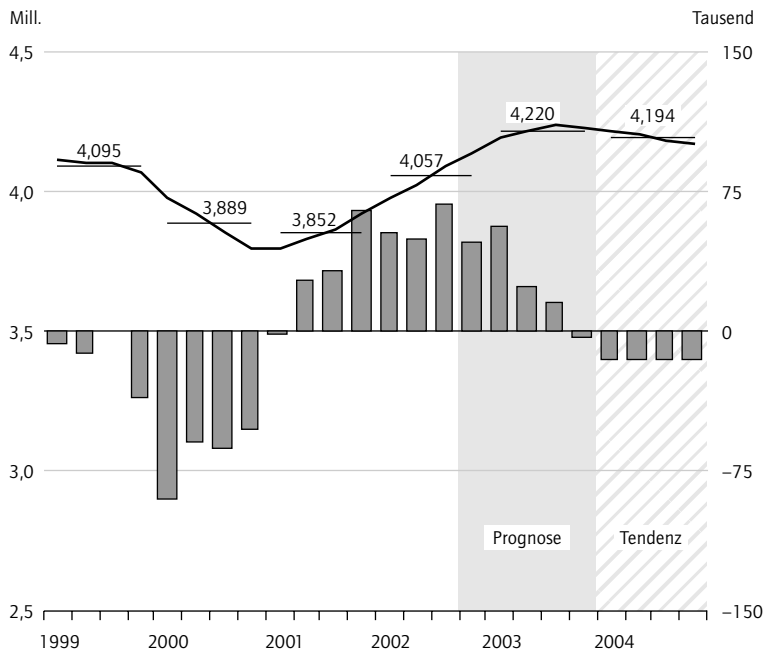
Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin; 2002 und 2003: Schätzung und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Abbildung 3.9

Erwerbstätige und Arbeitslose

Saisonbereinigter Verlauf

Erwerbstätige im Inland¹**Arbeitslose²**

■ Veränderungen gegenüber dem Vorquartal
in 1 000 Personen (rechte Skala)

— Saisonbereinigter Verlauf in Millionen Personen
(linke Skala)

— Erwerbstätige: Veränderungen gegenüber Vorjahr in %;
Arbeitslose: Jahresdurchschnitt in Millionen Personen

nahmeerhöhend schlagen sich auch die letzte Stufe der Ökosteuer, die im Zusammenhang mit der Entschädigung der Flutopfer beschlossene Verschiebung der zweiten Stufe der Einkommensteuerreform auf das Jahr 2004 und die auf ein Jahr befristete Anhebung des Körperschaftsteuersatzes um 1½ Prozentpunkte nieder. In die Prognose eingerechnet sind auch die Mehreinnahmen aus dem geplanten Abbau von Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen, die im Entwurf zum Steuervergünstigungsabbaugesetz (SteVAG) vorgesehen sind (3,5 Mrd. Euro). Im Bereich der Einkommensteuer, der Umsatzsteuer sowie der Unternehmensbesteuerung ist die Streichung von Steuervergünstigungen vorgesehen. So sollen die Gebäudeabschreibung verschlechtert, die Pauschalierung für die private Pkw-Nutzung erhöht, private Veräußerungsgewinne für Wertpapiere mit 15 % versteuert und die Eigenheimzulage auf Familien mit Kindern konzentriert werden. Bestimmte Produkte und Dienstleistungen, die bisher bei der Besteuerung mit einem Satz von 7 % bevorzugt wurden, sind von 2003 an mit dem Regelsatz von 16 % zu versteuern. Bei den Unternehmenssteuern ist geplant, den Verlustabzug auf die Hälfte zu begrenzen und die Vereinfachungsregel bei der Abschreibung abzuschaffen. Alles in allem werden die Steuereinnahmen im Jahre 2003 um knapp 4 % steigen. Im Jahre 2004 ist mit einem etwas geringeren Anstieg zu rechnen, obwohl die Mehreinnahmen aus dem Abbau von Steuervergünstigungen und infolge von Ausnahmeregelungen mehr als dreimal so hoch ausfallen werden wie in diesem Jahr (10,7 Mrd. Euro). Ursächlich dafür ist das Inkrafttreten der zweiten Stufe der Einkommensteuerreform, die wegen der Finanzierung der Schäden der Flutkatastrophe um ein Jahr verschoben worden war.

Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen werden in diesem Jahr kräftig zulegen (4,8 %). Maßgeblich hierfür ist einmal, dass wegen der hohen Defizite in der Krankenversicherung die Beiträge abermals merklich gestiegen sind (um 0,5 Prozentpunkte). In der Rentenversicherung sind die Beitragsbemessungsgrenze um 13 % auf 5 100 Euro monatlich angehoben und der Beitragssatz von 19,1 % auf 19,5 % heraufgesetzt worden. Dies dürfte insgesamt zu Beitragsmehreinnahmen von 7 Mrd. Euro pro Jahr führen. Im Jahre 2004 wird der Anstieg weitgehend durch die Zunahme der Brutto-lohn- und -gehaltsumme bestimmt. Insgesamt werden die Einnahmen des Staates in diesem Jahr deutlich, um 3,6 %, zunehmen, im Jahre 2004 dann um schätzungsweise 3 %.

¹ Saisonbereinigt nach X12-Arima.² Saisonbereinigt nach BV 4.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Nach den hohen konjunkturbedingten Steuerausfällen dürften Bund, Länder und Gemeinden künftig noch stärker auf die Ausgabenbremse treten.

Zahlreiche Länder haben inzwischen Haushalts-sperren verhängt, um die Haushaltslöcher zu stopfen. Im vergangenen Jahr dürften die damit verbundenen Spareffekte indes nur gering gewesen sein. Im Jahre 2002 expandierten die Ausgaben des Staates insgesamt um 2,2 %. Für das Jahr 2003 wird mit einem Anstieg um 1,5 % gerechnet. Im Jahre 2004 dürfte sich der Zuwachs weiter deutlich abschwächen. Die öffentlichen Arbeitgeber haben eine harte Linie bei den Lohnverhandlungen angekündigt. In dieser Prognose ist unterstellt, dass die Tarifsteigerungen in diesem und im nächsten Jahr deutlich hinter denen im privaten Bereich zurückbleiben. Für 2003 ist eine Tarifsteigerung von 1,5 % und für 2004 von 2 % eingestellt worden. Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst dürfte – wie in den Vorjahren – weiter abgebaut werden. Zusammengenommen bedeutet dies, dass die Arbeitnehmerentgelte in beiden Jahren nur wenig zunehmen werden.

Die Sachausgaben des Staates sind 2002 um etwa 4 % gestiegen. Dabei war der Zuwachs bei den Ausgaben der Gebietskörperschaften etwas höher als bei denen der Sozialversicherung. Entscheidend dafür war, dass die Aufwendungen für die innere Sicherheit und im Bereich der militärischen Verteidigung infolge der deutschen Beteiligung an mehreren Auslandseinsätzen aufgestockt werden mussten. Eine Rolle spielte auch, dass infolge der Flutkatastrophe zusätzliche Ausgaben angefallen sind. Aufgrund der Einsparbemühungen wird der Sachaufwand der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung im Jahre 2003 deutlich schwächer zunehmen (1,4 %); im Jahre 2004 wird die Steigerungsrate vermutlich deutlich unter 1 % liegen. Unterstellt wurde dabei, dass die Sparbeschlüsse im Gesundheitsbereich zu einer Stagnation der Sachausgaben führen.

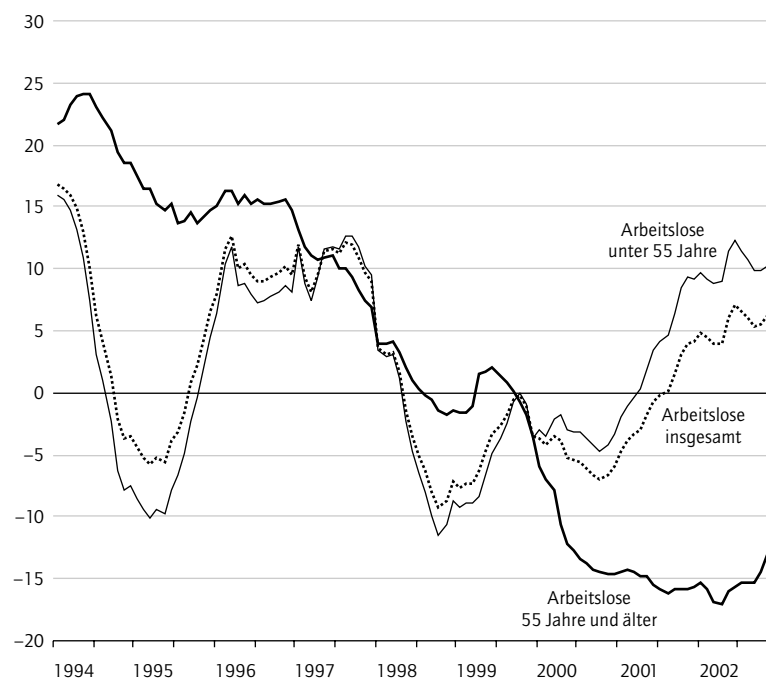
Die monetären Sozialleistungen an die privaten Haushalte haben im Jahre 2002 um gut 4 % zugenommen; der Anstieg der Ausgaben bei den Gebietskörperschaften war dabei mit 6,4 % um fast 3 Prozentpunkte höher als im Bereich der Sozialversicherung. Ursächlich für diesen starken Anstieg waren die Erhöhung des Kindergeldes zum Jahresanfang 2002 und die hohen Zahlungen für die Arbeitslosenhilfe. Die Ausgaben für die Renten stiegen dagegen nur um gut 3 %.

Häufig bilden die öffentlichen Investitionen den Puffer, um die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben zu verringern. Auch im vergangenen Jahr war dies der Fall, wie der deutliche Rückgang der Investitionsausgaben zeigt (–4,6 %). Die Auswirkungen der Flutkatastrophe auf die öffentlichen Investitionen dürften dabei eher noch gering gewesen sein. Im laufenden Jahr indes werden die

Abbildung 3.10

Registrierte Arbeitslose

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Ausgaben zur Beseitigung der Schäden an der Infrastruktur die staatlichen Investitionen positiv beeinflussen. Dennoch ist wegen des starken Zwangs zur Konsolidierung zu befürchten, dass die Ausgaben für die öffentlichen Investitionen wiederum – wenn auch weniger als zuvor – abnehmen werden (–3,6 %). Im Jahre 2004 ist mit dem Wegfall des Sondereffekts der Flutkatastrophe und dem Inkrafttreten der zweiten Stufe der Steuerreform mit weiter rückläufigen staatlichen Investitionsausgaben zu rechnen.

Nach der hier vorgelegten Schätzung dürfte das Defizit des Staates nach gut 76 Mrd. Euro im Jahre 2002 bzw. rund 3,6 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts im laufenden Jahr wieder unter die magische Grenze von 3 % fallen, allerdings mit schätzungsweise 2,7 % weniger deutlich als vielfach bisher erwartet. Für das Jahr 2004 ist mit einer Quote von 1,6 % zu rechnen. Gemessen am Stabilitätsprogramm der Bundesregierung bedeutet dies dennoch eine Verfehlung. Im Jahre 2003 kann zwar auch das Defizit der Gebietskörperschaften leicht zurückgeführt werden, aber die erhebliche Reduzierung der Defizitquote beruht vor allem auf den stark steigenden Überschüssen im Bereich der Sozialversicherung – nicht zuletzt eine Folge der unterstellten Beitragssatzanhebungen in der Renten- und der Krankenversicherung. Wegen der

Sparbeschlüsse und der Anhebung der Renten zum 1. Juli dieses Jahres um nur 1,4 % (aufgrund der Berücksichtigung des Altersvorsorgeanteils in

der Rentenanpassungsformel) wird es zu einem nur verhaltenen Anstieg der Sach- und Geldausgaben der Sozialversicherung kommen.

4. Wirtschaftspolitik

Gefahr von zwei Seiten

Die deutsche Wirtschaft ist zurzeit doppelt gefährdet. Schon auf kurze Sicht droht sich die Stagnation zu verfestigen. Dabei hat sich eine wirtschaftliche Konstellation herausgebildet, in der sogar Deflationstendenzen entstehen könnten. Beides rasch zu bekämpfen ist nunmehr dringliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Bedenklich stimmt, dass die wirtschaftspolitischen Instanzen derzeit zwischen Lähmung und konzeptionslosem Aktionismus zu schwanken scheinen. Das gilt für die Geldpolitik, die den Schwächetendenzen der Konjunktur seit einem Jahr tatenlos zugeschaut und erst jetzt – viel zu spät – die Leitzinsen gesenkt hat. Das gilt aber vor allem für die Finanzpolitik, die zwischen Konsolidierungs- und Stimulierungsbemühungen schwankt – und beides nicht erreicht. Die Lohnpolitik ist im europäischen Währungsraum gespalten. Allein in Deutschland ist sie derzeit erkennbar stabilitätsorientiert, wenn nicht gar zurückhaltend. In den meisten der übrigen Länder des Euroraums sind die Lohnanhebungen zum Teil deutlich überhöht, gefährden damit die regionale Wettbewerbsfähigkeit und erschweren zugleich eine lockere Geldpolitik.

Gefordert ist jetzt eine Wirtschaftspolitik, die sich klar in Richtung Aufschwung orientiert. Das gilt sowohl für den Euroraum insgesamt als auch insbesondere für Deutschland. Für den Euroraum bedeutet dies vor dem Hintergrund der schwachen Wachstumsaussichten: Von der Geldpolitik und auch von der Finanzpolitik müssen klare expansive Impulse ausgehen. Ansonsten hängen Zeitpunkt und Stärke des Aufschwungs wie zumeist schon in der jüngeren Vergangenheit im Wesentlichen von der mit erheblichen Unsicherheiten behafteten weltwirtschaftlichen Entwicklung ab. Auch würden sich die globalen Ungleichgewichte in den Außenhandelsbilanzen, namentlich das exorbitant hohe Leistungsbilanzdefizit der USA, noch weiter erhöhen und damit auch die Risiken drastischer Wechselkursanpassungen. Soll der Aufschwung stabil sein, muss ihn die Wirtschaft des Euroraums aus eigener Kraft schaffen. Dies erfordert, dass die Geldpolitik stärker und vor allem rascher als bisher auf konjunkturelle Entwicklungen reagiert, solange die Preisstabilität nicht gefährdet ist.

Ein Aufschwung aus eigener europäischer Kraft setzt auch ein Überdenken der bisherigen finanzpolitischen Konsolidierungsstrategie im Euroraum voraus. Die EU-Kommission ist mit ihren jüngsten Vorschlägen bereits deutlich von einer starren Interpretation des Stabilitäts- und Wachstumspak-

tes abgerückt. Das Grundproblem besteht aber weiter: Alle größeren Länder des Euroraums würden in den kommenden Jahren zu einer prozyklisch wirkenden Finanzpolitik gezwungen. Zur Konjunkturstabilisierung würde damit kein Beitrag geleistet. Soll der Aufschwung gelingen, ist vielmehr ein Konzept erforderlich, bei dem die Konsolidierung mit dem Rückenwind einer kräftigen Konjunktur geschieht und in einer solchen Situation auch erzwungen wird. Eine Strategie, die stärker auf Ausgaben- statt auf strikt terminierte Defizitziele setzt, erscheint in dieser Hinsicht besser geeignet.

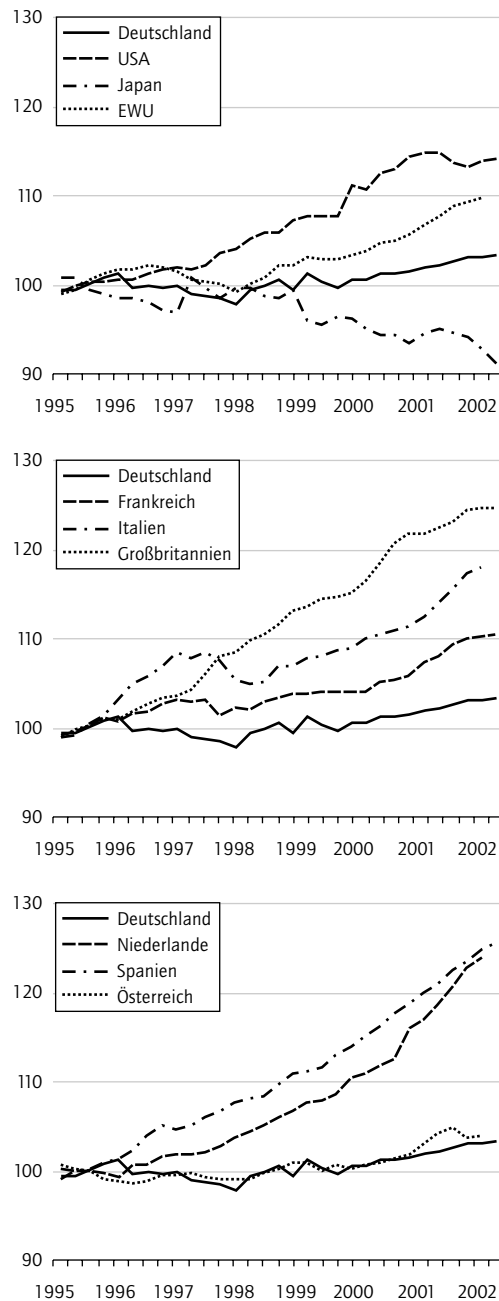
Die auseinander driftende Lohnentwicklung im Euroraum bedeutet eine erhebliche Herausforderung für die Lohnpolitik. Seit Beginn der Währungsunion hat sich die Frage nach einer stabilitätsorientierten Lohnpolitik in den einzelnen Ländern des Euroraums noch nie so dringlich gestellt. Bleibt die Lohnentwicklung in den einzelnen Ländern auf dem bisherigen Kurs, droht eine ökonomische Spaltung des Euroraums, die im Nachhinein den Kritikern der Währungsunion Recht geben würde. Insofern sind Vorstellungen über ein Konzept der Lohnbildung, das nicht destabilisierend im Euroraum wirkt, ein Beitrag zur Integration des europäischen Wirtschaftsraums. Wenn in allen Ländern eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik betrieben würde, wäre dies gewährleistet.

Vielfach wird die Bedeutung der makroökonomischen Faktoren unterschätzt. Ohne hinreichend expansive gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen und ohne eine stabilitätsgerechte Lohnpolitik ist ein Aufschwung nicht möglich. Das gilt besonders für die gegenwärtige Situation in Deutschland. Gerade hier werden aber vielfach strukturelle Maßnahmen wie die Reform der Arbeitsvermittlung (Hartz-Kommission) oder der Gesundheits- und Rentensysteme (Rürup-Kommission), die ohnehin erst 2004 wirksam werden, als Initialzündungen für einen Aufschwung gesehen. Unabhängig davon, wie die konkrete Umsetzung der Ergebnisse der beiden Kommissionen ausfallen wird, können derartige strukturelle Reformen das Grundproblem, nämlich mangelnde Arbeitsnachfrage als Folge von binnenwirtschaftlichem Nachfragemangel, nicht lösen. Hierzu ist eine gesamtwirtschaftliche Strategie notwendig. Umgekehrt kann jedoch eine Verbesserung der binnenwirtschaftlichen Nachfragesituation die Probleme der sozialen Sicherung kurz- und mittelfristig deutlich entschärfen. Mit mehr Nachfrage steigen die Beschäftigung und damit auch die Zahl der Beitragszahler, während die der Leistungsempfänger sinkt.

Abbildung 4.1

Lohnstückkosten¹ im internationalen Vergleich

1995 = 100



¹ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zum realen BIP; saisonbereinigt.

Quellen: OECD; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Als ein Ziel der bestehenden Kommissionen wird angesehen, die Lohnnebenkosten deutlich zu senken. Hiervon verspricht man sich nennenswerte Beschäftigungseffekte. Dies würde jedoch voraussetzen, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland im Wesentlichen das Resultat zu hoher Lohnne-

benkosten ist. Im internationalen Vergleich ist die Lohnstückkostenentwicklung in Deutschland aber sehr maßvoll (Abbildung 4.1).¹³ Das bedeutet, die Tarifparteien haben bei ihren Abschlüssen – zu Recht – die zu erwartenden Erhöhungen der Lohnnebenkosten berücksichtigt und die Tarifierhebungen entsprechend niedriger ausfallen lassen. Daher ist letztlich überhaupt keine zusätzliche Kostenbelastung und damit Renditeschmälerung für die Unternehmen von den Lohnnebenkosten ausgegangen.

Gleichwohl gilt es, die Effizienz der Arbeitsvermittlung zu steigern und die Anreize zur Aufnahme von Arbeit zu verstärken. Ohne Zweifel müssen auch die Systeme der sozialen Sicherung einer grundlegenden Bestandsaufnahme unterzogen werden, da von der Bevölkerungsentwicklung langfristig Risiken ausgehen. Zwei Vorteile sind von diesen strukturellen Reformen zu erwarten. Zum einen werden sie sich in einem einmal begonnenen Aufschwung bewähren. Gelingt es, die Effizienz der Arbeitsvermittlung zu erhöhen, sollte die steigende Arbeitsnachfrage rascher gedeckt werden als bisher. Zudem werden das Arbeitsangebot erhöht und damit die Voraussetzung für einen länger anhaltenden spannungsfreien Aufschwung geschaffen. Gelingt es ferner, die Sozialsysteme wieder auf eine nachhaltige Basis zu stellen, sind keine ständigen und erratischen Anhebungen der Beiträge zu erwarten. Dies würde – und das wäre der zweite Vorteil – den Spielraum für eine Erhöhung der verfügbaren Einkommen erweitern.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, eine wirtschaftspolitische Strategie zu wählen, die auf der einen Seite die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Euroraum insgesamt expansiver gestaltet. Auf der anderen Seite sollten strukturelle Reformen in Deutschland nicht nur den Anstieg der Belastungen durch Sozialsysteme bremsen, sondern vor allem auch auf längere Sicht eine glaubwürdige soziale Sicherung erreichen. Dies würde schon für sich genommen die Bereitschaft, Konsum und Investitionen auszuweiten, erhöhen.

Steht Deutschland vor einer Deflation?

In jüngster Zeit keimen zunehmend Befürchtungen auf, die deutsche Wirtschaft gerate in eine Deflation und es drohe ein anhaltender Rückgang des Preisniveaus. Bis vor kurzem erschien das Thema „Deflation“ – zumindest für Deutschland – lediglich als Gegenstand wirtschaftshistorischer Betrachtungen geeignet zu sein, nicht aber als

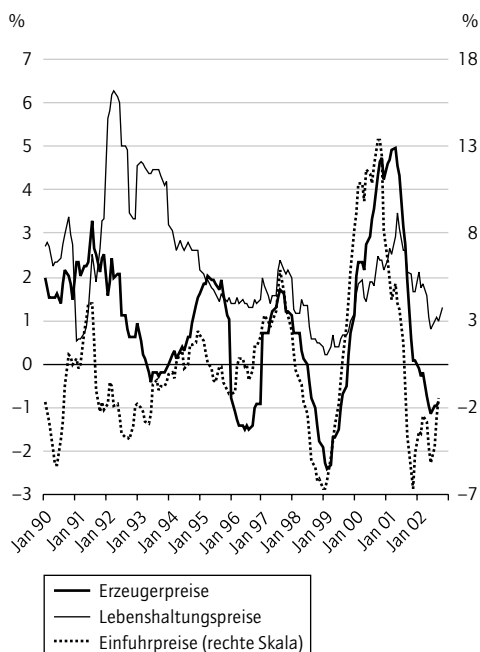
¹³ Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2002. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 43/2002.

Abbildung 4.2

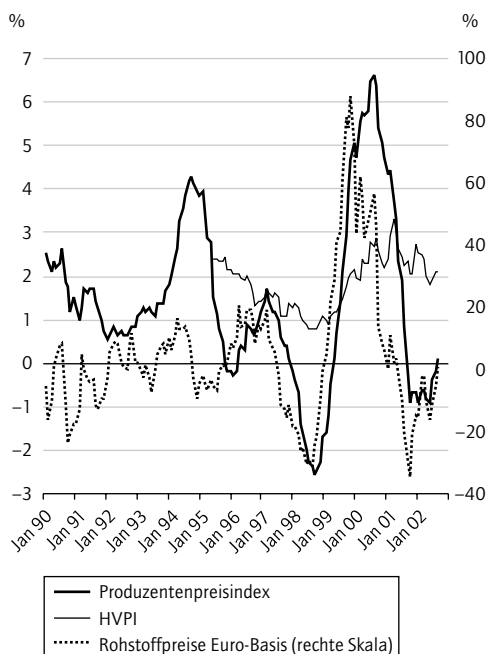
Preisentwicklung in Deutschland und der EWU

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Deutschland



EWU



Quellen: Statistisches Bundesamt; Internationaler Währungsfonds; Europäische Zentralbank; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

gesamt liegt die Inflationsrate noch leicht über der von der EZB als stabilitätsgerecht angesehenen Rate von 2 %. Auch zeigen die vorliegende wie auch alle anderen bekannten Prognosen, dass im kommenden Jahr die Preise, wenn auch in abgeschwächtem Tempo, weiter steigen werden.

Die Besorgnis gründet sich auf neuere Erkenntnisse über die Entwicklung in Japan im vergangenen Jahrzehnt. Sie zeigen, dass es sich bei einer Deflation um kein plötzlich auftretendes Phänomen handelt, sondern um einen schleichenden Prozess, der schwer zu prognostizieren ist.¹⁴ Das ist insofern fatal, als die Möglichkeiten konventioneller Wirtschaftspolitik in deflationären Phasen merklich eingeschränkt sind. Bei sinkendem Preisniveau schwindet der Einfluss der Geldpolitik auf die Realzinsen, da die Notenbank den Leitzins nicht unter null senken kann. Damit entfällt das entscheidende Instrument, um über eine Verringerung der Finanzierungskosten Anregungen zu geben. Es besteht dann die Gefahr, dass sich eine Stagnation verfestigt oder sogar bei immer eingetriberten Erwartungen in eine Depression gleitet. Die Finanzpolitik kann sich einer solchen Situation nur dann entgegenstellen, wenn sie auf einen entschiedenen Expansionskurs geht. Mit halbherzig expansiven Schritten, die bei den ersten Anzeichen einer Besserung angesichts steigender Defizite zurückgenommen werden und so in eine Stop-and-go-Politik münden, geht der finanzpolitische Spielraum bei stark steigender Verschuldung verloren. Folglich ist es umso wichtiger, frühzeitig – lange bevor sich eine Deflation überhaupt herausbildet – zu erkennen, dass sich eine Volkswirtschaft in diese Richtung bewegt. Für Deutschland kann also die entscheidende Frage nicht lauten, ob sich die Wirtschaft derzeit in einer Deflation befindet, sondern ob Tendenzen und Konstellationen vorhanden sind, die über kurz oder lang Deflation zu erzeugen vermögen.

Betrachtet man die Preisentwicklung in Deutschland, so ist hier die Abschwächung der Inflation im europäischen Vergleich besonders ausgeprägt. Dies gilt sowohl für die Verbraucher- als auch für die Erzeugerpreise (Abbildung 4.2). Das Gleiche gilt für die Lohnstückkosten (Abbildung 4.1). Dennoch weisen diese Entwicklungen noch nicht auf eine besonders dramatische Situation hin. Die gegenwärtige Lage wäre demnach vergleichbar mit jener während und unmittelbar nach der Asienkrise 1998/99, als ebenfalls die Preise kaum noch stiegen und die Lohnstückkosten sogar rückläufig waren.

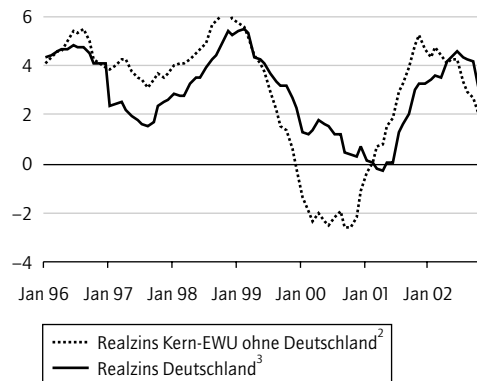
¹⁴ Vgl. Alan Ahearne, Joseph Gagnon, Jane Haltmaier und Steve Kamin: Preventing Deflation: Lessons from Japan's Experience in the 1990s. Federal Reserve Board, mimeo 2002.

Schwerpunkt aktueller Analysen. Sicherlich, auch derzeit herrscht weder im Euroraum insgesamt noch in Deutschland ein fortgesetzter Rückgang des Preisniveaus. Im Gegenteil: Im Euroraum ins-

Abbildung 4.3

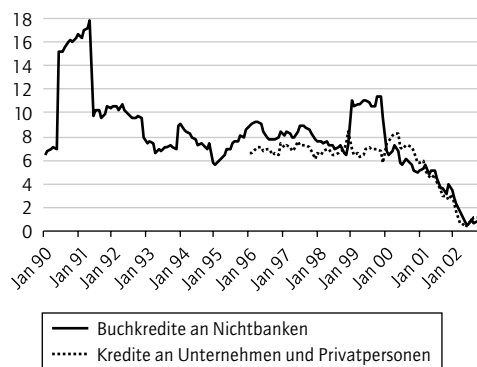
Kurzfristige Realzinsen, Kredite und Rendite-Spreads

Kurzfristige Realzinsen in Deutschland und den Kernländern der EWU¹ in %

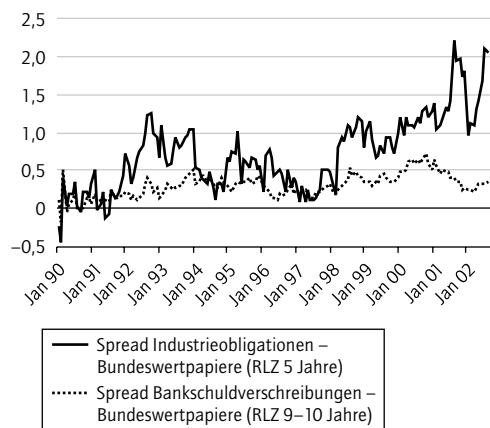


Kredite in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Rendite-Spreads in Deutschland



¹ Frankreich, Italien, Spanien, Niederlande und Belgien.

² Bis 1998 nationale 3-Monatszinsen (OECD), aggregiert mit BIP-Gewichten. Ab 1999 EURIBOR-3-Monatsgeld, deflationiert mit einem aggregierten Produzentenpreisindex für die betreffenden Länder. Gewichte für den Preisindex von Eurostat.

³ 3-Monatszins am Frankfurter Interbankenmarkt, deflationiert mit dem Index der Erzeugerpreise.

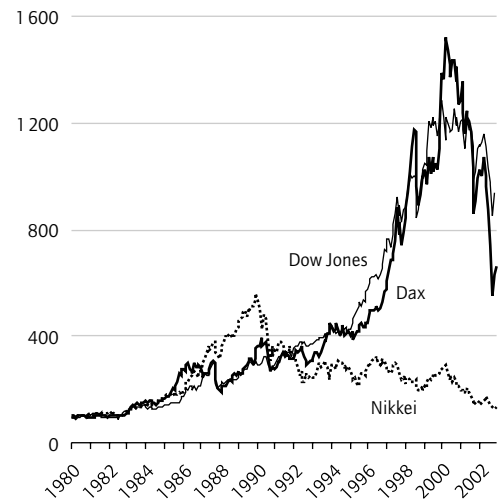
Quellen: Europäische Zentralbank; Eurostat; OECD; Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Abbildung 4.4

Aktienindizes

1980 = 100



Quellen: Bank of Japan; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Eine unmittelbare Folge der in Deutschland vergleichsweise niedrigen Inflationsrate ist jedoch, dass die Realzinsen (deflationiert mit den Produzentenpreisen) in Deutschland nunmehr höher sind als in den übrigen Ländern des Euroraums (Abbildung 4.3). Von daher sind die Finanzierungsbedingungen auf dem Kapitalmarkt in Deutschland weniger günstig als in den anderen Ländern. Insofern ist die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland derzeit besonders gefährdet.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der tiefen Depression Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts ist der Einbruch an den Aktienmärkten von besonderer Bedeutung.¹⁵ Während 1998 und 1999 die Börsenwerte noch kräftig zulegten, waren die Kurse seit Anfang 2000 auf Talfahrt und haben sich erst in jüngster Zeit etwas gefangen (Abbildung 4.4). Damit einher geht ein tief greifender Vertrauensverlust bei den Anlegern, die die Renditeaussichten nunmehr wesentlich ungünstiger einschätzen. Für Investoren bedeutet dies, dass sie ihre Vorhaben kaum noch über die Ausgabe von Aktien, also die Bildung von Eigenkapital, finanzieren können. Während die negative Trendwende an den Aktienmärkten globalen Charakter hatte, zeigt sich in Deutschland für die Finanzierung von Investitionen eine weitere Belastung. Gleichzeitig mit der Aktienbaisse ist auch die Kreditvergabe in Deutschland extrem

¹⁵ Vgl. Charles Kindleberger: The World in Depression 1929–1939. University of California Press, erweiterte Auflage 1986.

schwach (Abbildung 4.3); sie ist auf den niedrigsten Stand seit 1970 gefallen. Indes hat die Ausgabe von Industrieobligationen merklich zugenommen – bei allerdings stark gestiegenen Renditedifferenzen zu öffentlichen Anleihen. Offensichtlich ist die Ausgabe von Schuldverschreibungen ein Substitut für die Kreditaufnahme bei Banken. In der stark erhöhten Renditedifferenz zeigt sich jedoch eine deutlich ungünstigere Risikoeinschätzung der Kapitalmärkte für diese Anleihen. Insgesamt ergibt sich zwar ein Bild erschwerter Finanzierungsbedingungen für Investitionen, doch sind diese nicht notwendigerweise mit einer Kreditklemme in Verbindung zu bringen. So haben ökonometrische Schätzungen des Sachverständigenrats keinerlei Hinweise auf einen solchen Befund ergeben.¹⁶ Vieles spricht hingegen dafür, dass Banken und die Kapitalmärkte ihre Bereitschaft, Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, entsprechend der verschlechterten wirtschaftlichen Lage und den damit erhöhten Risiken eingeschränkt haben. Für eine darüber hinausgehende Rationierung liegen derzeit keine empirisch haltbaren Hinweise vor.¹⁷ Für diesen Befund spricht auch, dass der Bankensektor in Deutschland nach wie vor als stabil eingeschätzt wird. Schließlich ist die Renditedifferenz zwischen Bankanleihen und Staatspapieren gleicher Restlaufzeit zurzeit nicht ungewöhnlich hoch. Die Kapitalanbieter verlangen also keinen besonderen Risikoaufschlag für Banken.

Alles in allem lassen sich im Vergleich zu 1998/99 deutlich ungünstigere Gegebenheiten für Investoren feststellen. Dies muss die Investitionsbereitschaft und damit die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland beträchtlich belasten. Daher gehen nahezu alle Prognosen von einer im günstigsten Fall verhaltenen Aufwärtsentwicklung aus.¹⁸ Im Gegensatz dazu wurden 1998 und 1999 die Zukunftsaussichten erheblich positiver eingeschätzt. Im Herbst 1998, als die Abschwächung bereits deutlich geworden war, wurde von den Forschungsinstituten für das Folgejahr ein markanter Aufschwung vorhergesagt.¹⁹ Ein Jahr später war die Prognose wegen der ungebrochenen Konjunktur in den USA und der merklich gelockerten Geldpolitik der EZB sogar noch etwas günstiger.²⁰ Vor diesem Hintergrund dürften die Erwartungen der Marktteilnehmer damals im Gegensatz zu heute auf eine Beschleunigung der wirtschaftlichen Aktivität ausgerichtet gewesen sein. In einem solch positiven Umfeld können sich deflationäre Tendenzen in der Tat nicht entfalten. Umgekehrt sind aber gedrückte Erwartungen ein Nährboden für Deflation.

Sowohl in Argentinien²¹ als auch in Japan waren Wachstumskrisen, die allerdings unterschiedliche Ursachen hatten, Vorboten von Deflation. In Japan

Tabelle 4.1

Granger-Test¹**Deflation in Japan**

Nullhypothese (H_0): Erklärende Variable läuft der abhängigen nicht voraus

Abhängige Variable	Erklärende Variable	Wahrscheinlichkeit des Zurückweisens zur H_0
Bruttoinlandsprodukt	Produzentenpreise	0,28
	Realer Wechselkurs	0,75
	Lohnstückkosten	0,58
	Konsumentenpreise	0,66
	Alle	0,78
Produzentenpreise	Bruttoinlandsprodukt	0,01
	Realer Wechselkurs	0,93
	Lohnstückkosten	0,58
	Konsumentenpreise	0,19
	Alle	0,05
Realer Wechselkurs	Bruttoinlandsprodukt	0,15
	Produzentenpreise	0,00
	Lohnstückkosten	0,83
	Konsumentenpreise	0,49
	Alle	0,02
Lohnstückkosten	Bruttoinlandsprodukt	0,12
	Produzentenpreise	0,49
	Realer Wechselkurs	0,13
	Konsumentenpreise	0,31
	Alle	0,04
Konsumentenpreise	Bruttoinlandsprodukt	0,00
	Produzentenpreise	0,03
	Realer Wechselkurs	0,36
	Lohnstückkosten	0,10
	Alle	0,00

¹ Berechnet bei Verwendung von zwei Lags. Die Lag-Länge des VAR wurde mit dem Akaike-Informationskriterium bestimmt.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

stand ein dramatischer Rückgang der Aktienkurse am Beginn der Deflationsphase zu Anfang der 90er Jahre. Er signalisierte einen nachhaltigen Einbruch der Renditeerwartungen. In der Folge waren ein schwaches Wachstum, rückläufige Produzenten- und später auch Konsumentenpreise und

¹⁶ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum. Jahresgutachten 2002/2003, Ziffer 161.

¹⁷ Vgl. auch EZB, Monatsbericht November 2002, S. 12 ff.; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2002.

¹⁸ Vgl. die Mehrheitsposition in der Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 2002 sowie die Position des Sachverständigenrats und der OECD.

¹⁹ Die Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute sagte damals ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland für 1999 von immerhin 2,3 % voraus. Vgl.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1998. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 43/1998.

²⁰ Für das Jahr 2000 wurde von der Gemeinschaftsdiagnose im Herbst 1999 ein Wachstum von 2,7 % prognostiziert. Vgl.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1999. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 43-44/1999.

²¹ Vgl.: Argentinien in der Krise. Bearb. Gustav A. Horn und Ulrich Fritsche. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 12/2002.

zudem eine Aufwertung des Yen zu beobachten. Um eine deflationäre Tendenz rechtzeitig zu entdecken, ist es von Bedeutung zu wissen, ob und welche dieser Größen einen Vorlauf vor den sinkenden Preisen aufweisen. Dies wurde für Japan mittels paarweiser Granger-Tests im Rahmen eines VAR-Modells ermittelt, die prüfen, ob die erklärenden Variablen einen Vorlauf vor den abhängigen Variablen haben. Dies wurde für alle oben genannten Größen für den Zeitraum 1990 bis 2002 durchgeführt. Im Ergebnis zeigt sich, dass das Bruttoinlandsprodukt einen Vorlauf vor allen übrigen Variablen aufweist (Tabelle 4.1). Es folgen die Produzentenpreise, der reale Wechselkurs, die Lohnstückkosten und die Konsumentenpreise. Die Daten lassen damit den Weg Japans in die Deflation erkennen: Am Beginn stand der Zusammenbruch der Börsenkurse, der eine tief greifende Vertrauenskrise mit erheblichen Wachstumsverlusten auslöste. Die teils rezessive, teils stagnative Produktionsentwicklung setzte die Produzentenpreise unter Druck. Dieser wurde letztlich weitergegeben an die Löhne, die in Japan wegen der variablen Bonuszahlungen flexibel reagierten und sich rasch nach unten anpassten. Bei sinkenden Inputpreisen sanken schließlich auch die Konsumentenpreise – das Stadium der Deflation war erreicht. Verschärft wurde der Druck auf Preise und Löhne in Japan durch die immer wiederkehrenden Aufwertungen des Yen, die zusätzlich sinkende Importpreise zur Folge hatten.²²

Hinsichtlich der Situation in Deutschland sind Parallelen nicht nur am Ausgangspunkt des Börsen-crashs unverkennbar. Die sich abzeichnende stagnative Entwicklung setzt bereits jetzt die Produzentenpreise unter Druck. Für die laufenden Lohnverhandlungen sind nur geringe Zuwachsraten in Sicht. Auch sind angesichts des massiven Leistungsbilanzdefizits der USA weitere Aufwertungen des Euro zu erwarten, von denen Druck auf die Importpreise ausgeht. Zu einem fallenden Konsumentenpreisniveau ist es in Deutschland noch nicht gekommen. Insofern dürfte sich die deutsche Volkswirtschaft eher im Vorfeld einer Deflation befinden. Käme hingegen in absehbarer Zeit ein Aufschwung zustande, wäre das Gespenst der Deflation rasch vertrieben.

Gegen die angeführten Befürchtungen einer Deflation gibt es zwei unterschiedliche Einwände. Der erste, jüngst von Milton Friedman geäußert,²³ ist, dass eine Deflation in Deutschland geradezu erwünscht sein müsse. Deutschland sei mit einem angesichts seiner internen Probleme überbewerteten Umtauschkurs für die D-Mark in die Währungsunion eingetreten. Dies habe zu einer Belastung der Wachstumsdynamik während der vergangenen Jahre geführt. Durch eine Deflation würde die deut-

sche Wirtschaft an Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu den übrigen Ländern der Währungsunion gewinnen. In der Folge würde ein Exportboom die deutsche Wirtschaft wieder in Fahrt bringen. Diese Argumente überzeugen nicht. Zum einen könnte Deutschland auch ohne Deflation an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen, indem die Inflationsrate positiv, aber unter der der übrigen Länder bleibt. Zum anderen sind die Unternehmen in Deutschland, wie die im internationalen Vergleich hervorragende Export-Performance zeigt, bereits wettbewerbsfähig und bedürften keiner Abwertung. Dies zeigt sich an der durchgängig positiven und sogar weiter aktivierenden Handelsbilanz zwischen Deutschland und dem Rest des Euroraums. Wichtiger noch: Die negativen realwirtschaftlichen Folgen einer Deflation werden in dieser Betrachtung völlig ausgeblendet.

Hauptargument des zweiten Einwands gegen eine Deflationsgefahr ist, dass in Deutschland überhaupt keine Deflation entstehen könne, solange dies in den übrigen Ländern der Währungsunion nicht der Fall ist. Zum einen würden unverändert steigende Importpreise auch in Deutschland wieder zu Preissteigerungen führen, und zum anderen würden sinkende Löhne und Preise über den Gewinn an Wettbewerbsfähigkeit die Ausfuhr und damit die Konjunktur so stimulieren, dass es bei steigender Kapazitätsauslastung und zunehmender Beschäftigung auch wieder zu Preis- und Lohnanhebungen käme.

Während dieses Argument für eine kleine offene Volkswirtschaft, die möglicherweise das Gros ihrer Produktionsleistung exportiert, unmittelbar einleuchtet, erscheint es für eine mittlere oder gar größere zweifelhaft. Schließlich wird hier die gesamtwirtschaftliche Produktion stärker von der Binnen-nachfrage bestimmt. Um der empirischen Gültigkeit dieser Überlegung für Deutschland nachzugehen, wurden zwei Simulationen mit dem Deutschland-Modul des EBC-Modells am DIW Berlin durchgeführt (siehe Kasten „Ökonometrische Simulationsrechnungen“). Die erste Simulation zeigt, welche Konsequenzen eine höhere Inflationsrate in den übrigen Ländern des Euroraums hat. Hier ist ein daraus resultierender Importpreisschub von jährlich jeweils 1 % über drei Jahre unterstellt, der am Ende zu einem um 1 Prozentpunkt höheren inländischen Preisniveau führt (Abbildung 4.5). Dies geschieht zum einen unmittelbar über die Verteuerung der Vorprodukte. Zum anderen werden die Exporte und damit Produktion und Be-

²² Wie Kindleberger nachweist, waren sinkende Importpreise im Zuge von Aufwertungen auch eine der Hauptursachen für die Deflation in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts. Vgl. Kindleberger, a. a. O.

²³ Vgl. das Interview mit Milton Friedman in der Süddeutschen Zeitung vom 28.11.2002.

Ökonometrische Simulationsrechnungen

Die Simulationen wurden mit einem am DIW Berlin neu entwickelten ökonometrischen Konjunkturmodell für Deutschland durchgeführt (EBC-Modell). Mit den ausgewiesenen Ergebnissen sollen ausgewählte Wirkungsketten in ihrer Stärke und in ihrem zeitlichen Ablauf deutlich gemacht werden. Die Simulationen wurden für einen Ex-post-Zeitraum (1995 bis 2001) durchgeführt, die Abläufe lassen sich aber auf die nahe Zukunft übertragen. In der ersten Simulation „Stufenweise Erhöhung der Importpreise um jährlich jeweils 1 % über drei Jahre“ wird der Einfluss eines schrittweisen Anstiegs der Importpreise simuliert. Die für das Deutschland-Modul exogenen Importpreise steigen dabei innerhalb von drei Jahren deutlich stärker als in dem Vergleichsszenario; der Importpreisindex liegt anschließend um 3 % über dem Niveau im Vergleichsszenario. Eine solche jährliche Importpreisveränderung entsteht beispielsweise, wenn der jährliche Anstieg der Preise in den anderen Ländern der Europäischen Währungsunion über dem in Deutschland liegt. Die Implikationen dieser unterschiedlich hohen Inflationsraten für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands können mit dem Simulationsexperiment deutlich gemacht werden.

In der zweiten Simulation „Dauerhafte Reduktion des Zuwachses der Stundenlöhne um 1 %“ wird in die modellendogene Erklärung der Lohnentwicklung in Deutschland eingegriffen. Es wird unterstellt, dass die Löhne einmalig um 1 Prozentpunkt geringer wachsen als im Vergleichsszenario und dass in den Folgejahren nicht versucht wird, dies zu korrigieren. Ein solches „Zurückbleiben“ der Löhne löst Folgeeffekte aus: Die Preise steigen weniger, was wiederum Einfluss auf die folgenden Lohnabschlüsse hat.

schäftigung durch die implizierte reale Abwertung stimuliert. Im Zuge dieser Entwicklung steigen die Löhne und damit letztlich nochmals auch die Preise. Folglich ist die Überlegung richtig, dass ein isolierter Anstieg der Importpreise durchaus zur Überwindung einer Deflation beitragen kann.

Die zweite Simulation bildet den inländischen Ursprung der Deflation ab. Hier wird als Primärimpuls unterstellt, dass die Nominallöhne permanent um 1 % schwächer zunehmen als im Status-quo-Szenario (Abbildung 4.6). Dies führt unmittelbar zu niedrigeren Preisen, die erneut niedrigere Löhne zur Folge haben. Im Ergebnis liegen die Nominallöhne dann um etwa 2 % unter dem Referenzniveau, die Preise um ungefähr 1 %. Die Reallöhne sind also rückläufig. Durch die sinkenden Preise werden – wie erwartet – die Exporte stimuliert; sie sind am Ende des Simulationszeitraums um 0,3 % höher als im Basisszenario. Die geringeren Reallohn würden für sich genommen zwar zu einer steigenden Beschäftigung führen. Dieser positive Impuls wird jedoch durch die mit den niedrigeren Realeinkommen schwächere Konsumnachfrage mehr als kompensiert, so dass binnenwirtschaftlich eine restriktive Wirkung entsteht. Insgesamt ist der Effekt von binnenwirtschaftlicher Restriktion und außenwirtschaftlichem Stimulans durch Deflation für Deutschland realwirtschaftlich nach diesen Simulationsstudien in etwa neutral. Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist leicht gedrückt, die Beschäftigung aber zum Ende des Simulationszeitraums, sich immer weiter abschwächend, etwas höher. Die Preisentwicklung kann sich unter diesen Umständen trotz der Exporterfolge

nicht beschleunigen. Bei fortgesetzten Lohnsenkungen würde die Deflation also nicht überwunden. Dieser Befund wiegt umso schwerer, als diese Simulation weder die negativen Folgen der im Zuge der Deflation steigenden realen Schuldenbelastung der Unternehmen noch die Reaktion in den anderen Ländern des Euroraums auf die gestiegene Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigt. Schlagen diese als Folge des Wachstumsverlusts den gleichen Weg wie Deutschland ein, schwindet allmählich der Wettbewerbsvorteil, der letztlich aus einer „Beggar my neighbour“-Politik resultiert, und damit auch das Stimulans durch den Export; die gesamte Wirkung dürfte dann negativ sein. Aus all diesen Gründen ist der Einwand, Deutschland könne innerhalb der Währungsunion mit insgesamt positiven Inflationsraten nicht in eine Deflation geraten, zurückzuweisen.

Wie sollte sich die Wirtschaftspolitik in einem solchen Umfeld verhalten? Üblicherweise wäre primär die Geldpolitik dazu aufgerufen, eine drohende Deflation frühzeitig durch einen entsprechend lockeren Kurs zu bekämpfen – wie es derzeit in den USA wohl geschieht. Die Geldpolitik im Euroraum muss aber europäisch ausgerichtet sein und könnte daher nur dann entsprechend agieren, wenn von der Deflationsgefahr in Deutschland der gesamte Euroraum tangiert ist. Dies ist derzeit offensichtlich nicht der Fall. Die unvermeidliche Zurückhaltung der Geldpolitik ist aus der Sicht Deutschlands ein weiterer Grund zur Besorgnis, erinnert dies doch stark an die – selbst gewählte – zögerliche Reaktion der japanischen Zentralbank.

Die Finanzpolitik sieht sich den Beschränkungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verpflichtet. Deutschland ist unter diesen Umständen bei jedem finanzpolitischen Spielraum. Angesichts der extrem schwierigen Haushaltssituation ist ein expansiver Impuls von daher nicht zu erwarten. Folglich geht sogar ein belastender Effekt von der Finanzpolitik auf die Konjunktur aus.

Damit kommt der Lohnpolitik in Deutschland eine entscheidende Rolle zu. Zwar kann von ihr keine Belebung der konjunkturellen Dynamik ausgehen. Wohl aber kann sie als Stabilitätsanker gegen Deflationstendenzen dienen. Steigt das gesamtwirtschaftliche Lohnniveau entsprechend der trendmäßigen Produktivitätsentwicklung und einem Inflationszuschlag, der mit Preisstabilität vereinbar ist, wird der private Verbrauch stabilisiert, und es ent-

Abbildung 4.5

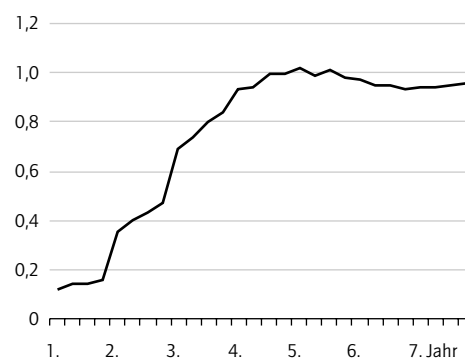
Stufenweise Erhöhung der Importpreise um jährlich jeweils 1 % über drei Jahre

Abweichung gegenüber der Basissimulation in %

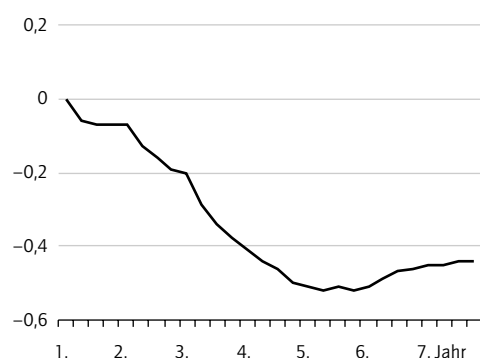
Bruttoinlandsprodukt, real



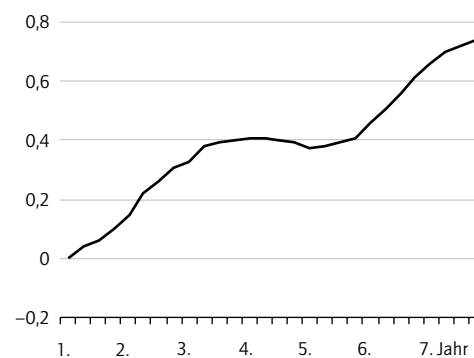
Preisindex des privaten Konsums



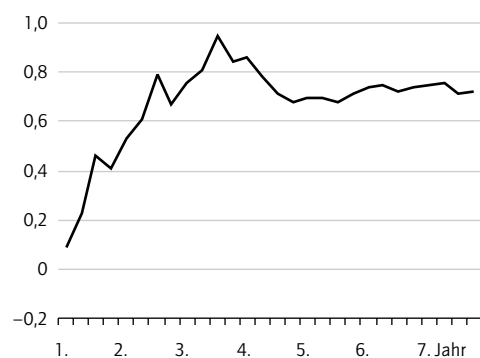
Privater Konsum, real



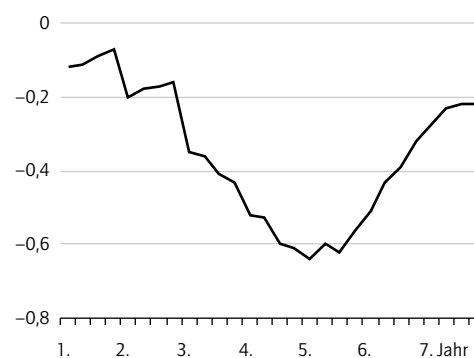
Nominale Stundenlöhne



Exporte, real



Reale Stundenlöhne



Quelle: Simulationen mit dem EBC-Modell des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

steht ein Kostendruck, der von den Unternehmen über kurz oder lang auch auf die Preise überwältigt wird und damit einer Deflation entgegenwirkt. In Japan hat die Lohnpolitik hingegen zur Destabilisierung beigetragen. Denn infolge der verschlechterten wirtschaftlichen Lage wurden die Löhne durch Kürzung der Bonuszahlungen zeitweise sogar gesenkt. Damit verstärkten sie den Druck in Richtung Deflation. Mit Blick auf die bisherige Praxis der Lohnfindung in Deutschland besteht hier

die Chance, eine solche Entwicklung durch eine stabilitätsgerechte Lohnfindung zu vermeiden.

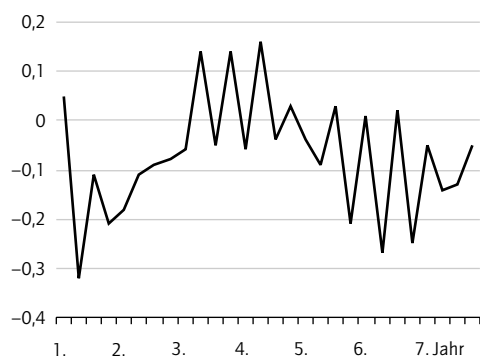
Insgesamt positiv auswirken sollte sich auch, dass für das Gros der deutschen Exporte feste nominale Wechselkurse bestehen. Drastische Aufwertungen, die den Deflationsdruck verstärken, sind nur im Hinblick auf die außereuropäischen Handelsbeziehungen von Belang und damit weitaus weniger bedeutsam als für Japan, wo zeitweilig starke Auf-

Abbildung 4.6

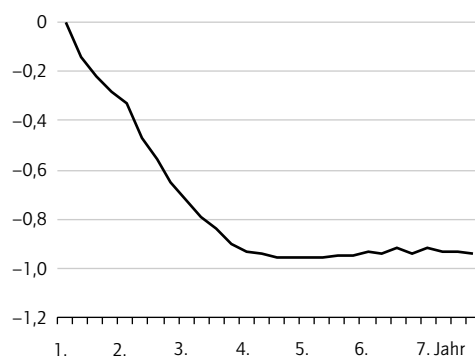
Dauerhafte Reduktion des Stundenlohniveaus um 1 %

Abweichung gegenüber der Basissimulation in %

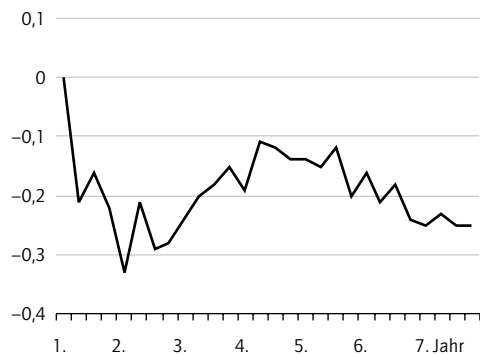
Bruttoinlandsprodukt, real



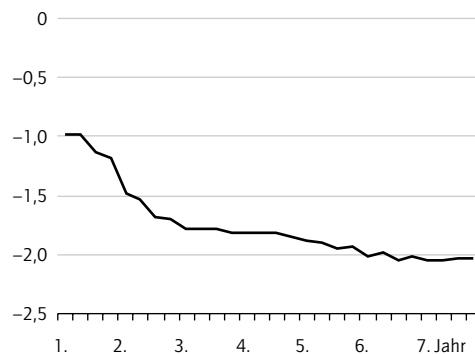
Preisindex des privaten Konsums



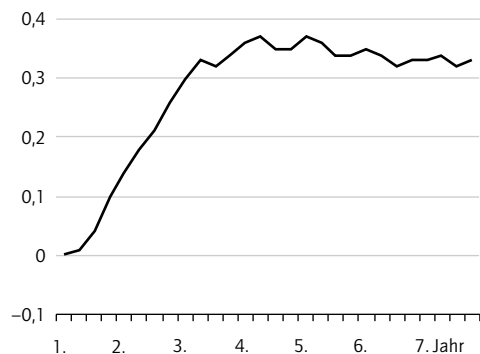
Privater Konsum, real



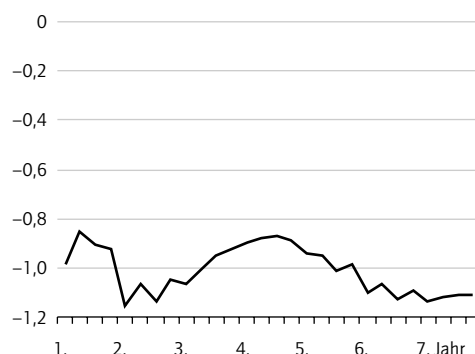
Nominale Stundenlöhne



Exporte, real



Reale Stundenlöhne



Quelle: Simulationen mit dem EBC-Modell des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

wertungen den Deflationsdruck noch erhöhten. Auch in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde Deflation in einzelnen Ländern, darunter in Deutschland, durch Aufwertungen provoziert.²⁴

Es muss also nicht zwangsläufig zur Deflation in Deutschland kommen. Sollte sich die konjunkturelle Entwicklung günstiger darstellen als in der vorliegenden Prognose unterstellt, ginge die Gefahr rasch vorüber. Bliebe die Lohnpolitik auf ihrem gegenwärtigen Kurs, würde die Gefahr zumindest vermindert. Im Kern besteht allerdings in Deutschland derzeit eine Konstellation, die die Wirtschaft in Richtung Deflation treiben könnte und der die Finanz- und die Geldpolitik entgegenwirken müssen.

Geldpolitik zu zögerlich

Die Europäische Zentralbank hat jüngst die Leitzinsen um einen halben Prozentpunkt gesenkt und damit auf die deutliche Eintrübung der konjunkturellen Aussichten seit der Jahresmitte 2002 reagiert. Gegenüber der Prognose vom Dezember 2001 hat die EZB ihre Projektion der realwirtschaftlichen Entwicklung im Dezember 2002 für das Jahr 2002 um knapp einen halben Prozentpunkt und für das Jahr 2003 um fast 1 Prozentpunkt verringert. Der konjunkturelle Aufschwung lässt auf sich warten, so dass sich die Produktionslücke – der prozentuale Abstand zwischen der gesamtwirtschaftlichen Produktion und den Produktionsmöglichkeiten – weiter vergrößert. Bereits seit Anfang 2001 wächst das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum deutlich schwächer, als es das Produktionspotential erlaubte, und die Inlandsnachfrage ist gar nicht gestiegen: Sie lag im dritten Quartal 2002 auf dem Niveau vom zweiten Quartal 2001. Die Produktionslücke im Euroraum dürfte im Durchschnitt des Jahres 2002 bei 1,8 % gelegen haben²⁵ und in diesem Jahr noch um rund 1 Prozentpunkt steigen.

Die Abkühlung der Konjunktur im Euroraum hatte die EZB im Verlauf des Jahres 2001 zu einer Senkung ihrer Leitzinsen um insgesamt 1½ Prozentpunkte bewogen. Im Vergleich zur Zinssenkung in den USA um 4¾ Prozentpunkte erscheint dies als gering, selbst wenn man berücksichtigt, dass der Rückgang der Kapazitätsauslastung in den USA stärker war als in Europa. Angesichts der kräftig ausgeweiteten „Produktionslücke“ in Europa und der damals getrübbten konjunkturellen Perspektiven hatte das DIW Berlin schon bald nach der Jahreswende 2001/2002 für eine erneute deutliche Zinssenkung der EZB plädiert.²⁶ Diese wäre aber auch dann gerechtfertigt gewesen, wenn sich die im Sommer aufkommenden – eher vorsichti-

gen – Erwartungen einer konjunkturellen Belebung erfüllt hätten. Doch selbst diese zurückhaltenden Erwartungen sind bald enttäuscht worden. Umso dringender wäre es gewesen, dass die EZB hierauf spätestens im Herbst – und nicht erst Anfang Dezember 2002 – mit einer Zinssenkung um einen halben Punkt reagiert hätte.

Gewiss weisen die traditionellen Indikatoren nicht darauf hin, dass im Euroraum eine Rezession oder gar Deflation unmittelbar bevorsteht. Doch wie oben dargelegt, gibt es Gründe dafür, vor einer solchen Entwicklung in Deutschland zu warnen, da sie sich früher oder später auch auf den gesamten Euroraum auswirken würde. Deflation, Rezession und auch Stagnation lassen sich eher im Vorfeld verhindern als nach ihrem Eintreten bekämpfen.

Nun kann man einwenden, dass Konjunkturprognosen mit hohen Unsicherheiten behaftet sind und die EZB daher gut beraten ist, deutliche Zeichen einer wirtschaftlichen Schwäche abzuwarten, bevor sie handelt, um so eine angesichts der Wirkungslags der Geldpolitik bestehende Gefahr eines prozyklisch wirkenden Impulses zu vermeiden. Aber gerade die jüngsten Untersuchungen der EZB selbst sprechen gegen ein solches Zögern in der gegenwärtigen Situation. Die Untersuchungen zeigen anhand mehrerer ökonometrischer Modelle, dass die Geldpolitik im Euroraum relativ zügig wirkt.²⁷ Eine Zinssenkung hat demnach bereits nach einem halben Jahr einen signifikant positiven Einfluss auf das Bruttoinlandsprodukt. Sollte sich dann herausstellen, dass die wirtschaftliche Entwicklung global und im Euroraum günstiger als zuvor erwartet ausfällt, so wäre durch eine Zinssenkung heute nichts verloren, sondern durch ein etwas schnelleres Schließen der Produktionslücke einiges gewonnen.

Erschwert wurde die Geldpolitik der EZB dadurch, dass der Anstieg des HVPI im vergangenen Jahr abermals oberhalb der von der EZB für die mittlere Frist festgelegten Obergrenze von 2 % gelegen hat und auch am aktuellen Rand mit 2,2 % noch kräftig ist. Eine detaillierte Betrachtung der Inflationsentwicklung macht deutlich, dass es wie bereits in den Jahren 2000 und 2001 Sonderentwicklungen waren, die für diesen im Vergleich zum Inflationsziel der EZB hohen Preisniveauanstieg

²⁴ Vgl. Kindleberger, a. a. O.

²⁵ Dieser Angabe liegen die Berechnungen des Internationalen Währungsfonds für das Potentialwachstum zugrunde; die OECD weist für den Euroraum 2002 eine Produktionslücke in Höhe von 1,3 % aus. Vgl. Internationaler Währungsfonds, *World Economic Outlook*, September 2002, S. 16; OECD, *Economic Outlook*, Nr. 72, November 2002, S. 20.

²⁶ Vgl.: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2002/2003. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 1-2/2002.

²⁷ Vgl. Europäische Zentralbank, Monatsbericht Oktober 2002, S. 47 ff.

²⁸ Diese Sonderfaktoren werden dargelegt im EZB-Monatsbericht, Juni 2002, S. 38 ff.

verantwortlich sind.²⁸ So sind die Stundenlöhne in der Gesamtwirtschaft im vergangenen Jahr zwar etwas stärker gestiegen als im Jahr zuvor, aber diese Entwicklung ist für sich genommen stabilitätsgerecht. Auch scheint sich der Anstieg in jüngerer Zeit wieder abzuschwächen. Alles in allem deutet sich eine Verlangsamung des Preisauftriebs an.

Die Geldmenge expandiert zwar seit geraumer Zeit sehr kräftig, diese Zunahme ist jedoch in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Anleger angesichts des Aktienkursverfalls und der niedrigen Kapitalmarktzinsen vermehrt kürzerfristige Anlageformen bevorzugen. Gegen die Vermutung eines übermäßigen monetären Expansionspotentials spricht zudem, dass die Kreditausweitung seit einiger Zeit eher schwach ist.

Derzeit liegen die kurzfristigen Zinsen nominal und real auf niedrigem Niveau. Doch ist dieses Niveau auch konjunkturell angemessen? Ein häufig genutztes geldpolitisches Kriterium ist der so genannte Taylor-Zins (vgl. Kasten auf S. 5).²⁹ Zwar kann die Taylor-Regel Hinweise liefern, aber weder ist der dieser Regel zugrunde liegende reale Gleichgewichtszins eindeutig zu bestimmen, noch sind die Gewichte, mit denen die Produktionslücke und Abweichungen der Inflationsrate von der Zielinflationsrate in die Bestimmung des adäquaten Zinses einfließen sollen, theoretisch oder empirisch genau zu bestimmen. Unterstellt man in Anlehnung an das mittelfristige Produktivitätswachstum einen realen Gleichgewichtszins von 2 % und gewichtet, wie in der ursprünglichen Taylor-Regel, Produktionslücke und Inflationslücke mit jeweils 0,5, so ergäbe sich bei einer für 2003 erwarteten Produktionslücke von 2,7 % und einer erwarteten Inflationsrate von 1,8 % ein Taylor-Zins in Höhe von 2,6 %, was etwas unter dem derzeitigen Niveau liegt. Ein deutlich niedrigerer Zins ergäbe sich, wenn man die Produktionslücke mit 1 gewichtet und zudem berücksichtigt, dass der Aktienkursverfall um 30 % seit Jahresbeginn 2002 und die Aufwertung des Euro um rund 8 % eine deutliche Verschlechterung der monetären Rahmenbedingungen bedeuten.³⁰

Ökonometrische Untersuchungen haben ergeben, dass eine Zinssenkung um 1 Prozentpunkt einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um etwa 0,3 % im Jahr der Zinssenkung und um weitere 0,2 % im Folgejahr bewirkt.³¹ Es zeigt sich, dass die realwirtschaftliche Wirkung bereits zwei Quartale nach der Zinssenkung signifikant ist. Berücksichtigt man nun, dass die EZB ihre Wachstumsprognose für dieses und für das nächste Jahr seit der letzten Zinssenkung um insgesamt 1¼ Prozentpunkte niedriger veranschlagt, so ist die jüngste Zinssenkung eher gering ausgefallen: Den ökonometri-

Tabelle 4.2

Prognosen des Bruttoinlandsprodukts und des Preisanstiegs (HVPI) im Euroraum 2002 bis 2004

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Bruttoinlandsprodukt			HVPI		
	2002	2003	2004	2002	2003	2004
EZB-Projektion, Dezember 2002 ¹	0,8	1,6	.	2,2	1,8	.
EZB-Projektion, Dezember 2001 ¹	1,2	2,5	.	1,6	1,5	.
EZB-Projektion, Juni 2002 ¹	1,2	2,6	.	2,3	1,9	.
OECD, November 2002	0,8	1,8	2,8	2,4	2,2	2,0
Consensus, Oktober 2002	0,8	1,9	.	2,2	1,9	..
DIW Berlin, Januar 2003	0,8	1,4	2,0	2,2	1,8	1,6

¹ Mittelwert der angegebenen Spanne.

Quellen: EZB; OECD; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

schen Ergebnissen zufolge kann sie lediglich ¼ Prozentpunkt der Prognosekorrektur auffangen, so dass die Produktionslücke trotz der Zinssenkung weiter steigen wird.

Heterogene Lohnpolitik im Euroraum

Noch nie seit Beginn der Währungsunion verlief die Lohnentwicklung im Euroraum so disparat. Während in Deutschland trotz einer leichten Beschleunigung der Lohnzuwächse die Lohnstückkosten mit zuletzt nur 0,4 % sehr moderat gestiegen sind, haben sie in fast allen übrigen größeren Ländern (EU8) mit einer Rate von 2,6 % deutlich zugenommen. Während also die Lohnzuwächse in Deutschland die Inflationsentwicklung gedämpft haben, war dies in den übrigen Ländern des Euro-raums nicht der Fall.

Damit ist eine kritische Situation für den Währungsraum entstanden, da eine im Aggregat annähernd stabilitätsgerechte Lohnentwicklung aus regional sehr heterogenen Tendenzen resultiert. Die Unterschiede beruhen nur zum Teil auf divergierenden Konjunktur- und Beschäftigungstendenzen. Der Euroraum insgesamt ist aber von einer stabilitätsorientierten Lohnpolitik noch weit entfernt, bei der sich die Lohnzuwächse an der trendmäßigen Produktivitätsentwicklung und einem

²⁹ Zum Taylor-Zins siehe auch J. B. Taylor (Hrsg.): A Historical Analysis of Monetary Policy Rules. In: Monetary Policy Rules. Chicago 1999; Europäische Geldpolitik: Expansionskurs beibehalten. Bearb.: Silke Tober. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 12/2002, S. 205

³⁰ Demgegenüber ergäbe sich ein höherer Taylor-Zins, wenn man den gleichgewichtigen Realzins nicht mit 2 %, sondern mit 2,5 % und die Inflationsrate nicht mit 1,8 %, sondern mit 2,2 % ansetzen würde.

³¹ Vgl. Europäische Zentralbank, Monatsbericht Oktober, S. 47 ff. Vgl. auch Ilian Mihov: Monetary Policy Implementation and Transmission in the European Monetary Union. In: Economic Policy, Nr. 33, Oktober 2001; Rudi Dornbusch, Carlo Favero und Francesco Giavazzi: Immediate Challenges for the European Central Bank. In: Economic Policy, April 1998, S. 20 ff.; Ramana Ramaswamy und Torsten Slok: The Real Effects of Monetary Policy in the European Union: What Are the Differences? In: IMF Staff Papers, Bd. 45, Nr. 2, Juni 1998, S. 374–399.

von der EZB tolerierbaren Inflationszuschlag ausrichten sollen. Eine solche Strategie würde auf der einen Seite den unterschiedlichen Zuwächsen an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit in den einzelnen Ländern gerecht. So könnten in einem Land wie Irland, das sich immer noch in einem Aufholprozess mit hohen Produktivitätszuwächsen befindet, die Nominal- und Reallöhne deutlich stärker steigen als z. B. in Deutschland. Auf der anderen Seite entstünden aus einer solchen Strategie keine Probleme für die wirtschaftliche Stabilität. Sowohl die Angebots- als auch die Nachfragebedingungen würden nicht tangiert. Gleichzeitig käme auch kein Lohndruck zustande, der die Preisstabilität gefährdet.

Bislang ist es offensichtlich nicht gelungen, in den einzelnen Ländern eine solche Strategie zu implementieren. Faktisch wird damit derzeit nahezu die gesamte Last der Anpassung an die Stabilitätsziele von der deutschen Lohnpolitik übernommen. Dies ist auf Dauer nicht durchzuhalten. So werden sich in den übrigen Ländern des Euroraums die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Deutschland und die Angebotsbedingungen insgesamt verschlechtern; dies wird die Export- und Produktionsentwicklung der betroffenen Länder und damit letztlich Wachstum und Beschäftigung negativ tangieren. Aber auch in Deutschland kann der Gewinn an internationaler Wettbewerbsfähigkeit nicht den Verlust an binnenwirtschaftlicher Nachfrage ausgleichen. Notwendig ist daher, die Lohnpolitik im Euroraum konzeptionell zu verändern und auf eine nachhaltige Strategie einer Produktivitätsorientierung einzuschwenken. Erste Tendenzen in diese Richtung sind mittlerweile beim europäischen Gewerkschaftsbund erkennbar.³²

In Deutschland sollte daher die Lohnpolitik ihren im vergangenen Jahr eingeschlagenen Kurs fortsetzen. Dies impliziert, dass im öffentlichen Sektor die Lohnsteigerungen zwar hinter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt von knapp 3 % zurückbleiben sollten. Die Abweichungen sollten jedoch nicht markant sein, sondern den üblichen Abstand von rund 1 Prozentpunkt haben. Nur wenn der Staat entsprechende Beschäftigungsgarantien gäbe, wäre ein weiter gehender Lohnverzicht sinnvoll. Dagegen muss die Lohnentwicklung in den meisten übrigen Ländern des Euroraums moderater ausfallen, um keine Inflationsgefahren hervorzurufen.

Diese Empfehlung impliziert, dass in Deutschland die Löhne als Stabilitätsanker in der derzeitigen Situation dienen sollten. Sie übernehmen damit im nationalen Kontext faktisch die Rolle der Geldpolitik, die zwangsläufig auf den Euroraum insgesamt ausgerichtet sein muss.

Finanzpolitik im Konflikt zwischen Konsolidierung und Konjunktur

In Anbetracht des Budgetdefizits von 3,6 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts im Jahre 2002 haben sich die Gebietskörperschaften für die Jahre 2003 und 2004 auf eine restriktive Linie bei den öffentlichen Ausgaben verständigt, um die Fehlbeträge auf den vom Stabilitätsprogramm vorgegebenen Pfad zurückzuführen.³³ Die Bemühungen der Bundesregierung um eine grundlegende Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sind bisher aber wenig zielgerichtet. Eine überzeugende Strategie zur mittelfristigen Begrenzung der Staatsausgaben fehlt nach wie vor. Die Finanzpolitik hat auf die „Notlage“ in den öffentlichen Haushalten unter dem Stichwort „Modernisierung und Vereinfachung ist Leitmotiv der Steuerpolitik“ vielmehr mit Steuer- und Abgabenerhöhungen reagiert, die die Konjunktur belasten werden.

Da die verschobene zweite Stufe der Einkommensteuerreform im Jahre 2004 wirksam wird, dürfte die Defizitquote bei den Gebietskörperschaften nur wenig zurückgeführt werden können. Dass die Defizitquote für den Staat insgesamt dennoch auf 1,6 % sinkt, resultiert vor allem aus den Beitragsanhebungen und den Ausgabenkürzungen im Bereich der Sozialversicherungen.

Nicht nur in der Fiskalpolitik, sondern auch im Bereich der Renten- und der Krankenversicherung sind die jüngsten Entscheidungen der Bundesregierung zu hinterfragen. Sie führen zusammen mit den Sparbeschlüssen dazu, dass die Sozialversicherung in den nächsten Jahren erhebliche Überschüsse erzielen und damit entscheidend zum Abbau des Defizits beitragen wird. Ohne diese Überschüsse würde das gesamtstaatliche Defizit wohl auch in diesem Jahr nur wenig unter der 3 %-Marke liegen. Zwar werden die im Jahre 2003 entstehenden Überschüsse in der Sozialversicherung weitgehend benötigt, um die im Jahre 2002 angefallenen Defizite auszugleichen. Für das Jahr 2004 aber wären Beitragssenkungen geboten, statt weitere Überschüsse aufzubauen.

Die Konsolidierungsstrategie der Bundesregierung ist in eine schwere Krise geraten. Die in ihrem Stabilitätsprogramm festgelegten Defizitziele sind in den vergangenen beiden Jahren deutlich verfehlt worden. Und dies wird in den kommenden zwei Jahren auch so bleiben. Die Frage ist,

³² Vgl.: Intervention Adopted by the ETUC Executive Committee. Brüssel, 19.–20. November 2002.

³³ Der Bund will seine Ausgaben in den nächsten Jahren um durchschnittlich 0,5 % p. a. senken; Länder und Gemeinden wollen den Ausgabenanstieg auf 1 % jährlich begrenzen.

wie die Bundesregierung auf diesen Befund reagieren soll. Soll sie, weil ihre Konsolidierungsanstrengungen nicht ausgereicht haben, die Defizite nachhaltig abzubauen, die Ausgaben stärker kürzen als bisher geplant oder die Steuern erhöhen? Oder soll sie etwa ihre Strategie grundlegend ändern? Im Folgenden wird für Letzteres plädiert, weil die anderen Alternativen von vornherein zum Scheitern verurteilt sind.

Das Ziel der Konsolidierungsstrategie, die Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten mittelfristig auf null zurückzuführen und auf diese Weise den Schuldenstand immer weiter zu reduzieren, wird dabei nicht infrage gestellt. Denn ein hoher Schuldenstand impliziert eine permanente Belastung der Finanzpolitik durch Zins- und Tilgungszahlungen. Es werden also fortlaufend Finanzmittel gebunden, die für andere Vorhaben nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Frage ist daher nicht, ob konsolidiert werden soll, sondern wie.

Schon aus nationalem Interesse ist ein solches Vorhaben erstrebenswert. Hierzu bedürfte es eigentlich nicht eines europäischen Stabilitätspaktes. Dieser ist nur sinnvoll, falls externe Effekte in Gestalt höherer Inflation und höherer Zinsen durch eine nationale Überschuldung im gesamten Euroraum entstehen. Eine solche Situation kann sich aber nur dann herausbilden, wenn bei guter Konjunktur nicht genügend konsolidiert wird. Nur dann führt eine expansiv ausgerichtete Nachfrage des Staates zu Inflation und entsprechend höheren Zinsen. Bei konjunktureller Schwäche mit unterausgelasteten Kapazitäten sind hingegen keine Inflationswirkungen von einer expansiven Staatsnachfrage zu erwarten. Folglich können in dieser Situation auch keine negativen externen Effekte auftreten.

Ein europäischer Stabilitätspakt sollte also vor allem Beschränkungen der staatlichen Aktivitäten für Zeiten guter Konjunktur vorsehen. Genau dies konnte mit der bisher verfolgten Strategie von vorgegebenen Defizitziele für jedes Jahr nicht gelingen. In der ursprünglichen Interpretation bezogen sich die Ziele auf die aktuellen Defizite. Wegen der damit zwangsläufig verbundenen prozyklischen Ausrichtung der Finanzpolitik wird mittlerweile von vielen vorgeschlagen, zu strukturellen Defiziten als Zielvorgaben überzugehen. Doch auch dies beseitigt die Schwierigkeiten nicht. Die Aufteilung der Fehlbeträge in eine konjunkturelle und eine strukturelle Komponente ist alles andere als eindeutig.³⁴

Hinzu kommt, dass – wie im Jahre 2001 in Deutschland geschehen – Steuersenkungen, die zu einem höheren strukturellen Defizit führen,³⁵ ebenso wie diskretionäre Ausgabensteigerungen

als mangelnde Konsolidierungsanstrengung gewertet werden, obwohl sie einem von vielen vertretenen Ziel der Finanzpolitik dienen, nämlich den Staatsanteil an der gesamtwirtschaftlichen Produktion zurückzunehmen und so die Wachstumskräfte zu stärken.

Der Blick in die anderen größeren Länder des Euroraums – Italien und Frankreich – zeigt, dass das bisherige Vorgehen an seine Grenzen gestoßen ist. Blicke man bei der praktizierten Defizitstrategie, bedeutete dies eine drastische Verschärfung des Restriktionskurses der Finanzpolitik mit verheerenden Effekten für die ohnehin labile Konjunktur in Europa. Es hilft auch nicht, dass die Mehrzahl der Länder keine Budgetprobleme hat. Denn es handelt sich hierbei um kleinere Länder mit entsprechend geringerem Gewicht für die europäische Konjunktur. Vor diesem Hintergrund verliert die Fortsetzung des bisherigen Kurses jede Glaubwürdigkeit.

Der Einwand, eine glaubwürdige Konsolidierungsstrategie, die auf die Reduzierung struktureller Defizite setzte, habe keine negativen Konsequenzen für die Konjunktur, weil die Erhöhung der staatlichen Sparquote in der Hoffnung auf künftige Steuersenkungen durch einen Rückgang der privaten Sparquote kompensiert würde, überzeugt nicht. Der einzelne Haushalt kann nicht mit Sicherheit davon ausgehen, dass genau die Steuern, die sein Einkommen oder seine Ausgaben belasten, gesenkt werden. Darum wird er also abwarten, ob dies tatsächlich geschieht und erst dann sein Verhalten ändern. Anderenfalls könnte er seine Ersparnisse abgebaut oder gar seine Verschuldung erhöht haben, ohne die erhoffte Kompensation durch niedrigere Steuern zu erhalten.

Aus all diesen Gründen ist es durchaus sinnvoll, die Konsolidierungsstrategie grundlegend zu ändern. Auf kurze Sicht sollten keine Defizitziele mehr angestrebt werden. Stattdessen sollte ein Ausgabenpfad fixiert werden, dem das Ziel eines mittelfristig ausgeglichenen Haushalts zugrunde liegt. Unterstellt man – sehr vorsichtig – für die deutsche Wirtschaft ein Trendwachstum von 1½ % und eine durchschnittliche Inflationsrate von gleichfalls 1½ %, dann ist jede Zunahme der Ausgaben unterhalb von 3 % – für sich genommen – mit dem mittelfristigen Konsolidierungsziel vereinbar. Würde in Deutschland ein Ausgabenpfad mit einem jährlichen Zuwachs von höchstens 2 %

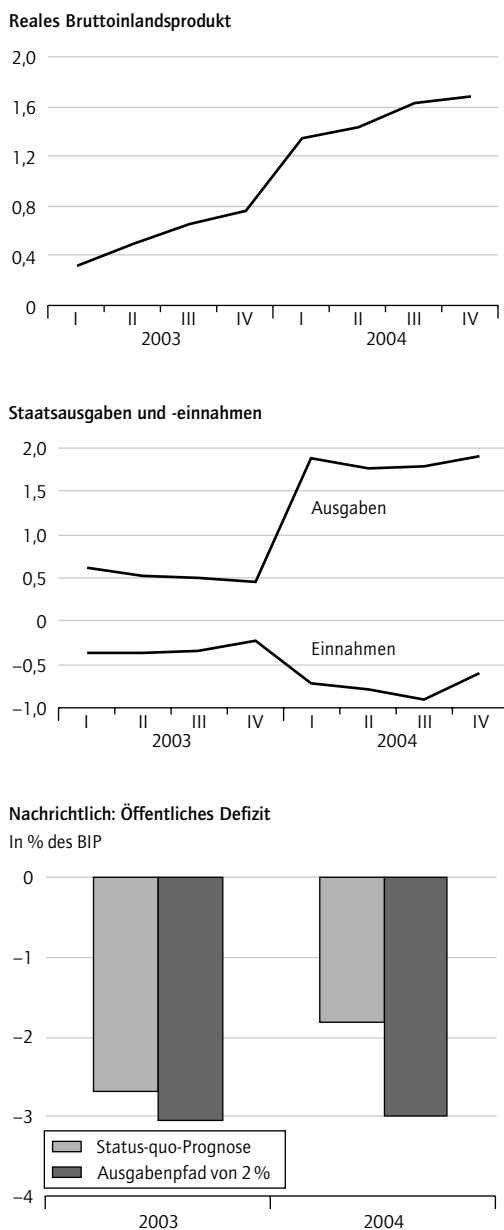
³⁴ Vgl.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2002. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 43/2002, „Eine andere Meinung zum Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt“, S. 752 ff.

³⁵ Die Steuersenkung in Deutschland im Jahre 2001 führte zu einem höheren strukturellen Defizit von gut 1 Prozentpunkt.

Abbildung 4.7

Ausgabenpfad von 2 % und Verzicht auf zusätzliche Erhöhungen von Steuern und Beitragssätzen

Abweichungen in % gegenüber Status-quo-Prognose



Quelle: Simulationen mit dem EBC-Modell des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

für alle Gebietskörperschaften eingeschlagen, stünde dies mit dem mittelfristigen Konsolidierungsziel im Einklang und böte zugleich mehr Spielraum für öffentliche Investitionen. Sollte sich die Konjunktur besser als erwartet entwickeln, würde damit auch eine „harte“ Obergrenze gegenüber zu erwartenden Ausgabenwünschen bei wieder reichlicher fließenden Steuereinnahmen gesetzt.³⁶

Die Wirkung einer solchen Strategie lässt sich anhand einer Simulation mit dem EBC-Modell des DIW Berlin zeigen (Abbildung 4.7). Die gesamtwirtschaftliche Produktionsentwicklung würde deutlich günstiger verlaufen als hier prognostiziert. Ende 2004 läge das Bruttoinlandsprodukt um 1,6 % über dem Pfad, der in der Prognose angegeben wird; die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts im Jahre 2004 erreichte 2 % statt 1 %. Der Preis für die höheren Ausgaben besteht in kurzfristig höheren Defiziten, die dann auch 2004 wegen des insgesamt noch schwachen Wachstums und des Inkrafttretens der dritten Stufe der Steuerreform nahezu 3 % betragen würden. Gegen Ende 2004 würde sich die Verschuldungssituation aber allmählich bessern. Das Defizit schwankte dann primär mit den konjunkturell bedingten Mehr- oder Mindereinnahmen. Steuersenkungen würden den Weg zum Budgetausgleich verlängern, Steuererhöhungen ihn verkürzen. Da die Bundesregierung ohnehin noch zwei weitere Stufen von Steuersenkungen beschlossen hat, sollten zumindest kurzfristig keine zusätzlichen Steuerentlastungen beschlossen werden, um den Konsolidierungsprozess nicht weiter hinauszuzögern. Aber auch Steuererhöhungen, wie sie die Bundesregierung ins Auge gefasst hat, verbieten sich angesichts der schwachen Konjunktur. Solange der Konsolidierungsprozess nicht abgeschlossen ist, wäre ein steuerpolitisches Moratorium zu empfehlen, bei dem die steuerliche Belastung insgesamt unverändert bleibt.

Jenseits der Konsolidierung sollte jedoch ein Umbau des Steuersystems in Angriff genommen werden. Die Steuersätze im unteren Einkommensbereich könnten gesenkt und der Mehrwertsteuersatz aufkommensneutral erhöht werden. Es wird vorgeschlagen, dass die Eingangssätze bei der Einkommensteuer niedriger werden und damit flacher verlaufen als beim bisherigen Tarif.³⁷ Dies ließe sich mit einem durchgehend linear-progressiven Tarif erreichen, der insbesondere Entlastungen für den unteren und mittleren Einkommensbereich bringen würde (Abbildung 4.8). Die Einnahmeausfälle für den Staat lassen sich auf 25 Mrd. Euro beziffern.

Zur Finanzierung der Einkommensteuerausfälle bietet sich eine Erhöhung der Mehrwertsteuer an, die in Deutschland im europäischen Vergleich noch niedrig ist. Dabei sollte, um Haushalte mit niedrigen Einkommen nicht zu stark zu belasten, der ermäßigte Satz unverändert bleiben. Bei einer aufkommensneutralen Gegenfinanzierung über

³⁶ Auch für diese Konsolidierungsstrategie sind Konventionen und Regeln für die VGR-kompatible Buchung erforderlich. Deren Einhaltung sollte, wie bisher schon beim Defizitkriterium, von Eurostat überwacht werden.

³⁷ Nach dem für 2005 vorgesehenen Einkommensteuertarif steigt der Grenzsteuersatz – beginnend beim steuerfreien Existenzminimum von 7 664 Euro – bis zu einem Einkommen von 12 740 Euro rasch von 15 % auf 23,97 %.

die Mehrwertsteuer müsste der Normalsatz um schätzungsweise 3½ Prozentpunkte angehoben werden. Um größere Preisschocks und Überwälzungsprobleme zu vermeiden, sollten die hier vorgeschlagenen steuerlichen Maßnahmen in mehreren Schritten realisiert werden. Insgesamt würden durch die gleichzeitige Senkung der Einkommensteuer vor allem Steuerzahler mit relativ niedrigem Einkommen entlastet, so dass die regressiven Wirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung in niedrigen Einkommensbereichen aufgefangen werden können.³⁸

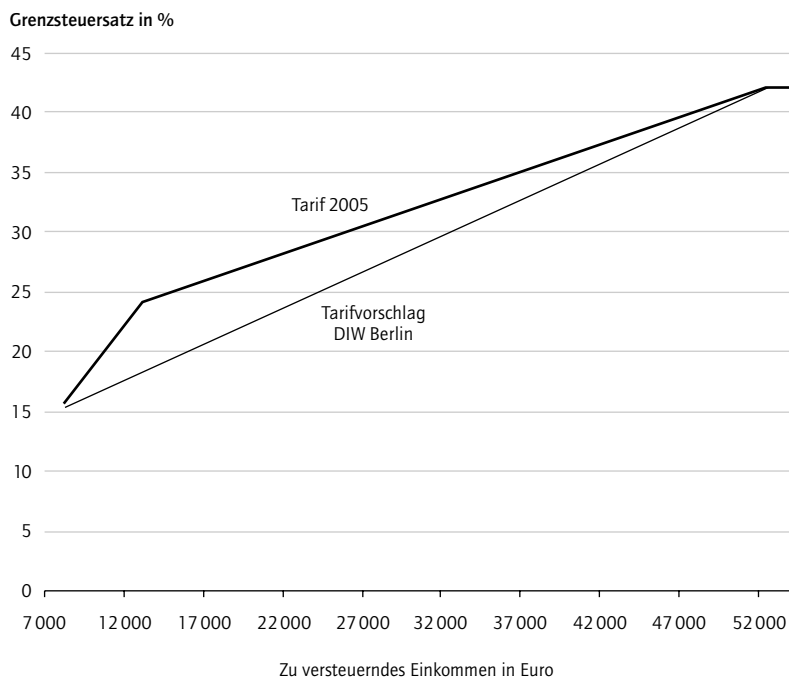
Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Wiedereinführung der Vermögensteuer erwägt die Bundesregierung die Umstellung auf eine Abgeltungssteuer auf Zinserträge mit einem einheitlichen, definitiven Steuersatz von 25 % (gegenwärtig gilt ein Zinsabschlag von 30 %, der auf die Einkommensteuerschuld angerechnet werden kann). Bisher Steuerunehrliche, die ihr Geld ins Ausland transferiert haben, können sich ohne Strafe steuerlich machen, wenn sie einmalig 25 % auf das zurückfließende Kapital zahlen und ihre Erträge künftig ebenfalls mit 25 % versteuern.

Unter steuersystematischen Aspekten ist diese Änderung nicht unproblematisch, denn im deutschen Steuersystem werden bisher Einkünfte – gleich aus welcher Quelle sie stammen – grundsätzlich einheitlich und gleichmäßig besteuert, wobei das Prinzip der Leistungsfähigkeit über den progressiven Tarif eingefangen wird. Es besteht indes die Hoffnung, dass unehrliche Steuerzahler die Möglichkeit nutzen, sich steuerlich zu machen und auf diese Weise eine größere Steuergerechtigkeit als bisher realisiert wird. Für eine solche Abgeltungssteuer sprechen auch die positiven Erfahrungen in anderen EU-Ländern. Je mehr Länder sich zu einem solchen Schritt entschließen, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass mehr und mehr Kapital im Inland verbleibt und hier ordnungsgemäß versteuert wird.

Zu warnen ist allerdings vor allzu hoch gesteckten Erwartungen bei den Einnahmen. Bei einem Übergang zu einer Abgeltungssteuer sind auf absehbare Zeit per saldo Mindereinnahmen zu erwarten. Sie resultieren aus dem geringeren Steuersatz – 25 % bei der Abgeltungssteuer statt 30 % beim Zinsabschlag – und den Mindereinnahmen bei der Einkommensteuer, die durch die zusätzliche Versteuerung von Kapitaleinkünften, die nun im Inland

Abbildung 4.8

Einkommensteuertarif 2005 und Tarifvorschlag des DIW Berlin Grundtabelle



Quellen: BMF; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

versteuert werden, nicht kompensiert werden. Fraglich ist auch die Höhe der einmaligen Mehreinnahmen, die aus dem Zuschlag auf das zurückfließende Kapital erzielt werden sollen. Die Bundesregierung rechnet mit Rückflüssen in einer Größenordnung von 100 Mrd. Euro, aus denen 25 Mrd. Euro zusätzliche Einnahmen resultieren. Dieses Besteuerungspotential dürfte bei weitem überschätzt sein.

Worauf es letztlich ankommt ist, dass – wie oben dargelegt – die Regierung eine finanzpolitische Strategie verfolgt, mit der die Wirtschaft auf einen höheren Wachstumspfad geführt wird. Dafür ist eine Verstärkung der staatlichen Ausgaben viel wichtiger als die nun diskutierten steuerlichen Maßnahmen.

³⁸ Vgl.: Wie belastet die Mehrwertsteuererhöhung private Haushalte mit unterschiedlich hohem Einkommen? Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau, Stefan Fahrlander, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 14/98.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Schätzung und Prognose für die Jahre 2002 und 2003

	2001	2002	2003	2002		2003	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige im Inland	0,4	-0,6	-0,3	-0,3	-0,8	-0,7	0,0
Arbeitszeit	-0,5	-0,5	-0,3	-0,4	-0,6	-0,1	-0,5
Arbeitstage	-0,3	0,0	0,1	-0,7	0,7	-0,2	0,4
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich) ¹	-0,4	-1,1	-0,6	-1,5	-0,7	-1,0	-0,1
Produktivität ²	1,0	1,2	1,2	1,0	1,4	1,4	0,9
Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1995	0,6	0,2	0,6	-0,4	0,7	0,4	0,7
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) Mrd. Euro							
Konsumausgaben der privaten Haushalte ³	1 232,2	1 242,2	1 261,7	606,6	635,6	616,5	645,2
Konsumausgaben des Staates	393,5	403,9	408,3	192,8	211,1	195,3	213,0
Anlageinvestitionen	416,3	390,5	389,4	188,0	202,5	185,4	204,0
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	190,1	177,6	184,8	84,9	92,8	87,3	97,5
Bauten	226,2	212,8	204,6	103,1	109,7	98,1	106,5
Vorratsveränderungen ⁴	-9,4	-7,9	-5,6	5,1	-13,0	6,9	-12,5
Letzte inländische Verwendung	2 032,6	2 028,6	2 053,8	992,4	1 036,2	1 004,1	1 049,7
Außenbeitrag	38,6	83,6	92,8	41,5	42,2	46,8	46,0
Exporte	726,9	749,2	797,4	364,8	384,4	387,9	409,4
Importe	688,3	665,5	704,5	323,3	342,2	341,1	363,4
Bruttoinlandsprodukt	2 071,2	2 112,3	2 146,7	1 033,9	1 078,4	1 050,9	1 095,8
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben der privaten Haushalte ³	3,5	0,8	1,6	0,4	1,2	1,6	1,5
Konsumausgaben des Staates	1,6	2,6	1,1	2,4	2,8	1,3	0,9
Anlageinvestitionen	-5,1	-6,2	-0,3	-7,8	-4,7	-1,4	0,7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-4,3	-6,6	4,1	-9,7	-3,5	2,9	5,1
Bauten	-5,8	-5,9	-3,9	-6,2	-5,7	-4,9	-2,9
Letzte inländische Verwendung	0,5	-0,2	1,2	-1,1	0,6	1,2	1,3
Exporte	6,1	3,1	6,4	0,3	5,9	6,3	6,5
Importe	1,6	-3,3	5,9	-7,0	0,5	5,5	6,2
Bruttoinlandsprodukt	2,0	2,0	1,6	1,5	2,5	1,6	1,6
3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995							
a) Mrd. Euro							
Konsumausgaben der privaten Haushalte ³	1 131,6	1 124,5	1 130,4	550,2	574,4	553,0	577,4
Konsumausgaben des Staates	382,6	388,7	389,9	192,2	196,5	193,2	196,7
Anlageinvestitionen	419,5	392,4	388,4	189,0	203,4	185,1	203,3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	191,8	178,1	183,9	85,2	92,9	87,0	97,0
Bauten	227,7	214,3	204,5	103,7	110,6	98,2	106,3
Vorratsveränderungen ⁴	-15,2	-13,2	-10,7	-1,1	-12,0	0,6	-11,3
Letzte inländische Verwendung	1 918,6	1 892,5	1 897,9	930,3	962,2	931,9	966,0
Außenbeitrag	62,2	91,7	97,4	46,8	44,8	49,1	48,3
Exporte	695,4	713,3	752,8	347,4	365,9	367,9	384,9
Importe	633,1	621,6	655,3	300,6	321,1	318,7	336,6
Bruttoinlandsprodukt	1 980,8	1 984,1	1 995,4	977,1	1 007,0	981,1	1 014,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben der privaten Haushalte ³	1,5	-0,6	0,5	-1,2	-0,1	0,5	0,5
Konsumausgaben des Staates	0,8	1,6	0,3	1,5	1,7	0,5	0,1
Anlageinvestitionen	-5,3	-6,5	-1,0	-8,0	-5,0	-2,0	-0,1
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-4,4	-7,2	3,3	-10,2	-4,2	2,0	4,4
Bauten	-6,0	-5,9	-4,6	-6,1	-5,7	-5,4	-3,8
Letzte inländische Verwendung	-0,8	-1,4	0,3	-2,3	-0,4	0,2	0,4
Exporte	5,0	2,6	5,5	0,2	4,9	5,9	5,2
Importe	1,0	-1,8	5,4	-5,5	1,8	6,0	4,8
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,2	0,6	-0,4	0,7	0,4	0,7

noch: **Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland**

Schätzung und Prognose für die Jahre 2002 und 2003

	2001	2002	2003	2002		2003	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1995 = 100)							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben der privaten Haushalte ³	1,9	1,4	1,0	1,6	1,3	1,1	1,0
Konsumausgaben des Staates	0,8	1,0	0,8	1,0	1,1	0,8	0,8
Anlageinvestitionen	0,2	0,3	0,8	0,2	0,3	0,7	0,8
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,1	0,7	0,8	0,6	0,7	0,9	0,7
Bauten	0,2	0,0	0,7	-0,1	0,0	0,5	0,9
Exporte	1,0	0,5	0,9	0,1	0,9	0,4	1,3
Importe	0,6	-1,5	0,4	-1,6	-1,4	-0,5	1,3
Bruttoinlandsprodukt	1,4	1,8	1,1	1,9	1,7	1,2	0,9
5. Einkommensentstehung und -verteilung							
a) Mrd. Euro							
Arbeitsentgelte	1 120,4	1 135,0	1 159,0	535,4	599,6	545,3	613,7
Bruttolohn- und -gehaltsumme	904,6	916,5	933,1	430,6	485,9	436,8	496,3
Nettolohn- und -gehaltsumme	593,1	597,9	600,9	279,6	318,3	279,3	321,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	410,9	426,7	424,1	223,9	202,8	224,9	199,2
Volkseinkommen	1 531,2	1 561,7	1 583,1	759,2	802,4	770,2	812,9
Abschreibungen	312,1	320,5	328,7	159,4	161,2	163,9	164,8
Produktionsabgaben abzüglich Subventionen	212,5	216,7	225,4	105,4	111,2	109,6	115,8
Bruttonationaleinkommen	2 055,8	2 098,9	2 137,2	1 024,0	1 074,8	1 043,7	1 093,5
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Arbeitsentgelte	1,9	1,3	2,1	1,1	1,5	1,9	2,3
Bruttolohn- und -gehaltsumme	2,2	1,3	1,8	1,1	1,5	1,5	2,1
Nettolohn- und -gehaltsumme	3,5	0,8	0,5	0,9	0,7	-0,1	1,0
Bruttolohn- u. -gehaltsumme je Beschäftigten	1,9	2,0	2,3	1,6	2,4	2,3	2,3
Nettolohn- u. -gehaltsumme je Beschäftigten	3,3	1,5	1,0	1,3	1,6	0,7	1,1
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	0,2	3,8	-0,6	1,7	6,3	0,4	-1,8
Volkseinkommen	1,5	2,0	1,4	1,3	2,7	1,4	1,3
Abschreibungen	3,2	2,7	2,6	2,9	2,5	2,8	2,3
Produktionsabgaben abzüglich Subventionen	1,5	2,0	4,0	-1,5	5,4	4,0	4,1
Bruttonationaleinkommen	1,7	2,1	1,8	1,2	2,9	1,9	1,7
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte							
a) Mrd. Euro							
Masseneinkommen	940,2	962,8	968,5	460,7	502,1	463,0	505,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	593,1	597,9	600,9	279,6	318,3	279,3	321,5
Monetäre Sozialleistungen	418,5	437,1	440,3	217,0	220,0	219,8	220,5
abzüglich Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	71,4	72,2	72,8	35,9	36,2	36,1	36,6
Übrige Primäreinkommen ⁶	462,4	449,6	462,5	240,7	209,0	248,9	213,7
Sonstige Transfers ⁷	-46,7	-43,8	-44,0	-21,3	-22,4	-22,0	-22,0
Verfügbares Einkommen ⁸	1 355,9	1 368,7	1 387,0	680,1	688,6	689,9	697,1
Nachrichtlich:							
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	14,3	15,0	15,5	6,9	8,1	7,0	8,5
Konsumausgaben der privaten Haushalte ³	1 232,2	1 242,2	1 261,7	606,6	635,6	616,5	645,2
Sparen	138,1	141,5	140,8	80,4	61,1	80,4	60,4
Sparquote in % ⁹	10,1	10,2	10,0	11,7	8,8	11,5	8,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Masseneinkommen	3,1	2,4	0,6	2,3	2,5	0,5	0,7
Nettolohn- und -gehaltsumme	3,5	0,8	0,5	0,9	0,7	-0,1	1,0
Monetäre Sozialleistungen	2,3	4,4	0,7	4,1	4,8	1,3	0,2
abzüglich Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	2,7	1,1	0,8	1,4	0,8	0,6	1,1
Übrige Primäreinkommen ⁶	5,4	-2,8	2,9	-3,6	-1,8	3,4	2,3
Verfügbares Einkommen ⁸	3,8	0,9	1,3	0,7	1,2	1,4	1,2
Konsumausgaben der privaten Haushalte ³	3,5	0,8	1,6	0,4	1,2	1,6	1,5
Sparen	6,7	2,5	-0,5	2,5	2,3	0,1	-1,2

noch: **Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland**

Schätzung und Prognose für die Jahre 2002 und 2003

	2001	2002	2003	2002		2003	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates¹⁰

a) Mrd. Euro

Einnahmen							
Steuern	476,3	474,6	493,0	227,0	247,7	239,7	253,2
Sozialbeiträge	383,6	389,4	408,0	187,1	202,3	194,9	213,1
Vermögenseinkommen	18,9	20,5	17,7	13,2	7,2	10,5	7,2
Sonstige Einnahmen ¹¹	64,3	62,2	62,5	29,6	32,6	29,2	33,3
Insgesamt	943,0	946,6	981,1	456,8	489,8	474,3	506,8

Ausgaben							
Vorleistungen ¹²	239,4	247,0	250,3	118,8	128,1	120,6	129,7
Arbeitnehmerentgelte	164,9	166,9	167,9	77,7	89,2	78,1	89,8
Vermögenseinkommen	67,8	69,7	72,0	34,4	35,4	35,7	36,3
Subventionen	33,8	31,0	30,5	14,4	16,6	14,4	16,1
Monetäre Sozialleistungen	390,5	407,0	412,1	202,4	204,6	205,5	206,6
an private Haushalte	385,8	402,3	407,5	200,1	202,2	203,2	204,3
an die übrige Welt	4,7	4,6	4,7	2,3	2,4	2,3	2,4
Sonstige laufende Transfers	33,9	34,5	37,7	15,9	18,5	18,3	19,4
Vermögenstransfers	35,8	34,0	36,6	17,1	16,9	19,2	17,4
Bruttoinvestitionen	35,8	34,1	32,9	14,9	19,2	14,5	18,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern ¹³	-1,3	-1,4	-1,5	-0,6	-0,8	-0,7	-0,9
Insgesamt	1 000,5	1 022,8	1 038,5	495,1	527,7	505,7	532,8
Finanzierungssaldo	-57,5	-76,2	-57,4	-38,2	-37,9	-31,4	-26,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	-4,4	-0,3	3,9	-3,9	3,1	5,6	2,2
Sozialbeiträge	1,3	1,5	4,8	1,0	2,0	4,2	5,4
Vermögenseinkommen	43,6	8,3	-13,5	7,1	10,4	-20,5	-0,8
Sonstige Einnahmen ¹¹	1,2	-3,3	0,5	-4,2	-2,5	-1,2	2,0
Insgesamt	-1,1	0,4	3,6	-1,7	2,4	3,8	3,5

Ausgaben							
Vorleistungen ¹²	2,9	3,2	1,3	2,9	3,4	1,5	1,2
Arbeitnehmerentgelte	-0,4	1,2	0,6	1,1	1,3	0,6	0,6
Vermögenseinkommen	-0,5	2,8	3,2	2,0	3,6	4,0	2,5
Subventionen	-3,8	-8,4	-1,5	-7,9	-8,8	-0,3	-2,7
Monetäre Sozialleistungen	2,6	4,2	1,3	4,1	4,3	1,5	1,0
an private Haushalte	2,7	4,3	1,3	4,2	4,4	1,5	1,0
an die übrige Welt	-6,2	-0,2	0,2	-3,8	3,5	0,4	0,0
Sonstige laufende Transfers	-2,0	1,6	9,5	-2,3	5,1	15,0	4,8
Vermögenstransfers	19,8	-4,9	7,6	2,8	-11,7	11,9	3,3
Bruttoinvestitionen	-1,6	-4,6	-3,6	-4,5	-4,6	-2,8	-4,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern ¹³	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	7,5	2,2	1,5	2,3	2,2	2,1	1,0

1 Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und des DIW Berlin.

2 Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde.

3 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

4 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

7 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

8 Ausgabenkonzept.

9 Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens.

10 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

11 Sonstige laufende Transfers, Vermögenstransfers, Verkäufe und sonstige Subventionen.

12 Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

13 Einschließlich UMTS-Erlösen.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin **Diskussionspapiere**

Erscheinen seit 1989

Nr. 311

Accounting for Poverty Differences between the United States, Great Britain and Germany

Von Martin Biewen und Stephen P. Jenkins
Oktober 2002

Nr. 312

Structural Unemployment and the Output Gap in Germany: Evidence from an SVAR Analysis within a Hysteresis Framework

Von Ulrich Fritsche und Camille Logeay
November 2002

Nr. 313

Outsourcing and the Demand for Low-skilled Labour in German Manufacturing: New Evidence

Von Ingo Geishecker
November 2002

Nr. 314

Do Leading Indicators Help to Predict Business Cycle Turning Points in Germany?

Von Ulrich Fritsche und Vladimir Kouzine
November 2002

Nr. 315

Assessing the Contribution of Public Capital to Private Production

Von Andreas Stephan
Dezember 2002

Nr. 316

Die Einstellung zum Euro. Eine empirische Analyse mit Daten des Sozio-oekonomischen Panels

Von Bettina Isengard und Thorsten Schneider
Dezember 2002

Nr. 317

The Effect of Family Income during Childhood on Later-Life Attainment: Evidence from Germany

Von Stephen P. Jenkins und Christian Schluter
Dezember 2002

Nr. 318

Stability Criteria and Convergence: The Role of the System of National Accounts for Fiscal Policy in Europe

Von Tilman Brück, Andreas Cors, Klaus F. Zimmermann und Rudolf Zwiener
Dezember 2002

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen von 1998 an komplett als Pdf-Dateien vor und können von der entsprechenden Website des DIW Berlin heruntergeladen werden (www.diw.de/deutsch/publikationen/diskussionspapiere).



Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung trauert um seinen früheren langjährigen Mitarbeiter

Prof. Dr. Rolf Krengel

Rolf Krengel starb am 9. Dezember 2002 im Alter von 84 Jahren. Während seiner fünfunddreißigjährigen Institutszugehörigkeit hat er in verantwortlicher Funktion die Entwicklung des DIW Berlin entscheidend mitbestimmt. Dafür sind wir ihm sehr dankbar.

Nach seinem Eintritt in das DIW Berlin im September 1948 war Rolf Krengel Referent für die Wirtschaft West-Berlins und Mitverfasser des so genannten Longterm-Plans für Berlin. Im Juli 1954 übernahm er die Leitung der Abteilung Industrie, die er bis zu seinem Ausscheiden aus dem Institut im September 1983 innehatte. In den Jahren 1959 bis 1967 war Rolf Krengel zusätzlich kommissarischer Leiter der Abteilung Auslandswirtschaft Ost und damit Wegbereiter der späteren Abteilung DDR und östliche Industrieländer.

In seiner Institutszeit hat Rolf Krengel wesentliche Arbeitsfelder des DIW Berlin neu gestaltet. Zu nennen sind seine bahnbrechenden wissenschaftlichen Arbeiten über Produktion, Investitionen und Anlagevermögen, seine Aktivitäten auf dem Feld der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Input-Output-Analyse sowie seine Beschäftigung mit ökonometrischen Modellen und deren Anwendung für wirtschaftspolitische Fragestellungen. Seine erste Veröffentlichung über die industrielle Vermögensrechnung für die Bundesrepublik Deutschland geht auf das Jahr 1956 zurück. Von 1960 an führte Rolf Krengel kontinuierlich eine Berechnung des Bruttoanlagevermögens und des Produktionspotentials für 40 Industriesektoren durch, deren Ergebnisse im Mittelpunkt des von ihm herausgegebenen statistischen Kennziffernbandes „Produktionsvolumen und Produktionsfaktoren der Industrie“, der so genannten „Krengel-Bibel“, standen.

Als Leiter der Industrieabteilung war Rolf Krengel der enge Kontakt mit der Wirtschaft besonders wichtig. So rief er 1961 die seitdem zweimal jährlich stattfindenden Industrietagungen ins Leben, auf denen über 100 Branchenvertreter aus der Industrie mit den DIW-Experten über die wirtschaftliche Entwicklung diskutierten. Im Jahre 1971 erweiterte er die Kontakte mit der Wirtschaft durch die Schaffung eines gemeinsamen Arbeitskreises über Langfristprognosen, in dem auch Fragen des Strukturwandels nachgegangen wurde.

Rolf Krengels wissenschaftliche Aktivitäten haben vielfältige Anerkennung gefunden. So war er nicht nur Mitglied zahlreicher deutscher Beratungsgremien, u. a. der wissenschaftlichen Beratungskommission des Senats von Berlin (1967 bis 1968), der Arbeitsgruppe beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, deren Aktivitäten zu den „Materialien zur Lage der Nation 1971“ führten, und des Statistischen Beirats beim Statistischen Bundesamt; auch internationale Institutionen wie die OECD, die Europäische Gemeinschaft und die Akademie der Wissenschaften in Moskau schätzten seinen in unnachahmlicher Art und Weise vorgetragenen Rat.

Die Vielfalt der wissenschaftlichen Tätigkeitsfelder von Rolf Krengel spiegelt sich in eindrucksvoller Weise in der ihm zu seinem 60. Geburtstag gewidmeten Festschrift „Empirische Wirtschaftsforschung – Konzeption, Verfahren und Ergebnisse“ wider. Im Jahre 1968 wurde er Honorarprofessor an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin. Für seine Leistungen wurde ihm im September 1978 das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.

Rolf Krengel hat durch seine Forschungsarbeiten und durch seine vielfältigen Kontakte zu Wissenschaft, Politik und Wirtschaft wesentlich dazu beigetragen, dass das DIW Berlin einen so hervorragenden Platz in der wirtschaftspolitischen Szene gefunden hat. Darüber zu berichten und zu urteilen war ihm sogar selbst vorbehalten, als er sich nach seiner aktiven Zeit im Institut entschloss, über die Geschichte des DIW Berlin zu forschen. Mit seinem 1986 erschienenen Buch „Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung) 1925 – 1979“ hat er sich selbst ein Denkmal gesetzt.

Das DIW Berlin ist Rolf Krengel zu großem Dank verpflichtet und wird sein Engagement für das Institut nie vergessen.

Impressum

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
PD Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Wolfram Schrettl, Ph. D.
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Dörte Höppner
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dieter Teichmann

Pressestelle

Dörte Höppner
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag

Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis

(unverbindliche Preisempfehlungen)
Jahrgang Euro 108,-/sFR 182,-
Einzelnummer Euro 10,-/sFR 18,-
Zuzüglich Versandkosten
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin